

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
DER
WESTFÄLISCHEN WILHELMS - UNIVERSITÄT MÜNSTER

Band 2

Jürgen Bellers

POLITISCHE PHILOSOPHIE
INTERNATIONALE POLITIK UND POLITISCHE MORAL

Ein problemorientierter,
ideen- und wissenschaftsgeschichtlicher Überblick
zur Theorie der internationalen Beziehungen

Münster, 1982



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554821_0018

**SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
DER
WESTFÄLISCHEN WILHELMS - UNIVERSITÄT MÜNSTER**

Band 2

Jürgen Bellers

**POLITISCHE PHILOSOPHIE
INTERNATIONALE POLITIK UND POLITISCHE MORAL**

**Ein problemorientierter,
ideen- und wissenschaftsgeschichtlicher Überblick
zur Theorie der internationalen Beziehungen**

Münster, 1982



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1.1. Problemstellung	1
1.2. Moralische und wissenschaftliche <u>Maßstäbe</u> und Wegmarken: Die Ordnungsprinzipien des Normativen und Anarchischen, die Mittel des Dissoziativen und Assoziativen; das Prinzip der Mischung polarer Begriffe und Positionen.	6
2. Ein geistes- und wissenschaftsgeschichtlicher <u>Rückblick</u>	11
2.1. Vereinseitigende Positionen (Thesen und Anti- thesen)	11
2.1.1. <u>Normativ-ontologische Philosophie</u> und außen- politische Moral (Aristoteles); Die Theorie des geschlossenen Lebensraumes	11
2.1.2. <u>Dezisionismus</u> und außenpolitische Moral	25
2.1.2.1. Ernst Jünger	25
2.1.2.2. Carl Schmitt	30
2.1.3. Außenpolitischer <u>Missionarismus</u> und außen- politische Moral	31
2.1.3.1. Der amerikanische "Idealismus"	32
2.1.3.2. Der Sowjetkommunismus	36
2.1.4. <u>Pazifismus</u> und außenpolitische Moral	39
2.1.4.1. Verschiedene, pazifistische Ansätze	39
2.1.4.2. Kant	43
2.1.5. <u>Liberalismus/Anarchismus</u> und außenpolitische Moral	48
2.2. <u>Syntheseveruche</u> und ihr Scheitern	55
2.2.1. Die Modernisierungstheorie	56
2.2.2. Dependenztheoretische Ansätze	62
2.2.3. Die Systemtheorie	65
2.2.4. Die dialektische Theorie der Internationalen Politik	67
2.2.5. Die Theorie des Dritten Weges	71
3. Versuch der Rückgewinnung einer Basis für eine außenpolitische Moral und Wissenschaft der in- ternationalen Beziehungen durch <u>Reduzierung</u> <u>des Begründungsanspruches</u>	74
3.1. Das topische Verfahren	77
3.2. Das szientifische Verfahren	80
3.3. Die Entwicklung eines <u>Topikkataloges</u>	84
3.3.1. Das Problemlösungsmuster der Vermittlung	84
3.3.2. Christentum und außenpolitische Moral	87

	Seite
3.3.3. Der "Realismus"	100
4. Kasuistik, Fall I: <u>Der "Realismus" G.F.Kennans</u>	111
4.1. Kennans politische Philosophie und Methode	112
4.1.1. Die verstehende Methode	112
4.1.2. Perspektivismus	114
4.1.3. Machtpolitischer Realismus	115
4.1.4. Historische Betrachtungsweise	117
4.1.5. Diplomatischer Ausgleich als primäres Mittel der Politik	119
4.1.6. Unumgänglichkeit von Interessenkonflikten	120
4.1.7. Geopolitismus	120
4.1.8. Sozioökonomische und ideologische Bedingungen staatlicher Existenz	121
4.1.9. Determinationen internationaler Politik	123
4.2. Kennans Perzeption (Sowjet-)Rußlands; <u>Der Ost-West-Konflikt</u>	124
4.2.1. Das "Bewegungsgesetz" der russischen Außenpolitik	124
4.2.2. Historische und geopolitische Bedingungen russischer Außenpolitik	125
4.2.3. Exogene Ursachen der Aggressivität Rußlands: Die Insektitätsstereotype	125
4.2.4. Endogene Ursachen der Aggressivität Rußlands	126
4.2.5. Die sowjetischen Entscheidungsträger	129
4.2.6. Die sowjetische "Doppelstrategie"	130
4.2.7. Kennans Gegenstrategie der "Eindämmung" des Kommunismus	133
4.2.8. Wandlungstendenzen im Sowjetsystem, im internationalen Kommunismus und im außenpolitischen Verhalten der Sowjetunion	135
4.3. <u>Die Lage Osteuropas</u> in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion	138
4.4. <u>Das Deutschland-Problem</u>	139
4.4.1. Die geopolitische, historische und weltpolitische Beurteilung Deutschlands	139
4.4.2. Ein Vorschlag zur Lösung des Deutschland-Problems	141
4.5. Historische Fehlentwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in <u>Westeuropa</u>	142
4.6. Versuch eines Konzepts für eine Weltordnung	143
5. Kasuistik, Fall 2: <u>Das Südafrika-Problem</u>	146
<u>Benutzte Literatur</u>	155

POLITISCHE PHILOSOPHIE, INTERNATIONALE POLITIK UND POLITISCHE MORAL

Ein problemorientierter, ideen- und wissenschaftsgeschichtlicher Überblick

1.1 Problemstellung

Die seit Beginn der achtziger Jahre vor allem in der Bundesrepublik, in den Niederlanden und den skandinavischen Staaten geführte Grundlagendebatte um Sinn und Zweck von militärischer Rüstung - die erste große Debatte nach zwanzig Jahren, nachdem die letzte Ende der fünfziger Jahre abgeklungen war - ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik gekennzeichnet von einer scharfen Konfrontation, die eine rationale Diskussion mit der wechselseitigen Chance zur Initiierung von Überzeugungsprozessen sehr erschwert. Auch hier, auf dem Gebiet der Außenpolitik, scheint sich der in vielen Gesellschaften des Westens abzeichnende Verlust eines vormals zumindest diffus vorhandenen, nationalen Konsenses zu offenbaren. Stattdessen bilden sich "Lager", die allerdings in der Bundesrepublik nicht entlang der Grenzen verlaufen, die von den Bundestagsparteien gezogen werden, sondern zwischen diesen auf der einen Seite und einem außerparlamentarischen Raum auf der anderen Seite, in dem sich Kirchen, Studentenschaft die Jugend überhaupt, ein Teil der Presse und die Intellektuellen sammeln. Nur am Rande der offiziellen Parteien sind beide Sphären miteinander verbunden. Und da stehen sich dann (in der Terminologie der Bundestagsparteien) gegenüber:

"Realpolitiker" oder "Realisten" einerseits und "Idealisten" und "Moralisten" andererseits; Christen, die die nicht christifizierbare "Eigengesetzlichkeit" des Politischen anerkennen auf der einen Seite, und Christentum mit Politik gleichsetzende "Schwärmer" auf der anderen Seite; sowie "Sozialdemokraten in gesellschaftlicher Verantwortung" einerseits und "sozialistische Utopisten" andererseits.

Die inhaltliche Zuordnung der Lager in der Auseinandersetzung um die Rüstung scheint klar zu sein. Die "Realisten", die "Politik als Politik anerkennenden Christen" und die "verantwortlichen Sozialdemokraten" halten Rüstung für unabdingbar, sie fügen sich, wenn auch bedauernd, in die Unabänderlichkeiten des Politischen. Die internationale Politik sei nun einmal vom Machtkampf gekennzeichnet, und kein Politiker könne den infolge eines außenpolitischen Angriffs möglichen Untergang derer, für die er verantwortlich ist, in Kauf nehmen.

- Die "Idealisten", "Schwärmer" und "Utopisten" sind gegen die militärische Rüstung, eine Folge der unvermittelten Geltendmachung ihrer idealen moralischen und politischen Normen im Bereich des Politischen im allgemeinen und der Außenpolitik im besonderen - so der Vorwurf gegen sie. In dieser idealtypisch vorgenommenen Gegenüberstellung zeigt sich ein alter Konflikt der europäisch-abendländischen Geistesgeschichte, der hier wiederum am Beispiel richtigen, moralischen Handelns der Rüstung gegenüber virulent wird. Eine rationale Diskussion der Rüstungsfrage und außenpolitischer Fragen überhaupt wird demnach wahrscheinlich nicht möglich sein ohne eine Reflexion der aufgezeigten Positionen und des geistesgeschichtlichen Hintergrundes, der von ihnen repräsentiert wird. Das heißt aber auch zugleich: Außenpolitik ist - im Gegensatz zum Eindruck, den die Staatenpraxis zuweilen erweckt - mehr als nur pragmatisches Aushandeln, mehr als nur Diplomatie und mehr als nur Technik. Die notwendige ideen- und geistesgeschichtliche Grundlegung von Außenpolitik ist **aber** **auch** noch nicht mit dem Verkündigen von Menschenrechtspositionen (Carter) oder von antikommunistischen Glaubensbekenntnissen (Reagan) abgegolten.

Außenpolitische Praxis bedarf vielmehr der bewußten Fundierung in politischer Philosophie, Moralphilosophie und Ideengeschichte, von der sie unbewußt zwar schon immer ausgehen mußte, die es jedoch zur notwendigen Reflexion, Explikation und Verantwortung der Kriterien

außenpolitischen Entscheidens offenzulegen gilt.

" Die Ratio der Reflexion ist die Distanz. Die Kenntnis der Ideengeschichte ist die unverzichtbare, wenn auch nicht alleinige, Bedingung der Distanz und eröffnet dadurch erst die Möglichkeit für ein erkennendes Bewußtsein. Ohne dieses Bewußtsein kann die Tradition und das, was gerade aktuell ist, nicht mit guten Gründen verneint oder bejaht werden. Der jeweils gegenwärtige Sinnzusammenhang der Schlagwörter, Begriffe, Topoi und Ideen ist entstanden und kann nur durch die Rekonstruktion der Entstehung gedeutet werden." (Bärsch, in: PVS, 1981, S. 330)

Eine diesbezügliche Reflexion und Explikation vermag vielleicht manche Fronten klären, voreilige Zuordnungen als falsch auflösen und vor allem Grundmuster zur Lösung aktueller Fragen bereitstellen. Denn die politisch-philosophische Grundlagendiskussion darf den Bezug zu den anstehenden Problemen nicht verlieren. Das war ja gerade eine der Fehlentwicklungen, daß sich eine bestimmte Art von Außenpolitik von dieser ihrer Basis, die ihr zu abstrakt erschien, entlastet fühlen konnte, beziehungsweise umgekehrt die Grundlagendiskussion sich von den konkreten Problemen außenpolitischer Praxis entfernte, die ihr zu sehr in den alltäglichen Machtkämpfen verstrickt war. Die wechselseitige Abkopplung beider Sphären ist zwar historisch verständlich und zum Teil legitimiert dadurch, daß philosophisch-theologische Grundlagenstreitigkeiten zu Beginn der Neuzeit nur als ideologische Rechtfertigungen von (Bürger-)Kriegen gedient haben. Aber nichtsdestotrotz hat sie zu Handlungsdeformationen mit beigetragen oder sie zumindest nicht verhindert: Außenpolitische Orientierungslosigkeit, Machiavellismus, Überhandnehmen technologischer Eigendynamiken im Rüstungswettlauf auf der einen Seite sowie irrealer Hoffnung auf eine Welt ohne Konflikte, auf die "One World" oder auf die Wirkung internationaler Schiedsgerichte auf der anderen Seite sind zwar nicht durch den Auszug der Außenpolitik und des außenpolitischen Denkens

aus der Philosophie und Moralphilosophie zu erklären, erst recht nicht durch einen Wiedereinzug zu beseitigen, aber eine Überwindung der genannten Fehlentwicklungen wird wohl ohne eine politisch-philosophische Reflexion von Außenpolitik nicht auskommen. Das gilt um so mehr, als sowohl die zunehmende, transnationale Verflechtung als auch die damit zusammenhängende zunehmende Gefahr der Globalisierung von Konflikten und Kriegen ein eigenständiges Normensystem für die internationalen Beziehungen und für die Außenpolitik notwendig machen. Zudem ist die gegenwärtige Lage ambivalent: einerseits Machiavellismus oder zumindest Pragmatismus, dem vornehmen Bruder des Machiavellismus, andererseits aber weiterhin der bewußte oder unbewußte Einfluß meist popularisiert verflachter oder machtpolitisch verzerrter politischer Ideen auf die Außenpolitik zum Beispiel der beiden Supermächte (vgl. Z. Brzezinski, S. Huntington, 1966, S. 33 ff., insbesondere S. 73 ff.).

Gerade diese Ideen bedürfen einer besonderen Reflexion, da sie nur den Schein einer geistigen Legitimation von Außenpolitik zu geben vermögen, der sich jedoch bei näherer Betrachtung als Ideologie herausstellt.

Schließlich ist der neuerdings vermehrt auftauchenden Forderung nach Doktrinen und Ordnungsmustern für eine orientierungslose Außenpolitik nur zu entsprechen, wenn diese in einen philosophischen Grundkonsens über Möglichkeiten, Grenzen und Ziele von Außenpolitik fundiert sind. (Vgl. G.W. Wittkämper, 1981, S. 257 ff.) Ein gutes Zeichen sind in dieser Hinsicht die im Zusammenhang mit der neuentfachten sicherheitspolitischen Diskussion zunehmenden Überlegungen zum Verhältnis von Außenpolitik und politischer Moral. (Vgl. Klaus von Schubert, 1980; Alois Rikling, 1981)

Die geforderte Reflexion ist jedoch nur der erste Schritt, dem sich praxisbezogen die Entwicklung von Leitlinien einer Moral für außenpolitisches Handeln und für die internationalen Beziehungen anschließen muß. Die zu beantwortende Frage lautet demnach:

Wie ist eine Moral für die internationalen Beziehungen möglich, was muß sie beinhalten?

Unter Moral als einem kodifizierten und/oder verinnerlich-

ten Regelsystem des Handelns werden hier - in Abgrenzung von lebensfernen, obersten, überzeitlichen, apriorischen Prinzipien und kategorischen Imperativen - die die Realien des Lebens respektierenden, wenn auch nicht befürwortenden, nichtsdestotrotz aber partiell auch kontrafaktischen sittlichen Anschauungen und Normen verstanden, von denen sich die Menschen in ihrem praktisch-sittlichen Verhalten leiten lassen. Eine Moral muß also an die je gegebene soziale Realität anknüpfen, da diese als solche schon ein bestimmtes Maß an Ethos hat, das berücksichtigt und weiterentwickelt werden sollte. Ohne ein solches Ethos, das zumindest, wenn schon nicht auf der gesamtgesellschaftlichen Systemebene, so doch in den zwischenmenschlichen Interaktionen vorhanden sein muß, wäre Zusammenleben gar nicht möglich. Darauf verweist schon die etymologische Herkunft des Begriffes Ethos, nämlich die Bedeutung dieses Begriffes im ursprünglichen Sinne von Wohnort, Heimat der Menschen. Dieses Ethos einer sozialen Realität kann sich immer auch kritisch und anklagend gegen die schlechte, defiziente Realität wenden, als unabgegoltene Vergangenheit, die in der Gegenwart Anspruch auf Realisierung erhebt, als Selbstverständnis einer Gesellschaft, von dem sich die Gesellschaftsmitglieder entfremdet haben. Ein Anknüpfen der moralischen Reflexion an die soziale Realität braucht also nicht deren Stabilisierung zur Folge haben, sie verhindert allerdings moralischen Utopismus, der nur allzu leicht terroristisch enden kann. Moral muß sich also im Sein, im gegebenen Ethos gründen, um davon ausgehend auf das Sollen auszurichten. Sein und Sollen sind nicht - wie bei Kant - absolut zu trennen (wenn auch das Sollen letztendlich transzendenten Ursprungs sein muß, will man nicht jeder gegebenen Realität das Signum höchster Moralität zusprechen). Die Bedeutung von Sein und Realität für die Entwicklung einer Moral gibt auch der wissenschaftlichen Realitätsbeschreibung, der wissenschaftlichen Forschung und der wissenschaftlichen Theoriebildung in diesem

Zusammenhang einen großen Stellenwert. Daher sollen im Folgenden auch nicht moralisch-philosophisch intendierte, empirische Theorien der internationalen Beziehungen dargelegt werden. Sie stellen die Realitäts-Grundlage dar, auf der Moral beruhen muß.

Reflexion ist immer auch ein Reflektieren auf den Traditionszusammenhang. Zur Beantwortung der gestellten Frage sollen daher in Kapitel 2 zunächst die in der Geschichte bisher entwickelten, repräsentativen Modelle zur Philosophie (außen-)politischen Handelns und die dementsprechenden außenpolitischen Verhaltenstypen dargelegt bzw. rekonstruiert werden, um nach deren kritischer Diskussion die Kombination eines modifizierten "realistischen", topischen Konzeptes mit einem szientifischen Ansatz vorzuschlagen. Das könnte als moralische Grundlage für ein Modell außenpolitischen Handelns dienen. Dabei werden in Absetzung von anderen geistes- und theoriegeschichtlichen Abhandlungen zur Außenpolitik hier auch nicht originär außenpolitiktheoretische, philosophische Positionen mit berücksichtigt, die aber auf ihre Bedeutung für die Theorie der Außenpolitik bezogen werden sollen. (Vgl. Meyers, 1977 und 1979; siehe auch Dougherty, Pfaltzgraff 1970 und Helga Haftendorn, 1975, sowie Daniel Frei, 1977.) Schließlich wird diese Meta-Diskussion zur Kontrolle ihrer Praktikabilität und Fruchtbarkeit bezogen auf das Beispiel des Ost-West-Konfliktes und auf das Beispiel des Südafrika-Problems.

1.2 Moralische und wissenschaftliche Maßstäbe und Wegmarken: Die Ordnungsprinzipien des Normativen und Anarchischen, die Mittel des Dissoziativen und Assoziativen; das Prinzip der Mischung polarer Begriffe und Positionen

Die wesentlichen (moral-)philosophischen Positionen und Theorien, wie sie in der Geistes- und Ideengeschichte entwickelt wurden, lassen sich nach zwei zentralen, hier in logischer Polarität entgegengestellten Begriffspaaren klassifizieren und zugleich unter den von diesen Begriffen

aufgezeigten Gesichtspunkten bewerten, zwei Begriffs-paaren, die auch in der Theorie der Außenpolitik eine bedeutende Rolle spielen. Die beiden Begriffspaare sind das Normative und als Gegenbegriff das Anarchische einerseits sowie das Assoziative und Dissoziative andererseits. Ihnen entsprechen die Oberbegriffe Ziel und Mittel. Zum Begriffsumfeld des Normativen gehören Begriffe wie: Ordnung, Herrschaft, Staat, Regelung, Gesetz, Organisation, Generalisierbarkeit; zu dem des Anarchischen: Normlosigkeit, Freiheit, Selbstorganisation, Partikularität. Der Begriff des Assoziativen ist verwandt mit Begriffen wie: Frieden, Harmonie, Konsensus; der Begriff des Dissoziativen mit Begriffen wie: Krieg, Konflikt, Auseinandersetzung, Gewalt.

In der Diskussion um das gute, anstrebenswerte Ziel von Handlungen und um das adäquate Mittel zu dessen Realisierung bewegt sich jede moralische Erörterung. Auch die Theorie der Außenpolitik behandelt diese Begriffe. (Vgl. W. Zöllner, in: Kindermann, S. 156 ff.) Die philosophische und politologische Relevanz der Begriffe des Normativen bzw. des Anarchischen und Normlosen sozialer Beziehungen ergibt sich aus der seit der Auseinandersetzung zwischen den Sophisten und Platon virulenten Frage nach Notwendigkeit, Grenze und Legitimität (staatlicher) Herrschaft, oder genereller formuliert: Inwieweit sind Institutionen zur Organisation menschlicher Beziehungen unabdingbar, wie Konservative behaupten (Gehlen), oder inwieweit kann man die Gesellschaft und die Menschen dem freien Selbstlauf und der Selbstorganisation überlassen? Die Bedeutung dieser Frage für die internationalen Beziehungen wird deutlich anhand der aktuellen Kontroverse, ob der internationale Wirtschaftsaustausch freihändlerisch oder durch Weltbehörden (zum Beispiel einen Rohstofffonds) geregelt werden soll.

Die Bedeutung des Assoziativen und Dissoziativen mit ihren Begriffsfeldern von Frieden und Krieg braucht kaum näher

expliziert werden, denkt man nur an die jahrhundertelange Diskussion um den "gerechten Krieg". Oder an die Identifizierung des Politischen bei Max Weber mit der ständigen Bereitschaft zu physischer Gewaltsamkeit. Oder umgekehrt an die zahlreichen Friedensutopien seit der Antike: Vom Weltstaat der Stoa über das biblische Reich der Nächstenliebe bis zu Augustins Gottesstaat, von Joachim di Flores drittes Evangelium über Thomas Morus' Utopie der Freiheit bis zu Campanellas Sonnenstaat usw. (Vgl. E. Bloch, 1972.)

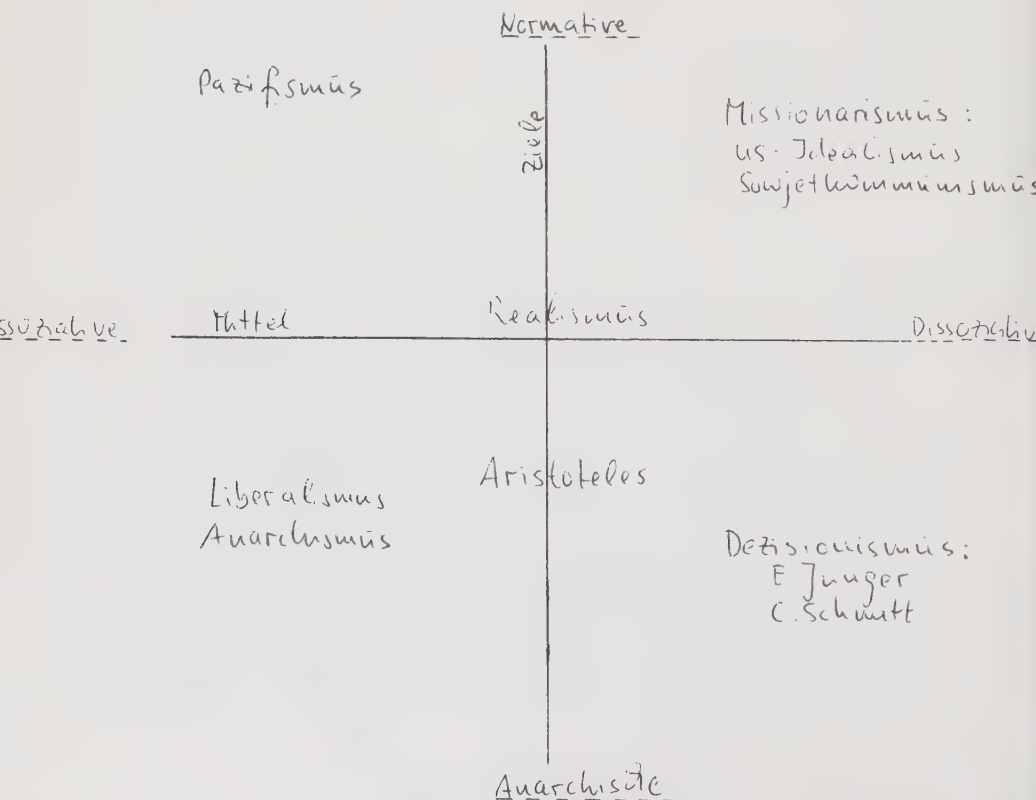
Entsprechend der Fragestellung beziehen sich die genannten Begriffe analytisch auf die internationale Politik als Politik zwischen Nationalstaaten, bzw. auf die Außenpolitik als der auf andere Staaten gerichteten Politik aus der Perspektive eines Nationalstaates. Dabei sind die Begriffe sowohl analytische Tatbestandsfeststellungen in dem Sinne, daß die internationalen Beziehungen normativ oder anormativ geordnet bzw. von den Mitteln des Assoziativen oder Dissoziativen dominiert sind, als auch beschreibende Bezugnahmen auf normative Forderungen, daß außenpolitisches Handeln an Normen, an Ordnungen und am Assoziativen, am Frieden orientiert sein soll (bzw. am Gegenteil.) Gedacht ist hier nicht nur an die innerlich subjektive, ethische Orientierung des außenpolitischen Handelns, sondern auch an dessen Orientierung hinsichtlich der Ablehnung oder Unterstützung internationaler Normierungen und Ordnungen für die Staatengesellschaft im Sinne Äußeren, objektiven Rechtes. Innerliche Moralität und objektive Ordnung hängen zwar zusammen, aber nicht notwendig: Im Faschismus gab es Ordnung ohne Moralität, im Anarchismus gibt es (tendenziell) Moralität ohne objektive Ordnung (oder genauer: ohne Herrschaft). Mit dieser Differenzierung wird der oben entwickelte Begriff einer Moral, deren Sollensforderung an eine empirische Analyse des Seins anknüpft, aufgegriffen und konkretisiert.

Die beiden Begriffspaare lassen sich graphisch in einem Koordinatenkreuz anordnen. Die Ordinate verbindet dabei die Zielbegriffe des Normativen und Anarchischen, die Abzisse die Mittelbegriffe des Associativen und Dissoziativen. In dieses Schema sind zugleich die aus der Ideengeschichte gewonnenen (moral-)philosophischen Positionen eingetragen, deren Klassifizierung und Charakterisierung sich aus einer der jeweiligen Position spezifischen Kombination der genannten Begriffe ergibt (womit auch der Begriff der Position hiermit definiert sei). Die Positionen, die nach ihrer transepochnalen Bedeutung und Gegenwartswirkung bzw. nach ihrem von der Geistes- und Ideengeschichte gegebenen Rang ausgewählt wurden, sollen im Folgenden ausführlich erläutert und dargestellt werden. (Graphik, s.S.10)

Bevor jedoch damit begonnen werden kann, müssen wir uns noch über den wissenschaftstheoretischen Status der Begriffspaare klar werden: Die Begriffe stellen nämlich idealtypisch rekonstruierte, rein logische Polaritäten eines Kontinuums dar, das sich aus je verschiedenen akzentuierten Mischungen der beiden polaren Begriffe zusammensetzt. Ein solch dichotomisches Verfahren der Begriffsbildung ist durchaus legitim und fruchtbar. Die polaren Begriffe dürfen allerdings nicht zu konträren Mythologemen manichäisch reifiziert werden. (Vgl. Bühl, 1976, S. 2.) Es muß stets im Blick bleiben, daß sich die komplexe Realität als auch das vielfach motivierte moralische Handeln aller Wahrscheinlichkeit nach nur mit einer pluralen Mischung von Begriffen adäquat beschreiben läßt. Realität und Handeln lassen sich nicht auf einen alles erklärenden Nenner bringen. Das Mischungsverhältnis muß natürlich situationsbezogen je spezifisch empirisch festgestellt und bestimmt werden. Zum Beispiel lassen sich so die internationalen Beziehungen in ihrer Gesamtheit nur als ein vielfach verschlungenes Geflecht aus Nationalstaaten verschiedener Größe, aus regionalen Integrationen, aus Ansätzen zu einer Weltregierung, aus internationalen gouvernementalen und nicht

gouvernementalen Organisationen und aus transnationalen, regionalen und globalen Organisationen erfassen.
(Bühl, 1978, S. 587)

Nach diesem Mischungsprinzip, das sowohl für den Seins- als auch für den Sollensbereich gültig ist, werden im Folgenden die moralphilosophischen und außenpolitischen Positionen beurteilt. Es wird also zu fragen sein : Überbetonen die Positionen das Normative oder Anarchische, das Assoziative oder Dissoziative in den internationalen Beziehungen? Oder anders formuliert: Welches Mischungsverhältnis von Normativem und Anarchischem, von Assoziativem und Dissoziativem muß in einer politischen Moral für die Praxis internationaler Beziehungen gegeben und begründet sein, damit diese sowohl praktikabel und effizient ist als auch moralisch verantwortet werden kann?



- 2. Ein geistes- und wissenschaftsgeschichtlicher Rückblick
- 2.1 Vereinseitigende Positionen (Thesen und Antithesen)
- 2.1.1 Normativ-ontologische Philosophie und außenpolitische Moral (Aristoteles)

Beginnen wir - der Chronologie folgend - mit Aristoteles, der nicht nur als historische Reminiszenz und aus Respekt vor der Antike Erwähnung findet, sondern als Repräsentant einer überzeitlichen, klassischen Position auch und vor allem wegen seiner über 2000 Jahre gehenden Wirkung, die hier insbesondere mit Blick auf das von Aristoteles entworfene Modell eines geschlossenen Lebensraumes, nämlich der polis, betrachtet werden soll. Man könnte geradezu von einem diesbezüglichen Verhaltens- und Denkestyp sprechen, der bewußt, aber auch unbewußt sein kann, der sich auch gar nicht von Aristoteles ableiten können muß, der aber diesen einen Gedanken des geschlossenen Lebensraumes mit ihm gemeinsam hat. Er schlägt sich zum Beispiel nieder im chinesischen Ethnozentrismus (vgl. C.P. Fitzgerald, 1964), in Rousseaus Vorstellung autarker Kleinstaaten (vgl. Fetscher, 1973, II, S. 44 ff.), in Herders Volksgeist, in Hegels Idee des absolut souveränen Staates, in Fichtes geschlossenem Handelsstaat (vgl. F. Linares, 1972) und - um ein aktuelles Beispiel zu nehmen - im immer und wieder untergründig virulenten amerikanischen Isolationismus.

Bei den Ausführungen zu Aristoteles muß ein wenig weiter ausgeholt werden, da er sich nicht originär zum Außenpolitischen geäußert hat. Das muß vielmehr aus seinen allgemeinen politisch-philosophischen Schriften interpretativ erschlossen werden. Aber allein diese Tatsache ist schon aufschlußreich genug.

Es scheint daher auch etwas abwegig, die politische Philosophie Aristoteles' überhaupt mit einem Thema wie Außenpolitik in Zusammenhang bringen zu wollen. Mit Aristoteles' politischen Schriften assoziiert man eher Probleme wie die der politischen Tugend oder die der ge-

rechten Verfassung. Dabei wäre gerade bei Aristoteles nichts falscher als ein naserümpfendes Mißbehagen über das Thema Außenpolitik. Denn zu einem der wichtigsten Probleme seiner Zeit, vor deren Hintergrund sein Werk und unsere Problemstellung verstanden werden müssen, gehört die existenzielle Bedrohung der griechischen polis durch ausländische Mächte. Aristoteles hebt daher die Bedeutung von Nachbargebieten für eine polis ausdrücklich hervor und kritisiert Platon, sie nicht beachtet zu haben. (Aristoteles, Politik, 1265 a)

Nichtsdestotrotz ist im oben dargestellten Schema Aristoteles' außenpolitische Philosophie eingeordnet einerseits mit einer Tendenz zur außenpolitischen und internationalen Anarchie und andererseits in einem Überschneidungsbereich, der die Mittel Gewalt und Frieden gleichermaßen umfaßt. Diese Einordnung bedarf der Rechtfertigung, widerspricht sie doch den begründeten Vorstellungen über Aristoteles als einem der Väter der normativen Politikwissenschaft, der sich bewußt gegen den aufklärerischen "Normennihilismus" der Sophisten gewandt hat. Aber die Tendenz zur außenpolitischen und internationalen Normlosigkeit ist gerade Folge von Aristoteles' stark normativer Orientierung bei der Konzipierung der optimalen inneren Verfassung eines Gemeinwesens, einer polis. Denn das sei hier als Hypothese vorangestellt: Aristoteles vermag die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen nicht als solche, als Phänomene sui generis zu begreifen, sondern lediglich als Randbedingungen bei der optimalen Ausgestaltung einer polis. Von daher ist es auch notwendig, das, was bei Aristoteles an Außenpolitik verbleibt, im Rahmen seiner gesamten politischen Philosophie zu verstehen. Sie ist im wesentlichen in seinen Werken "Die Politik" sowie zum Teil in seiner "Nikomachischen Ethik" niedergelegt.

Methodisch ermöglicht aber die innere Geschlossenheit der "Politik", aus dem Gesamtzusammenhang der Aristote-

lischen, politischen Vorstellungen etwaige "missing links", fehlende, aber implizierte Voraussetzungen, nicht Ausgeführtes und Erwähntes zu ergänzen, was bei Aristoteles' knappem und sprunghaftem Stil um so notwendiger ist. Das Verfahren eines solchen hermeneutischen Nachvollzugs erlaubt, gedankliche Linien, die Aristoteles nur angedeutet hat, auszuziehen, zu akzentuieren und weiterzuführen, um mehr aussagen zu können als der Autor sagte - oder sagen wollte, um ihn vor allem derart aktualisieren zu können. Man kann einen Text aber nur aktualisieren und verstehen, "wenn man die Frage versteht, auf die er eine Antwort ist". (Gadamer, 1960, S. 352) Die rein immanente Interpretation eines Textes muß daher ergänzt werden durch eine Betrachtung des geschichtlichen Kontextes und kulturellen Umfeldes, in dem er entstanden ist. Die so rekonstruierte Zeit-Frage kann aber nicht mehr in ihrem ursprünglichen Horizont stehen, sondern nur in der Verschmelzung des Horizontes der Vergangenheit mit dem der Gegenwart. Die historische Frage kann nicht für sich bestehen, sie muß in die Frage übergehen, was sie, bzw. die Antwort auf sie für uns Heutige bedeutet. (Derart soll im Folgenden nicht nur bei Aristoteles, sondern auch bei den anderen noch zu behandelnden Autoren und Denkrichtungen verfahren werden.)

Ehe wir auf die Rudimente außenpolitischer Vorstellung bei Aristoteles zu sprechen kommen, müssen wir zunächst deren grundlegende Einheit betrachten: die polis. Ihre Wesensbestimmung ist für unser Thema relevant. Die polis ist die Gesamtheit der Bürger, "die hinreicht, um sich selbst zum Leben zu genügen". (Aristoteles, Politik, 1252 b, 47) Sie dient der physischen Versorgung und psychisch-ethischen Vervollkommenung des Menschen. Die polis, eine Gemeinschaft von Menschen mit dem Ziel des höchsten Gutes (im "Idealfall"), ist wesensgemäß auf Autarkie als ihre causa finalis angelegt. Die polis als totale Lebens-, Kult-, Sitten- und Wirtschaftsgemeinschaft ist ontologisch vorgegeben, nicht theoretisch-rationalistisch durch Vertrag vom Menschen konstruiert, da der Mensch

erst Mensch in und durch Gemeinschaft wird. Die Wesensbestimmung der polis beruht auf der Wesensbestimmung des Menschen als einem "zoon politikon". Da das Gute, das Gemeinwohl der polis und das Gute des ethisch handelnden Bürgers konvergieren, ist die Identität des Menschen eins mit der Identität des Gemeinwesens, als einer Lebensform verwirklichter Ethik. Das bedeutet aber nicht, daß der Bürger totalitär in der polis aufgeht, vielmehr soll - so Aristoteles - der Weise, der Philosoph die polis, mit der er materiell weiterhin notwendig zur Lebensfristung verbunden ist, geistig transzendieren in einem Leben der aktiven geistigen Schau des Guten, in einem autarken Leben des in sich vollkommenen Glücks, das aber nicht individualistisch mißverstanden werden darf. Dieses Leben bleibt allerdings nur wenigen vorbehalten. Der potentiell glückselige Bürger in einer glückseligen Bürgerschaft hat in sich ein telos, das er, unabhängig und frei, aktualisieren soll und dies nur kann, wenn nicht widerstrebende Kräfte von innerhalb oder außerhalb der polis mit einem anderen oder pervertierten telos ihn daran hindern (Voegelin, 1957, S. 305; vgl. auch Dennert, 1970, S. 87). Das gelingt aber nur, wenn die polis in sich autark ist, analog dem in sich selbst ruhenden ersten Bewegter. Demgemäß wird die polis eingebettet in einen selbstgenügsamen Kosmos als Widerspiegelung göttlicher Einheit gedacht. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die Autarkie einer polis als Ausdruck der ungestörten, nicht von außen pervertierten politischen und bürgerlich-menschlichen Identität besondere Bedeutung. Denn "die Rücksicht auf die Außenpolitik reißt den Staat in das Machtgetriebe der sich stoßenden Völkerinteressen hinein und gibt ihm leicht eine andere Richtung als die aus seiner ethischen Zielsetzung folgende." (Jaeger, 1953, S. 303) Die polis ist die höchste Gemeinschaftsform, die das Ganze des Menschen erfaßt. Eine Zerstörung der polis wäre demnach gleich einer Zerstörung des Menschseins. -

Nach diesem isolationistischen Autarkiemodell wäre die ideale polis in sich selbst genügsam, ohne Außenbezug, ohne Außenpolitik. Auf dieser idealen Ebene wäre also Außenpolitik nicht einmal mehr denkbar. Die auf der Erde existierenden polis-Gemeinschaften ständen wie die fensterlosen Monaden von Leibniz beziehungslos und normenlos nebeneinander, zwar ohne Gewaltanwendung, da ohne Beziehung, aber auch ohne gemeinsame Normierungen, ebenfalls als Folge fehlender Beziehungen. Das einzige, was möglich wäre, ist eine Außenpolitik, die sich rein negativ in der Abschließung vom Ausland erschöpft, mit dem letztendlichen Ziel, sich selbst überflüssig zu machen. Popper spricht in diesem Zusammenhang, auch mit Bezug auf Aristoteles, vom Mythos der selbständigen sich selbst genügsamen Urhorde, der auch hier durchschimmert. (Popper, 1958, Band 2, S. 64)

Aristoteles ist jedoch Realist und Empiriker genug, um zu erkennen, daß solch ideale Zustände nicht gegeben sind. Realiter sind die polis-Gemeinschaften von der materiellen Seite her (natürliche, ökonomische Gegebenheiten) und von der formellen Seite her (Verfassungen) zu verschieden, als das sie ohne Konflikt miteinander leben könnten. Jede Gemeinschaft, mag sie noch so friedliebend gesonnen sein, muß daher mit der Möglichkeit der Aggressivität des Nachbarn rechnen, und sich daher darauf einrichten. Von diesem Gedankengang her wird es verständlich, warum Aristoteles die Wehrhaftigkeit, die militärische Erziehung und die Verteidigungsbereitschaft als unentbehrliche und wesensgemäße Aufgaben des Stadtstaates fordert (Vgl. Aristoteles, Politik, 1334 a, 36): Der waffentragende Bürger ist ein unabhängiger Bürger, nur der ist Vollbürger, der eine Hoplitenausrüstung hat. Das Schlachtfeld ist der Ort, wo sich der Mann ethisch-tugendhaft in seiner Tapferkeit bewähren kann. Diese Tugenden und Staatsfunktionen werden bei Aristoteles jedoch nicht hypostasiert und gehen ihres Mittelcharakters nicht verlustig. Ziel bleibt die Muße und die Glückseligkeit. Daher kritisiert Aristoteles

zum Beispiel auch die spartanische Verfassung, die alleinig auf den Krieg eingestellt sei. Nach seiner Meinung soll daher zum Beispiel der Feldherr keine obrigkeitliche Gewalt ausüben können.

Von dieser Aristotelischen Position her wird seine Einordnung im untersuchungsleitenden Koordinatenkreuz auf der Mittelachse im Überschneidungsbereich des Assoziativen und Dissoziativen, von Frieden und Gewalt, verständlich. Die Notwendigkeit eines Krieges kann Aristoteles nicht ausschließen, aber es darf nur ein Krieg zur Verteidigung gegen Angriffe Fremder, ein gerechter Krieg sein. Aristoteles: "Wir führen Krieg, um dann in Frieden zu leben." (Aristoteles, Nikomachische Ethik, 1177 b, 7) (Ob das im Atomzeitalter noch ein vertretbarer Standpunkt ist angesichts der Gefahr, daß nach einem Atomkrieg ein Friede gar nicht mehr möglich sein könnte, soll erst später diskutiert werden.) Wichtig ist vorerst nur die normative Gebundenheit von Krieg und Kriegführung bei Aristoteles - eine Feststellung, die der oben konstatierten Normlosigkeit im Nebeneinander autarker polis-Gemeinschaften nicht widerspricht. Denn die normative Einbindung des außenpolitischen Aktes Krieg wird nicht von einer Moral der internationalen Gemeinschaft abgeleitet, sondern von einer Moral aus der Perspektive der autarken polis. Denn wenn Aristoteles vom Frieden spricht, auf den hin der Krieg ausgerichtet sein sollte, so meint er primär den Frieden der polis, nicht einer internationalen Gemeinschaft, von der er keinen rechten Begriff hat - übrigens entgegen seinen lebensgeschichtlichen Erfahrungen: Aristoteles war Schüler des poliszerstörenden Weltreichsgründers Alexanders des Großen, und auch mit seiner polis Athen hat er nicht nur die besten Erfahrungen gemacht, wie schon sein Lehrer Sokrates. Er selbst wurde der Kollaboration mit Alexander bezichtigt und vertrieben, der Lehrer wurde wegen Verführung der Jugend zum Tode verurteilt.

Daß Aristoteles aber nichtsdestotrotz in den Kategorien der polis-Autarkie denkt, zeigt seine scharfe Trennung zwischen dem Innen und dem Außen einer polis: Das Fremde, der Fremde, das Andere, das Feindliche wird als dem Gefüge einer polis dysfunktional angesehen, da sich der Fremde, aus einer anderen Lebensumwelt mit anderen Sitten und Gewohnheiten stammend, der verfaßten Entelechie der polis nur schwer anpassen kann, er hat zu ihr keinen Bezug. Zwar soll der Bürger, meint Aristoteles, dem Fremden nicht hart und rauh begegnen, aber ihm wird das Bürgerrecht verweigert, wie auch solchen Teilen einer polis, die aufgrund ihres Berufes oft mit einer ausländischen polis in Kontakt kommen: Händlern, Seeleuten, Fahrenden. Der Handel mit dem Ausland soll auf ein Minimum reduziert werden, so wie der Staat nur ein Volk umfassen soll. (Aristoteles, Politik, 1257 b). Auch entsprach es griechischem Staatsleben, Bürger, die sich der Lebensart einer polis nicht fügen, auszustoßen. Man denke nur an den Fall Sokrates oder an die Institution des Scherbengerichtes, das Aristoteles befürwortet. Um die Autarkie und Unabhängigkeit einer polis zu erhalten, soll sogar deren Bevölkerungsüberfüllung und damit der Gefahr der Abhängigkeit durch Koloniebildung begegnet werden.

Nicht nur xenophobisch, sondern imperialistisch-missionarisch verhält sich Aristoteles gegenüber den von ihm sogenannten Barbaren. In einer rhetorischen Frage vergleicht er sie mit Tieren, an anderer Stelle mit Sklaven. (Aristoteles, Politik, 1281 b, 25 ff.) Als Sklaven werden von Aristoteles solche Menschen bezeichnet, die von Natur aus einen Teil ihres Herrn bilden, keinen eigenen Rechts- und Personencharakter besitzen und nicht besitzen können, da beiden - Herren und Sklaven - ein gemeinsames, "eine beide Teile verpflichtende Ordnung von gegenseitigen Ansprüchen und Verpflichtungen fehlt". (Siegfried, 1942, S. 6) Der Sklave ist nur beseeltes Werkzeug in der Hand

des über ihn verfügenden Herrn. Aristoteles betrachtet die Barbaren nicht als Sklaven durch Gesetz, sondern als Sklaven von Natur aus. Der Terminus Natur kann in diesem Zusammenhang zwei Bedeutungen haben: Erstens der ursprüngliche Zustand im Gegensatz zu einem späteren, der sich aus Veränderungen durch Kultur und Erziehung ergibt; zweitens das vollendete Ziel, der Höhepunkt der Entwicklung eines Wesens. Im zweiten Fall wären die Barbaren von ihrer Konstitution her auf ewig zu ihrem Barbarendasein verdammt. Im ersten Fall wären sie durch einen Herrn, dem denkbaren Komplement zum Sklaven, erziehbar zu einer höheren Stufe des Menschseins. Wer könnte dieser Herr sein? Nach Aristoteles kommt nur die griechische polis in Frage, von deren kultureller Missionsaufgabe er überzeugt zu sein scheint. (Aristoteles, Politik, 1333 b, 58)

Auch noch die missionarische Aggression gegen andere ist auch bei Aristoteles vom je eigenen, inneren telos der griechischen polis bestimmt. Das Außen wird durch das Innen determiniert. (Allerdings zeigen sich hier auch die Gefahren eines essentialistisch-teleologischen Politikverständnisses. Das angestrebte höchste Gut, das es in der polis zu verwirklichen gilt, das auch - wie dargelegt - Beurteilungskriterium für Kriege ist, wird im Verhältnis zu den "Barbaren" in dessen Gegenteil pervertiert. Die notwendige Formalität des höchsten Gutes erweist sich schon bei Aristoteles selbst als manipulierbar für machtpolitische Zwecke. Das wird sich später beim Begriff des Nationalinteresses verstärkt wiederholen.)

An der prinzipiellen Feststellung des absoluten "Primats der Innenpolitik" bei Aristoteles ändern auch nichts seine zahlreichen empirischen Beobachtungen einer Verflechtung der polis mit ihrer Umwelt, denn auch sie werden aus der Perspektive der jeweiligen polis betrachtet und beurteilt. So hält er seinen Vorschlag einer realistisch-realisierbaren (nicht der idealen oder optimalen) polis-Konstruktion

nämlich die der *politie*, auch außenpolitisch am geeignetsten zur Realisierung des *bonum comune* in der *polis*: Die *politie* ist gekennzeichnet durch innere politische und sozioökonomische Ausgeglichenheit: Alle staatstragenden Gruppen und Instanzen lassen sich von den Prinzipien der Mitte, der Mischung und der Mäßigung leiten, um Mißbildungen durch Übermaß und Übergröße zu vermeiden. Vermögen zum Beispiel sollen gleichmäßig verteilt werden, so daß es nicht zu gegenseitigen Rivalitäten oder Bürgerkriegen kommen kann. Verschiedene Elemente aus verschiedenen Verfassungstypen werden zur Gewinnung einer höheren Stabilität in der *politie* kombiniert. Das Ziel ist ein innerlich stabiles, organisches, in sich selbst ruhendes, von tugendhaften Männern geführtes, das *bonum comune* verwirklichendes Gemeinwesen, derart, daß es nicht gezwungen ist oder getrieben wird, aufgrund innerer Unruhen gegenüber anderen *polis*-Gemeinschaften aggressiv aufzutreten, sei es, um von der inneren Krise abzulenken, sei es, um sozioökonomische Unausgeglichenheiten durch Eroberungen zu kompensieren. Der derart innenpolitisch bedingte äußere Friede ist aber wiederum auch notwendig für die innere Stabilität der *polis* selbst. (Das gleiche gilt natürlich auch für die nur unter seltenen "idealen" Konstellationen vorkommenden Verfassungsformen der Aristokratie und des guten Königtums.)

Darüber hinaus zeigt Aristoteles eine Reihe von empirisch gegebenen Verflechtungen zwischen Innen- und Außenpolitik auf, symptomatischerweise vor allem bei den Entartungsformen politischer Herrschaft: diese empirischen Feststellungen ändern natürlich nichts am Autarkietelos einer *polis*, dieses kommt ja gerade wegen der Entartungen nicht zum Tragen. Der *politie* setzt Aristoteles folgende Entartungen außenpolitischer Herrschaft entgegen: die tugendlose selbstbezogene Machtgier eines Tyrannen oder einer tyrannischen Oligarchie den Bürgern gegenüber wirkt sich

in eben derselben Weise auch gegenüber benachbarten polis-Gemeinschaften aus, denen gegenüber der Tyrann hemmungslos-imperialistisch auftritt. In der "Demokratie" herrschen die Unbegüterten, die sich nach Aristoteles unter Umständen durch kriegerische Expansion den fehlenden Besitz verschaffen wollen. Athen bot in seiner Geschichte dafür Beispiele genug. Die Kriegsführung droht jedoch in einer Demokratie wegen demokratischer Anarchie zu scheitern. Umgekehrt ist aber auch zu große Anhäufung von Besitz in einer polis schädlich, da dadurch eventuell Gegner nur zu Angriffen provoziert werden können. Der Gewinn, den der Angreifer durch Eroberung erhoffen kann, muß folglich kleiner sein als die Kriegskosten. -

Auf der einen Seite wirken innenpolitische auf außenpolitische Verhältnisse, auf der anderen Seite wirkt die Außenpolitik auf die Innenpolitik zurück: ausgedehnte Feldzüge, in denen die Masse des Volkes im Kampf beteiligt werden muß, verursachen - langfristig oder kurzfristig - eine "demokratische" Staatsform, da die im Schlachtfeld erprobten Männer nun innerstaatliche Rechte verlangen und sie wegen der Abhängigkeit der politischen Führung vom Heer auch erhalten. Ebenso bedingen sich ein von der Kavallerie dominiertes Heer und eine oligarchische Staatsform.

So wie Aristoteles' Beobachtungen zu empirischen Interdependenzen von Innen- und Außenpolitik nichts am prinzipiellen Autarkiecharakter der polis zu ändern vermögen, vielmehr gerade dazu dienen, durch Beachtung der Verflechtungen deren für die Autarkie der polis negativen Auswirkungen zu vermeiden, so sind ähnlich die in Aristoteles' Werk vorhandenen Ansätze zu einer internationalen Ordnung oder gar Gesellschaftsbildung nur peripher und akzidentiell vorhanden, wenn sie nicht gar erst durch nachträgliche Analyse hineininterpretiert worden sein mögen. Als mögliche Ansatzpunkte kommen diesbezüglich in Frage:

1. Das schon besprochene Modell der Koexistenz autarker Kleinstaaten, die keine Kontakte und deshalb auch keine Konflikte miteinander haben;

2. eng mit dem ersten Modell verbunden: eine internationale Ordnung, in der der Frieden durch absolut oder relativ beste Verfassungen der einzelnen polis-Gemeinschaften gesichert wird;
3. der Abbau individueller Aggressionsbereitschaft in einer auf Tugendhaftigkeit hinzielenden Erziehung und einem dementsprechenden Gemeinschaftsleben (Thema der "Nikomachischen Ethik");
4. das machtpolitische Gleichgewicht der Kräfte, einem "Konzert der polis-Gemeinschaften", auf der Grundlage einer gleichen gemeinsamen Wirtschaftsordnung, deren konstitutiver Bestandteil die Sklaverei ist - quasi eine "Internationale" der griechischen Herren als einem Schutzbund gegen ihre Sklaven. (Aristoteles, Politik, 1269 b, 1) Das Gleichgewicht wird erhalten durch gegenseitige Abschreckung. (Aristoteles, Politik, 1330 b, 52 ff.)
5. Die Hegemonie einer polis über die anderen (Aristoteles, Politik, 1327 b, 5), die Aristoteles indirekt dadurch andeutet, daß er Athen als die geopolitisch und sozioökonomisch am günstigsten situierte Stadt schildert und ihr damit einen gewissen Suprematieanspruch zugesteht.
6. Personalunionen und Verbandschaftsbeziehungen (Heirat unter Königshäusern, Einigung über die Aristokraten-schicht), was Aristoteles jedoch ablehnt (Aristoteles, Politik, besonders 1304 a, 8 ff.).

Diese bei Aristoteles nur en passant erwähnten, von ihm nicht systematisch entwickelten Bemerkungen zu zwischenstaatlichen Beziehungen ändern aber auch wiederum nichts am prinzipiell von ihm auf Autarkie hin angelegten Charakter der polis, der sich zwar auf der empirischen Ebene praktischer Politik nicht immer voll realisieren läßt, aber nichtsdestotrotz das telos der polis ausmacht. Daß es Aristoteles trotz der zu seiner Zeit schon sehr manifesten, internationalen Verflechtungsprozesse zwischen den polis-Gemeinschaften und trotz der auch

kulturell gegebenen Einheit des Griechentums, symbolisiert in den Olympischen Spielen und dem gemeinsamen Götterhimmel, sowie trotz der Realität des Alexandrinischen Weltreiches nicht gelingt, diese Tendenzen begrifflich adäquat zu fassen, liegt nicht nur an seinen Autarkievorstellungen, denn es wäre ja vorstellbar, daß eine polis zwar autark ist, der einzelne Bürger jedoch, unabhängig davon, die Grenzen der polis physisch und psychisch überschreiten kann, seine Identität nicht nur in ihr findend. Für Aristoteles ist jedoch das gesittete, das gute Leben nicht als freischwebende Existenz, als "Weltbürger" (Kant) denkbar, sondern nur in Bindung an eine konkrete Gemeinschaft, an die polis, die den Einzelnen sittlich formt und erzieht und die wiederum von diesem sittlich geformt wird. Die liberal-moderne Vorstellung des zunächst fiktiv isolierten, einzelnen Individuums, das sich dann im gemeinsamen Beschluß mit anderen Individuen einen Staat konstruiert, ist Aristoteles vollkommen fremd. Für ihn ist der Mensch a priori Gemeinschaftswesen, zoon politikon: Das soziale Ganze ist logisch und genetisch vor seinen Teilen. Da für ihn derart das gute Leben nur in der konkreten, historisch gewachsenen polis, nicht in einem abstrakten, konstruierten Gebilde, wie zum Beispiel einer Staatengemeinschaft oder einem Weltstaat zu verwirklichen ist, da für Aristoteles das Ethos nur im Verhältnis zu einem Nomos existent ist, gibt es für ihn moralische Existenz nur in der polis, gelingt es ihm daher auch nicht, originär einen Ethos für eine Staatengemeinschaft zu bilden. Dieser kann höchstens aus dem Ethos einer autarken polis abgeleitet werden, denn territorial große Sozialgebilde entbehren eines für Aristoteles wesentlichen Moments der Funktionsfähigkeit einer polis, nämlich der Überschaubarkeit. Da Staatengemeinschaften oder noch größere Einheiten nicht mehr überschaubar sind und daher nur abstrakt konstruiert sein können (was wohl auch heute noch im elektronischen Zeitalter unvermeidbar ist), stellen sie keine polis dar und

können daher weder einen originären Ethos noch einen originären Nomos entwickeln.

Es bleibt für Aristoteles dabei: Der Mensch ist und wird nur Mensch in seiner konkreten polis. Auf dieser Basis gelingt es Aristoteles aber nicht, das Normative in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu erfassen, Normen für die Gestaltung der internationalen Beziehungen zu gewinnen. Sein Denken ist polis-bezogen vereinseitigt. Daraus resultiert dann auch eine gewisse Tendenz zur von ihm befürworteten außenpolitischen Aggressivität gegenüber den Barbaren. Obwohl Aristoteles in seiner Nikomachischen Ethik gerade das Prinzip der Mitte als Tugendprinzip entwickelt, überträgt er es jedoch nicht auf die internationalen Beziehungen in dem oben aufgezeigten Sinne einer Mischung der vier polaren Begriffe. (Vgl. Friedrich Tomberg, 1973)

Nichtsdestotrotz oder gerade deshalb legte Aristoteles damit den Anfang zu einer transepochalen Traditionslinie, die bis in die Gegenwart reicht; über das Volksgeistkonzept Herders ("jede Nation hat ihren Mittelpunkt der Glückseligkeit in sich, wie jede Kugel ihren Schwerpunkt", Herder, S. 86) bis zur Deutschtümelei zum Beispiel des frühen Thomas Mann ("Deutschland soll Euer Gewissen sein", Mann, 1915, S. 126 ff.). Sie kulminierte vorerst im Nationalismus dieses und des letzten Jahrhunderts. Symptomatisch und von daher ganz Aristotelisch gedacht ist es zum Beispiel, wenn Hegel nur zu einem Begriff des Völkerrechts als dem obersten staatlichen Recht und nicht als einem eigenen Recht der internationalen Gemeinschaft kommt (vgl. Dahm, 1958, S. 8), wenn er überhaupt den Fortschritt der Weltgeschichte über den Kampf und Krieg zwischen den Nationalstaaten sich realisieren sieht. "Das Volk - so Hegel - als Staat ist der Geist in seiner substanziellen Vernünftigkeit und unmittelbaren Wirklichkeit, daher die absolute Macht auf Erden; ein Staat ist folglich gegen den anderen in souveräner Selbständig-

keit." (Hegel, 1970, § 331) Und auch wenn Hegel dialektisch die Notwendigkeit der wechselseitigen Anerkennung der Staaten untereinander als unabdingbare Folge ihrer Souveränität sieht, verbleiben die nichtsdestotrotz oder gerade deshalb weiterhin souveränen Staaten "insofern im Naturzustand gegeneinander, und ihre Rechte haben nicht in einem allgemeinen zur Macht über sie konstituierten, sondern in ihrem besonderen Willen ihre Wirklichkeit". (Hegel, 1970, § 333) Den Staaten übergeordnete Instanz kann nach Hegel nicht "die Kantische Vorstellung eines ewigen Friedens durch einen Staatenbund" sein (§ 333), sondern nur der sich in der Weltgeschichte im dialektischen Streit und Widerstreit emanierende Weltgeist. Allerdings - das sei gegen den Mißbrauch Hegelscher Gedanken im Nationalsozialismus (zum Beispiel im "Mythos des 20. Jahrhunderts" bei A. Rosenberg) zur Ehrenrettung Hegels gesagt: Für Hegel ist die Weltgeschichte ein zwar grausamer, Knochen und Blut hinter sich lassender Prozeß, der aber immerhin zunehmende Selbstbewußtwerdung und Befreiung der Menschheit zum Ziel hat. Kampf und Krieg sind also nicht, wie das später der Fall sein wird, schon Ziele als solche, sondern Mittel zum Ziel.

Damit wird aber auch die die Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bestimmende Ambivalenz der Hegelschen politischen Philosophie zwischen machiavellistischer Realpolitik und emanzipatorischem Geschichtsprozeß offenbar, eine Ambivalenz, die Hegel sicherlich dialektisch zu meistern können glaubte, die jedoch seine Nachfolger und Epigonen in zwei Lager spaltete, die dann im 20. Jahrhundert, wenn auch geistesgeschichtlich gesehen als illegitime Kinder, geschichtsmächtig wurden in Form des Faschismus/Nationalsozialismus einerseits und des Marxismus/Kommunismus andererseits. Auch der evolutionistische Fortschrittspathos der fröhdemokratischen Bewegung, unter anderem in den Vereinigten Staaten, mag von

Hegels Geschichtsoptimismus manches übernommen haben. Damit sind zwei weitere Typen (außen-)politisch-philosophischen Denkens und Verhaltens aufgezeigt, die auf dem oben dargestellten begrifflichen Koordinatenkreuz drei weitere prinzipielle Positionen darstellen, nämlich zum einen die außenpolitische Position einer bestimmten Art von Faschismus, deren Denken und Verhalten sich - vereinfacht ausgedrückt - auf der Zielebene aus der Ablehnung internationaler Normen und auf der Mittelebene aus der Verherrlichung purer Gewalt zusammensetzt, und zum anderen die außenpolitische Position der amerikanischen, demokratisch-missionarischen Bewegung sowie bestimmter Arten von Kommunismus, die beide ihre klar vorgegebenen Normen und Zielvorstellungen über die Gestaltung auch der internationalen Beziehungen unter Umständen auch mit den Mitteln der Gewalt durchzusetzen bereit sind.

2.1.2 Dezisionismus und außenpolitische Moral

2.1.2.1 Ernst Jünger

Wenn wir uns zunächst dem außenpolitisch-theoretisch relevanten, faschistischen Denkens- und Verhaltenstyp zu. Er bildete sich bevorzugt bei denen, die nationalistisch-idealistisch gesonnen in den ersten Weltkrieg zogen und vollkommen desillusioniert den Zusammenbruch nicht nur der deutschen Nation, sondern all ihrer Werte und Normen in einem zum ersten Mal in großem Maße technisch-maschinell betriebenen Völkergemetzel ohne gleichen erleben mußten. Statt vieler sei hier zu exemplarisch Ernst Jünger genannt und behandelt, der es als einer der wenigen vermochte, dieses existentielle Erlebnis auf einem hohen philosophisch-dichterischen Niveau in einem auch für die hier primär interessierenden außenpolitik-theoretischen Fragestellung relevanten Weise zu reflektieren. Jünger steht in der Tradition Nietzsches und der Lebensphilosophie und fühlt sich eng der Existentialphilosophie Martin Heideggers verbunden. Nietzsche sah die Grund-

struktur des Lebens im organisch fundierten Willen zur Macht, oder genauer: zu immer mehr Macht, der sich im Kampf äußert und sich nur in der Gefahr angesichts des Todes wahrhaft zu bewähren vermag. Werte und Normen gelten nach dieser nihilistischen Weltauslegung demnach nur als je verschiedene Ausdrucksformen des einen Willens zur Macht, "aller Sinn ist Wille zur Macht" (zitiert nach Jaspers, 1950, III, S. 297). In dieser Perspektive ist es dann nur konsequent, daß für Nietzsche Krieg "unentbehrlich" ist. "Es ist eitel Schwärmerei und Schönseelentum, von der Menschheit noch viel (oder gar: erst recht viel) zu erwarten, wenn sie verlernt hat, Kriege zu führen. Einstweilen kennen wir keine anderen Mittel, wodurch mattwerdenden Völkern jene rauhe Energie des Feldlagers, jener tiefe unpersönliche Haß, jene Mörder-Kaltblütigkeit mit gutem Gewissen, jene gemeinsame organisierende Glut in der Vernichtung des Feindes, jene stolze Gleichgültigkeit gegen große Verluste, gegen das eigene Dasein und das der Befreundeten, jenes dumpfe erdbebenhafte Erschüttern der Seele ebenso stark und sicher mitgeteilt werden könnte wie das jeder große Krieg tut." (Nietzsche, 1954, Bd. 1, S. 687)

Hier setzte Jünger an. Für ihn war es weltgeschichtlich ein Unding, daß der für Deutschland mit Schmach und Schande beendete 1. Weltkrieg keinen Sinn gehabt haben könnte. Er sah, da nichts mehr verblieb, den Sinn im Krieg und Kampf als solchem, im "Kampf als inneren Erlebnis" (so der Titel eines Buches von Jünger). "Die junge Generation des 1. Weltkrieges hatte den Zusammenhang mit aller christlichen Deutung der Welt verloren. Sie konnte dem Rätsel der Bedrohung der Existenz in der Grenzsituation des Krieges nicht standhalten, darum knüpfte sie an das an, was sie, die Schar der Überlebenden, an Positivem im Kriege erfahren hatte: an dem Leben als Kampf, an der Erfahrung des Blutrausches ... " (Müller-Schwefe, 1951, S. 22), worin der Mensch, in solche

Situation der Entscheidung geworfen, mit Entschiedenheit und ohne Reflexion, dem Instinkt des Lebens folgend, sich zu stellen habe, um "eigentlicher" Mensch zu werden.

Jünger generalisiert - in einem grandiosen Mißverständnis der Hegelschen Dialektik und des Hegelschen Geschichtsrelativismus - sein Kriegserlebnis zur Vorstellung von Welt und Kosmos als einer ständig sich in dialektischem Kampf befindlichen totalen "Mobilmachung", als einer jeden Menschen und jedes Teilchen und jedes Element erfassenden "planetarischen" Bewegung, die, vor allem in der modernen Technik sich manifestierend, irrationalistisch alles unter sich zermalmt: alte Kulturen, traditionale Werte, das Bürgertum, das Bürgerliche überhaupt. Die Bewegung wird getrieben vom Rhythmus der Maschine, die Maschine des Soldaten und des Arbeiters ist für Jünger das Charakteristikum dieses als nachbürgerlich verstandenen Zeitalters. Mit dieser alles bewegenden totalen Mobilmachung meint Jünger nur einen schon im Bürgertum sich - allerdings pervertiert - abzeichnenden Zerfall aller Werte in bloßen Materialismus, in bloßen Individualismus und in sozialen Atomismus konsequent fortzutreiben, nur derart, daß er ihn nicht beklagt, sondern positiv aufgreift als Bestimmung eines Lebens, das - jenseits aller Moral - sich im Kampf, in der Grenzsituation, im "Dasein zum Tode" bewährt. Was diese Bewegung durch Technik hinterläßt, ist das anarchische Nichts, wie eine leere verwüstete Landschaft, über die die Kriegsmaschinerie hergezogen ist. "Das Unbekannte, das Außerordentliche, das Gefährliche und nicht nur das Gewöhnliche - es wird auch das Bleibende ..., in dem die Katastrophe als das Apriori eines veränderten Denkens erscheint." (Jünger, 1932, S. 54, 55) Mit einer solchen chaotischen Weltansicht ist Ordnung nach bestimmten Normen nicht möglich, weder staatlich noch zwischenstaatlich.

Hier wird zumindest für einen Moment in einer Bewegung die totale Anarchie gedacht. Ein solcher Zustand kann aber nicht stabil sein. Sie ist, ebenso wie bei anderen Dezisionisten - auch bei Jünger nur ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer neuen, metaphysischen Ordnung, die allerdings erst aus dem Nichts erwachsen kann. Jünger bringt in diesem Zusammenhang das Bild vom Schmetterling und der Raupe: Erst durch die Zerstörung der Raupe entsteht der Schmetterling. (Hier stand offensichtlich Hegels Knospe-Blüte-Samen-Metapher Pate.) Aus der Bewegung entsteht ein Sein, ein neuer Menschen-schlag, ein neuer Typus, eine neue "Gestalt", die Jünger in seinem Werk "Der Arbeiter" beschreibt. Die neue Herrschaft, die Jünger entwirft, bedeutet allerdings keine Überwindung des Kämpferischen, vielmehr dessen Orientierung und Ausrichtung am neuen Ziel, die Herrschaft der Gestalt des Arbeiters zu realisieren. Das Kämpferische organisiert sich zu einer neuen Ordnung.

"Echte Gestalten werden daran erkannt, daß ihnen die Summe aller Kräfte gewidmet, die höchste Verehrung zugewandt, der äußerste Haß entgegengebracht werden kann. Da sie das Ganze in sich bergen, fordern sie das Ganze ein. So kommt es, daß der Mensch mit der Gestalt zugleich sein Bestimmung, sein Schicksal entdeckt und diese Entdeckung ist es, die ihn des Opfers fähig macht, das im Blutopfer seinen bedeutetsten Ausdruck gewinnt." (Jünger, 1932, S. 36)

Die Herrschaft des sicherlich nicht marxistisch mißzuverstehenden Arbeiters vollzieht sich durch eine hierarchisch gegliederte, totalitäre Ordnung nach der Art von mittelalterlichen Orden oder von altorientalischen Großreichen, einer Ordnung mit planetarischem Umfang, in der der Mensch in wagnerianischem Ringen mit den mythischen Mächten des Schicksals sich kämpfend zu beharren hat. Die neue, durch die technische Bewegung welt-

weit vereinheitlichte, die Nationen überwindende Ordnung eliminiert zwar den traditionellen Konflikt zwischen den Nationen, aber auf Kosten einer Militarisierung aller sozialen Beziehungen, die von Kampf erprobten gehärteten, kühnen, animalisch-instinktgeleiteten Massenmenschen getragen werden sollen. Bei Jünger dominiert - um die hier verwendete Terminologie aufzugreifen - das Dissoziativ-Gewaltsame derart, daß er zu keinem ausgewogenen Bild einer anzustrebenden Ordnung kommt.

Man mag nun einwenden, diese Verherrlichung von Kampf und Heroismus, sei es nun um ihrer selbst willen oder sei es im Dienst für eine neue Ordnung, ist heutzutage nicht mehr aktuell und so absurd, daß man sie bei der hier versuchten Entwicklung einer Moral für die internationalen Beziehungen nicht zu erwähnen brauche. Dem sei entgegengehalten:

1. Die hier dargestellten und noch darzustellenden Außenpolitik-theoretischen Positionen mit derart extremen Standpunkten wie bei Jünger sind aus methodischen Gründen deshalb gewählt worden, damit der Rahmen und die Endpunkte abgesteckt werden können, innerhalb dessen eine verantwortbare außenpolitische Moral entwickelt werden kann, eine Moral, die sich wahrscheinlich aus einem Mischungsverhältnis aller Positionen ergeben wird. (Siehe Einleitung.)

Denn der von Jünger hypotasierte Kampf ist ja nicht einfach zu leugnen, zumal nicht in den internationalen Beziehungen. Er muß auch in einer diesbezüglichen Moral aufgegriffen und verarbeitet werden, allerdings ausgerichtet auf das Normative hin. Er muß relativiert werden.

2. Man überschätzt wohl die Gegenwart, wenn man sie geistig gefeilt hält gegen Positionen, wie sie Jünger vertritt. Immerhin hat die Zeit des Nationalsozialismus erst vor 36 Jahren ihr Ende gefunden. Immerhin war es eine kulturell hochentwickelte Gesellschaft wie die unsere, die relativ schnell in den Faschismus regredierte. Und

je mehr sich unsere Gesellschaften der Gegenwart wirtschaftlich und geistig krisenhaft entwickeln, um so größer wird die Gefahr eines erneuten Rückfalls. In Frankreich gibt es schon wieder den Sozialdarwinismus einer Neuen Rechten. Und in der Bundesrepublik wird wieder vom Wohlstand als einer verweichlichenden Gefahr gesprochen. Auch sei hier nur an Tendenzen bei einigen Vertretern der modernen Ethologie erinnert, die das biologische Evolutionsprinzip der Mutation als ständigen Kampf auf die Sozialbeziehungen zwischen Menschen übertragen.

Schließlich sei nicht vergessen, wie schnell und leicht nicht nur irrationalistische und mystische Positionen wie die von Jünger faschistisch "umkippen", sondern auch wissenschaftlich-rational fundierte und allgemein respektierte wie die von Carl Schmitt. (Vgl. von Krockow, 1958)

2.1.2.2 Carl Schmitt

Schmitts Rechtspositivismus führte ihn, wissenschaftlich in sich stringent, zur Ablehnung naturrechtlicher oder sonstwie transzendent begründeter Normen. Was dann verbleibt, ist die in der Nachfolge von Hobbes stehende außernormative, vermeintlich empirische Feststellung Schmitts, Politik sei potentiell stets Krieg oder Bürgerkrieg zwischen Freund und Feind, den - so Schmitt - Grundlagenkategorien des Politischen. Das bedinge allein das Konkurrenzverhältnis zwischen den Staaten und zwischen den gesellschaftlichen Gruppen in den Staaten. Vor dem Hintergrund des stets möglichen Ausnahmezustands von Krieg oder Bürgerkrieg sei Politik daher nur zu verstehen und zu betreiben (vgl. Schmitt, 1929). Im Ausnahmezustand gibt es dann angesichts des Fehlens normativer Maßstäbe nur noch die existentielle Entscheidung des großen Führers, die "aus einem Nichts geboren" sein müsse (Schmitt, 1934, II, S. 11; vgl. auch Lenk, 1971, S. 127). Die Entscheidung resultiert dabei - jenseits von Gut und Böse - aus der faktischen Existenz einer politischen Einheit und der aus

dieser Existenz folgenden Notwendigkeit der Selbstbehauptung. Nicht Normen zählen, sondern Entscheidungen. Auch hier wieder das gleiche Problem wie bei Jünger. Eine partiell richtige Einsicht, nämlich die der notwendigen Selbstbehauptung, wie sie insbesondere in der internationalen Politik erforderlich ist, wird derart übersteigert, daß sie der Realität nicht mehr gerecht wird und zu falschem Handeln führt.

Wie wir schon bei Jünger sahen, ist auch bei Schmitt eine rein dezisionistische Position ihrer inneren Logik nach nicht lange aufrecht zu erhalten: Die neue Ordnung, die Schmitt konzipiert - der totale Staat -, ist einzig in der Lage, den Bürgerkrieg zumindest latent zu halten und zu unterdrücken. Dazu bedarf sie aber einer mehr als dezisionistischen Legitimation; Schmitt findet sie in der organischen Entwicklung der völkischen Substanz, Jünger fand sie in der Gestalt des Arbeiters.

2.1.3 Außenpolitischer Missionarismus und außenpolitische Moral

Damit führt uns die innere Logik der dezisionistischen Position internationaler und intranationaler Normlosigkeit sowie internationaler und intranationaler Gewaltpolitik zur nächsten, hier dazustellenden außenpolitik-theoretischen Position, nämlich der, in der mit dem Mittel außenpolitischer Gewalt für ganz bestimmte, vorgegebene politisch-philosophisch fundierte, innen- und außenpolitische Ziele und für eine bestimmte internationale Ordnung gekämpft wird. Diese Position soll hier im Folgenden als Missionarismus bezeichnet werden. Er ist auch aus der inneren Logik des oben bereits dargestellten Aristotelischen oder Hegelschen Nationalismus ableitbar: Wer sich mit dem eigenen Gemeinwesen stark identifiziert und es infolge dessen als Teil seiner selbst idealisiert, ist psychologisch gesehen allzu leicht geneigt, seine Wertvorstellungen und Lebensweisen als die überhaupt besten auch anderen Nationen zuteil kommen zu lassen (vgl. Morgenthau, 1958, S. 170 ff.).

Der Missionarismus ist in der Geschichte eine äußerst virulente und oft praktizierte Form von Außenpolitik. Sie reicht vom weltreichgründenden, die Welt graecifizierenden Alexander den Großen und von der Pax Romana über die islamischen und christlichen Kreuzzüge des Mittelalters bis zum Kolonialismus und Imperialismus der modernen Geschichte und schließlich bis zum ideologisch-demokratischen bzw. ideologisch-kommunistischen Expansionismus der Gegenwart. Die Grundstruktur all dieser außenpolitischen Bewegungen ist immer wieder die gleiche: Eine wie auch immer begründete und wie auch immer konkret ausgestaltete Norm wird vom jeweiligen Normträger derart absolut gesetzt und für derart menscheitsbeglückend oder alle Probleme endlich chiliaistisch lösend betrachtet, daß eine Teilhabe der anderen Völker, Nationen und Staaten an diesem Gut für unabweisbar und auch in deren Interesse liegend gehalten wird - und sei es, wenn notwendig, mit den Mitteln von Gewalt und Eroberung. Im Folgenden seien hier exemplarisch zwei repräsentative Vertreter missionarischer Außenpolitik diskutiert, und zwar aus Gründen der weltpolitischen Parität einerseits die sozialistisch-kommunistische Position, insbesondere die von Leo Trotzky, und auf der anderen Seite die des "idealistischen Imperialismus" der Vereinigten Staaten von Theodor Roosevelt bis zu Woodrow Wilson. Beginnen wir mit dem idealistischen Imperialismus.

2.1.3.1 Der amerikanische "Idealismus"

Der idealistische Imperialismus wird nur vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte der amerikanischen Nation verständlich: Die amerikanischen Gründungsstaaten wurden zum großen Teil von in England religiös verfolgten Puritanern und anderen christlichen Minderheiten aufgebaut, die sich als von Gott auserwählt empfanden und die auf dem neuen Kontinent die Möglichkeit zur freien Praktizierung ihres Glaubens und zur Errichtung tugendhafter und

lasterfreier Heimstätten zu finden hofften - und auch fanden. Dazu kam zum zweiten, daß sich diese Staaten von der englischen Kolonialmacht zu befreien vermochten, und somit das erste liberal-demokratische Gemeinwesen im modernen Sinne durch einen revolutionären Akt schufen. Drittens gelang es den Amerikanern, den Widerstand der indianischen Ureinwohner brutal und blutig zu brechen, den Kontinent bis zur ozeanischen Gegenküste zu besetzen und mit einem gewaltigen industriellen Wachstum zu erschließen. Diese drei Stränge verdichteten sich - zusammen mit dem für das 19. Jahrhundert typischen, evolutionistischen Fortschrittsoptimismus (vgl. Guggisberg, 1975, S. 160) - zum Bewußtsein einer amerikanischen Überlegenheit über die anderen Völker der Welt, die zum großen Teil noch in feudalen, autokratischen, atavistischen oder absolutistischen Sozialordnungen mit einer luxurierenden Elite befangen gewesen seien und die daher - in Fortsetzung der inneren Erschließung des amerikanischen Kontinents bis zum Pazifik - von der weltgeschichtlich fortgeschrittensten Nation, den Amerikanern, zur Demokratie befreit werden mußten - und zwar auch mit den Mitteln der Gewalt -, so die damalige Weltansicht der Amerikaner. Albert Beveridge, Redner der "progressiven" Republikaner, die Theodore Roosevelt unterstützten, brachte dieses Bewußtsein so zum Ausdruck:

"Mitamerikaner! Wir sind Gottes auserwähltes Volk ... Seine Hand hielt uns. Abraham Lincoln war sein Diener, und sein war der Altar der Freiheit, den die blauen Jungen auf hundert rauchenden Schlachtfeldern errichteten ... Seine großen Ziele werden in dem Vordringen der Flagge enthüllt, das über die Pläne der Kongresse und Kabinette hinausgeht und uns als eine heilige Rauchsäule bei Tag und Feuersäule bei Nacht in Lagen führt, die irdische Weisheit nicht voraussehen kann, und zu Pflichten, die das unprophetische Herz der Selbstsucht nicht erwartet. Das amerikanische Volk kann kein unehrliches Zahlungsmittel benutzen; es liegt an uns, der Welt ein Beispiel von Recht

und Ehre zu geben. Wir können vor unseren Pflichten nicht entfliehen; es ist an uns, die Ziele einer Bestimmung zu erfüllen, die uns dazu getrieben hat, größer als unsere eigenen Absichten zu sein. Wir können uns nicht vor irgendeinem Stück Land zurückziehen, wo die Vorsehung unser Banner entfaltet hat. An uns ist es, jenes Stück Land für die Freiheit und die Zivilisation zu retten." (A.H. Beveridge, 1898, zit. nach Thork, 1941, S. 916)

In praktische Politik wurde dies insbesondere umgesetzt von den Präsidenten Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson, die damit einerseits den Pfad der traditionell isolationistischen Außenpolitik Amerikas verließen, sich aber andererseits als Demokratien nicht dem verpönten Imperialismus der europäischen Monarchien anschließen wollten und daher stattdessen "idealistisch" und moralistisch verbrämt imperial aktiv wurden. Das heißt: Da sie davon zutiefst überzeugt waren, daß das amerikanische Gesellschaftssystem das damals höchst entwickelte war, lag es nur nahe, auch den anderen Völkern die Segnungen der amerikanischen Kultur zu bringen: Politische Freiheit, wirtschaftliche Prosperität, Demokratie. Dazu sollte in die Innenpolitik fremder Staaten interveniert oder sogar die Staaten selbst erobert werden, um sie in ihrem eigenen Interesse zur Demokratisierung und Aufklärung zu veranlassen, wohl genauer: zu zwingen. (Daß das auch den wirtschaftlichen Interessen der USA an weltweit freiem Zugang zu allen Märkten entsprach, "open door policy", sei hier allerdings ideologiekritisch am Rande vermerkt.) So intervenierten amerikanische Truppen unter Präsident Roosevelt im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Kuba, in Santo Domingo und Nicaragua, nachdem vorher noch unter dem Vorgänger Roosevelts bereits die Philippinen, Puerto Rico, Guam und Hawaii von den spanischen Kolonialherren oder inländischen Autokraten "befreit" worden waren und in amerikanische Treuhänderschaft oder in amerikanischen Besitz übergingen. In dieser Linie ihrer Außenpolitik begannen die USA 1904 die Bauarbeiten am

Panama-Kanal. Und ebenfalls 1904 wurden diese expansionistischen Aktivitäten in einer Ergänzung ("Corollary") zur Monroe-Doktrin formalisiert, in der statuiert wurde, "daß die USA sich in Zukunft zur Ausübung einer 'international police power' verpflichtet fühlen würden, um einerseits politische Verantwortungslosigkeit, um den inneren Zerfall lateinamerikanischer Staaten aufzuhalten und andererseits die in solchen Fällen stets drohende Intervention europäischer Mächte zu verhindern" (Guggisberg, 1975, S. 166).

Weltweite Ausmaße gewann der idealistische Imperialismus der Vereinigten Staaten unter Präsident Wilson (1913-1921), der von sich bekannte, daß er "so lange nicht 'Frieden' rufen (werde), wie es Sünde und Ungerechtigkeit auf der Welt gibt." (Zit. nach William, 1970, S. 423)

Mit diesem Anspruch und mit diesem ideologisch überhöhten Sendungsbewußtsein zog Wilson in den Ersten Weltkrieg, um den Demokratien gegen das autokratische Regime des deutschen Kaisers zur Seite zu springen. Und da Wilson, wie alle Idealisten, davon ausging, daß autokratische Herrschaft zur außenpolitischen Aggression führe - das friedliebende, an sich gute Volk habe ja kein Interesse an Krieg, der nur auf seinen Schultern ausgetragen werden würde, meinte er aufklärerisch-naiv - hielt er, wie seine vierzehn Punkte zeigen, eine Demokratisierung Deutschlands (unter anderem die Abdankung des Kaisers) für eine der Voraussetzungen zur Gründung internationalen Friedens: Innenpolitik müsse Voraussetzungen für eine vernünftige Außenpolitik schaffen. Als weitere Bedingung nannte er, der er von Ausbildung und Beruf Professor für Völkerrecht war, die Legalisierung und Institutionalisierung der internationalen Beziehungen mit Mitteln, die denen der Innenpolitik analog war. Konkret bedeutete das für ihn die Schaffung des Völkerbundes und die Einführung schiedsgerichtlicher Verfahren in der internationalen Politik. So wie sich die amerikanischen Gründungsstaaten zu einer

durch eine Konstitution geformten Nation zusammengeschlossen hatten, so sollten sich auch die Staaten der Welt zu einer größeren Einheit zusammenfinden. Daß diese Einheit nur zwischen bürgerlich-liberalen Demokratien wie der der Vereinigten Staaten funktionieren würde und daß diese Einheit letztendlich eine internationale Widerspiegelung amerikanischer Verfassungsprinzipien bedeutete hätte, war für Wilson selbstverständlich.

2.1.3.2 Der Sowjetkommunismus

Wenn auch inhaltlich geradezu entgegengesetzt, waren die ideologischen und politisch-philosophischen Begründungen der Kommunisten für ihre Außenpolitik strukturell ähnlich wie die von Wilson gelagert: Auch sie gingen von der innergesellschaftlichen Verursachung außenpolitischer Konflikte aus, sie hatten ebenso puristisch und von sich selbst überzeugt eine klare Vorstellung vom Ziel der Geschichte und von der Art, wie die internationalen Beziehungen zu gestalten seien. Auch betrachteten sie Gewalt als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung dieses Zieles. Um mit dem letzten zu beginnen: Für Marx und Engels gehört Gewalt, unter anderem in der Form des Klassenkampfes, zu einem konstitutiven Moment und Motor des Geschichtsprozesses oder, wie es Marx im Kommunistischen Manifest kurz und bündig auf die Formel brachte: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." (MEW, Bd. 4, S. 462)

Die mit der Diskrepanz von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften und mit den jeweiligen Klassenantagonismen latent gegebene, bzw. aus diesen akut hervorbrechende Gewalt hat stets ein Doppelgesicht: Einerseits das - so Marx - der irrational repressiven Gewalt der herrschenden Klasse, die meist mit den Mitteln des staatlichen Gewaltapparates entgegen dem Trend der Geschichte ihre Machtposition bewahren will, und andererseits das der rational-progressiven Gewalt der revolutionären Klasse, die ihre Gewalt als Gegengewalt zur Überwindung von produktivkrafthemmenden Produktionsverhältnissen sowie als "Geburtshilfe" (Marx,

MEW 23, S. 779) des geschichtsnotwendigen Fortschritts legitimieren. (Vgl. Freudenberg, in: Huber, 1976, S. 38 ff.) Vor diesem Hintergrund kann die Gewaltform des Krieges zwischen Nationen gerechtfertigt, zum "gerechten Krieg" werden, wenn er die Kräfte fördert, denen geschichtlich die Zukunft gehört.

Es ist jedoch irreführend, bei Marx und Engels von Nationen zu sprechen. Für sie sind die bewegenden Grundeinheiten Klassen, so daß letztendlich für sie jeder Krieg zwischen Nationen auf ein gesellschaftliches Klassenverhältnis zurückzuführen ist: "Krieg ist die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Klassen im nationalen und internationalen Rahmen. Oder in einer Abwandlung der Clausewitzschen Formulierung: Krieg ist die Fortsetzung der Klassenpolitik mit den Mitteln bewaffneter Gewalt." (Wette, 1971, S. 27) So versucht zum Beispiel Lenin in seinem Buch "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (1916) nachzuweisen, daß der weltweite Imperialismus und imperialistischer Krieg überhaupt Folge seien der innerkapitalistisch begründeten Notwendigkeit, Kapital zu exportieren, woraus der Drang zur Aufteilung der Welt unter internationale, monopolistische Kapitalistenverbände resultieren würde. Allerdings sehen Marxisten-Leninisten auch dieses Stadium als immanentes Moment einer geschichtsteleologisch notwendigen Entwicklung hin zur klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft, der Norm, die sie anstreben, indem sie in Richtung des Geschichtsprozesses wirken, und zwar einer Norm, nach der auch die Weltgesellschaft gestaltet werden soll. Denn das Nationale ist ja nur eine Oberflächenerscheinung des "eentlichen" weltweiten Klassenverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Da der imperialistische Kapitalismus sich als weltweites Herrschaftssystem etabliert hat, ist seine Überwindung auch nur in einer weltweiten Strategie möglich. Diese Konsequenz zog Trotzki (entgegen Stalin, der meinte, zunächst einmal den Sozialismus in einem Lande aufbauen zu können). Trotzki: "Der Abschluß einer sozialistischen

Revolution ist im nationalen Rahmen undenkbar. Eine grundlegende Ursache für die Krisis der bürgerlichen Gesellschaft besteht darin, daß die von dieser Gesellschaft geschaffenen Produktivkräfte sich mit dem Rahmen des nationalen Staates nicht vertragen. Daraus ergeben sich einerseits die imperialistischen Kriege, andererseits die Utopie der bürgerlichen Vereinigten Staaten von Europa. Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden, entwickelt sich international und wird vollendet in der Weltarena. Folglich wird die sozialistische Revolution in einem neuen, breiteren Sinne des Wortes zu einer permanenten Revolution: Sie findet ihren Abschluß nicht vor dem endgültigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserem ganzen Planeten." (Trotzki, 1969, S. 135; vgl. auch Lux 1976, S. 220 ff.) Das ist die Legitimation der Kommunisten für eine weltweit missionarische Außenpolitik, die allerdings nicht unbedingt militärisch aggressiv ausgeführt zu werden braucht. (Vgl. hierzu Kapitel 4.2)

Beiden, sowohl dem kommunistischen als auch dem amerikanisch-idealistischen Missionarismus, ist eines gemeinsam: sie setzen das von ihnen befürwortete Ziel absolut, erklären es für geschichtsnotwendig und wollen es dann - auch mit den Mitteln der Gewalt - durchsetzen. Die Folgen sind offensichtlich und gegenwärtig brutal zu spüren. Da ein Missionarismus weder selten allein ist noch sich begrenzen kann, führt das Aufeinanderprallen zweier Missionarismen entweder zu einer Art von Religionskrieg oder, wenn es gutgeht, zu einem instabilen Zustand der wechselseitigen Abschreckung auf der außenpolitisch-militärischen Ebene bei gleichzeitig auf der sozialen Ebene weitergehenden, wechselseitigen Konfrontation und Subversion in der jeweiligen Gegengesellschaft. Solche explizit normorientierten, gewaltsamen Außenpolitiken mit einer Moral, die entweder die der Bekehrung oder die der Unterwerfung ist, vermögen kein dauerhaftes Modell einer internationalen Ordnung abzugeben, einer Ordnung, die den Konflikt sehr wohl als

normal berücksichtigen muß, will sie nicht unrealistisch sein, einer Ordnung aber vor allem, die das Normative im eben aufgezeigten Sinne einer einheitlichen Gestaltung der Weltgesellschaft nach dem einen, kommunistischen oder liberal-demokratischen, Prinzip nicht überziehen darf, sondern im Rahmen dieser Ordnung dem Anarchischen, wenn man so will, durchaus seinen Platz lassen muß, indem die Weltgesellschaft plural nach verschiedenen, eventuell miteinander konkurrierenden Organisationsprinzipien gestaltet wird. Kurz gesagt: Auch der Missionarismus wird dem oben aufgestellten Mischungsprinzip nicht gerecht. Vermögen das vielleicht die normorientierten gewaltlos operierenden, pazifistischen Positionen?

2.1.4 Pazifismus und außenpolitische Moral

2.1.4.1 Verschiedene, pazifistische Ansätze

Max Scheler definiert den Pazifismus, in Abgrenzung zum Militarismus, als philosophische und politische Bewegung, die im Ewigen Frieden einen positiven Wert sieht, auf den sich hin die bekannte Geschichte zubewegt hat und zu dessen weiterer Realisierung "es systematische praktische Willensmethoden, Techniken, Einrichtungen (gibt), um schon heute daran zu gehen, auf irgendeine Art den 'Ewigen Frieden' herbeizuführen ..." (Scheler, 1974, II, S. 11) Scheler bestimmt den Pazifismus vornehmlich vom Ziel der befriedeten Weltgesellschaft her, die Methoden zu deren Verwirklichung können demnach auch gewaltsam sein. Von daher kommt er dann auch zum Begriff eines "imperialistischen Weltreichspazifismus" (ebd., S. 32, 59) und nennt dazu als Beispiele die Römische Weltreichspazifizierung, den entsprechenden Napoleonischen Versuch sowie eine bestimmte Form des "Anglosaxonischen Empire-Pazifismus" (ebd., S. 32).

Um einer Inflationierung des Begriffes zu begegnen, aber auch, damit der um die Begriffspaare Normatives/Anarchisches und Assoziatives/Dissoziatives zentrierten, analytischen Perspektive dieser Untersuchung entsprochen wird, soll

im Folgenden - in Unterscheidung zu Scheler - unter Pazifismus nur die politische und philosophische Position verstanden werden, die den (Welt-)Frieden mit friedlichen Mitteln anstrebt. Demnach lassen sich sieben Typen von Pazifismus unterscheiden:

1. Der individualistische Pazifismus, der oft bei Kriegsdienstverweigerern zum Ausdruck kommt, meist sehr ehrbar, aber, da individualistisch und in der subjektiven Innenwelt des eigenen Gewissens verbleibend (auf dessen Makellosigkeit man bedacht ist), realitätsfern sowie welt- und folgenlos und daher nur schwer gesamtgesellschaftlich generalisierbar, (bedeutende Repräsentanten: Tolstoi, Bhudda, Quäker).
2. Der christliche Pazifismus, der die Gebote der Bergpredigt direkt, ohne Vermittlung zu realisieren können glaubt. Auf die differenzierte Position des Christentums zu Frieden und Krieg soll später noch eigens und ausführlich unter einer anderen Perspektive eingegangen werden. (Vgl. Kap. 3.3.2) Das gleiche gilt für den ökonomisch-liberalen Pazifismus, der zudem nur mit Einschränkungen als solcher bezeichnet werden kann, da er nicht unbedingt den Frieden als solchen explizit anstrebt, dieser sich vielmehr als Folge ökonomischer Prozesse mehr oder weniger automatisch, "nebenbei" ergibt. (Vgl. Kap. 2.1.5)
3. Der kulturelle Pazifismus, der bis auf den Kosmopolitismus der alten Stoa zurückgeht, die zum ersten Mal in der Geschichte die Menschheit als einheitliches Menschengeschlecht sah, geeint durch gemeinsames Schicksal (tyche) oder durch Partizipation aller an der einen, universalen, kosmischen Vernunft (vgl. Bloch, 1972, S. 224) (bedeutende Repräsentanten: Marc Aurel, Zenon). Die Identifizierung der Stoa mit dem römischen Weltreich als der damals konkreten Ausgestaltung des einen Menschengeschlechts brachte aber schon die Stoa in den Verdacht, bloße Ideologie einer imperialen Macht zu sein. Zudem beseitigt auch die emphatische Behauptung, daß die Welt eins sei, nicht deren

Aufspaltung in viele voneinander getrennte Einheiten.

4. Der ästhetische, elitär-bildungsbürgerliche Pazifismus, der (Gegenstück zur Ästhetisierung der Gewalt bei Marinetti) Gewalt aller Art deshalb ablehnt, weil sie unschön, pöbelhaft und ekelerregend sei (Oscar Wilde).

5. Der juristische Pazifismus, der den Weltfrieden durch Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zu schaffen hofft (Naturrecht, Völkerrecht, internationale Gerichtshöfe, regionale Konföderationen, UN, Weltstaat) (bedeutende Repräsentanten: Dante, Colonna, Grotius, Pufendorf). Er scheiterte jedoch damit bisher stets an den Realitäten nationaler Macht.

6. Der mystische Pazifismus, dem das Urerlebnis Krieg - ganz im Gegensatz zu Jünger - zum Menschheitserlebnis, zur gefühlsmäßig-irrationalen Offenbarung der Notwendigkeit des Friedens und der Menschheitsverbrüderung wird. Typisch dafür ist der Dichter und Münchner Bohème-Politiker Ernst Toller, der kurz vor Ende des ersten Weltkrieges emphatisch schrieb, genauer ausschrie: "Nun öffnet sich, aus Welten-schoß geboren / Das hochgewölbte Tor der Menschheitskathedrale. / Die Jugend aller Völker schreitet flammend / Zum nachgeahnten Schrein aus leuchtendem Kristall. / Gewaltig schau ich strahlende Visionen. / Kein Elend mehr, nicht Krieg, nicht Haß, / Die Mütter kränzen ihre lichten Knaben / Zum frohen Spiel und fruchtgeweihten Tanz. / Du Jugend schreite, ewig dich gebärend, / Erstarrtes ewig du zerstörend, / So schaffe Leben gluterfüllt vom Geist." (Toller, 1978, Bd. 2, S. 51)

Das blutige Scheitern der kurzen Münchner Räte-Republik von 1918/19, in deren zweiter Phase Toller das Amt des Zentralrats-Vorsitzenden inne hatte, zeigt jedoch schon die Irrealität eines solchen mystischen Pazifismus, den Toller zudem, angesichts von unausweichbaren politischen Zwängen, im praktischen Handeln durch Gewaltanwendung desavouieren mußte.

7. Der "wissenschaftliche" Pazifismus eines Teiles der kritischen Friedensforschung, der sich als angewandte,

praktische Wissenschaft versteht und die-am"positiven" Friedensbegriff orientiert, normativ ausgerichtet-die Bedingungen für die Möglichkeit von intra- und intergesellschaftlichem Frieden sowie die Ursachen von Krieg empirisch erforscht. Sie hält kriegerische und gewaltsame Auseinandersetzungen heutzutage für sinnlos und setzt sich stattdessen für die sogenannte soziale, gewaltfreie Verteidigung (zum Beispiel Streiks, Boykotts, Methoden à la Ghandi usw.) zur Verhinderung gegen Aggressoren ein. (Ebert, 1968)

Das Scheitern des passiven Widerstandes in Norwegen (Lehrerstreik) gegen die nazistische Besetzung sowie ebenso das Scheitern des tschechoslowakischen Widerstandes gegen die sowjetische Invasion (1968) lassen auch diesen Pazifismus als nicht realistisch erscheinen. Der Erfolg Ghandis ist vielleicht weniger auf die von ihm verwandte Methodik zurückzuführen, sondern eher auf die weltkriegsbedingte Schwäche der Kolonialmacht England. Die Ineffektivität pazifistischer Verhandlungsstrategien wird zudem durch experimentelle Computersimulationsuntersuchungen, wie sie anhand von Gruppen durchgeführt wurden, bestätigt: Pazifismus kann demnach geradezu zum Gegenteil des Intendierten führen: Gewaltlosigkeit kann nämlich vom Gegner als Schwäche interpretiert werden und ihn zur Aggression einladen (Shure, Meeker, in: Mueller, 1969, S. 99 ff.).

Die sieben Typen von Pazifismus werden hier nicht aus erbaulich-akademischen Gründen dargestellt, sondern weil sie auf je verschiedene Art und Weise Antwort zu geben versuchen auf die hier interessierende Frage nach dem Verhältnis von Normorientierung und Friedensmitteln. Zudem steht oder stand hinter den jeweiligen Pazifismusformen eine beachtenswerte, soziale Bewegung oder Gruppe, die sich pazifistisch in ihrem Sinne engagierte. Aber die hier nur kurzen Andeutungen machen nichtsdestotrotz, wie die kritischen Anmerkungen zeigen, die Problematik der jeweiligen Position deutlich, insbesondere, was eine mangelnde Ver-

mittlung und Reflexion des Verhältnisses von Ziel und Mittel, von Theorie und Praxis und von gegebenen Gewalt- und Machtverhältnissen einerseits und deren angestrebter Überwindung andererseits betrifft. Das Anarchische und Gewaltsame in den internationalen Beziehungen läßt sich nicht folgenlos ignorieren, wie bei einigen Pazifismustypen.

2.1.4.2 Kant

Ein Pazifismus, der im Gegensatz dazu dieses Verhältnis auf hohem Niveau reflektiert, stellt die Kantische, praktische Philosophie inklusive seiner Geschichtsphilosophie dar, die mit den von Kant neu entwickelten Differenzierungen, Kategorien und Begriffen das Problem in den (Be-)Griff zu bekommen versucht: Es ist für Kant ein unabdingbares Postulat der praktischen Vernunft, daß die menschliche Gattung in der Geschichte voranschreitet; denn um überhaupt moralisch handeln zu können, was entsprechend der Rigorosität des kategorischen Imperativs geboten ist, bedarf es der hypothetischen und zeichenhaft empirisch nachweisbaren Annahme eines geschichtlichen Fortschreitens, dahingehend, daß die gegenwärtig unaufgeklärten, der Moralität widersprechenden Verhältnisse überwunden werden. Zu diesen unaufgeklärten Verhältnissen gehört auch die Zersplitterung der Weltgesellschaft in einzelne Staaten. Sittliches Handeln, das nach Kant nur dann sittlich ist, wenn es für alle Menschen (und nicht nur für die einzelner Staaten) generalisierbar ist, ist in diesen realhistorisch gegebenen Verhältnissen einzelstaatlicher Zersplitterung nur dann möglich, wenn zugleich kontrafaktisch die Überwindung der einzelstaatlichen Zersplitterung, die Entwicklung zum weltbürgerlichen Zustand im Verlaufe des Geschichtsprozesses als notwendig postuliert wird. Nur unter dieser Annahme, die quasi eine sittlich-praktisch notwendige Vorwegnahme des Endes des Geschichtsprozesses ist, kann das individuelle Handeln zugleich auch Maxime einer allgemeinen, generalisierbaren, das heißt nicht einzelstaatlich beschränkten Gesetzgebung werden.

Da für Kants physikalistisches Wissenschaftsverständnis Geschichte als Historie nicht wissenschaftsfähig ist - sie ist zu chaotisch, ungeordnet, gesetzlos, unsicher, kontingent -, kann er dabei Sinn und Ziel der Geschichte - nämlich den Ewigen Frieden, den weltbürgerlichen Zustand - nicht aus dem empirischen Geschichtsverlauf eruieren, vielmehr müssen sie, wie oben vorgeführt, transzendental, "gleichsam apriorisch bestimmt werden, einerseits für die Gattung als beständige Annäherung an das Ziel des allgemeinen, weltbürgerlichen Zustandes mit nachfolgendem Ewigen Frieden, andererseits für das Individuum als beständiges Bemühen um sittliche Vervollkommenung durch Zivilisierung, Kultivierung, Moralisierung." (Weyand, 1964, S. 199) Damit ist das Ziel der Geschichte nicht aus der Vergangenheit deduzierbar und in die Zukunft prolongierbar, da der "Gange menschlicher Dinge ... (bisher widersinnig)" (Kant, 1974, S. 22) ist, sondern: das Ziel ist stete Pflicht und Aufgabe des moralisch handelnden Menschen.

Kant ist Realist und Pessimist genug, um zu sehen, daß die Weltgeschichte weit entfernt von jenem weltbürgerlichen Zustand ist. Er trennt daher zwischen dem Bereich des Sollens und dem Bereich des Seins, das historisch gesehen von Mord und Totschlag gekennzeichnet ist. Jedoch wäre die regulative Idee, das praktische Postulat eines sinnhaften Geschichtsprozesses, leer, wenn es nicht zumindest in Ansätzen eine Entsprechung im empirischen Geschichtsprozess gäbe. Da meint nun Kant, auch im realen Geschichtsprozess empirisch Spuren und Zeichen einer versteckten Entwicklung hin zum weltbürgerlichen Zustand entdecken zu können. Als Beispiel eines solchen "Geschichtszeichens" nennt er die französische Revolution von 1789. Hier kommt - so Kant - eine in der Seinssphäre mit Notwendigkeit wirkende Naturabsicht zum Tragen, wie er, die "Flügel der Einbildungskraft" schwingend, mutmaßt, "obgleich nicht ohne einen durch Vernunft an Erfahrung geknüpften Leit-

faden". (Kant, ebd., S. 68) Dieser erdachten Naturabsicht, die der Mensch nicht voll erkennen kann, dieser "insgeheim an Weisheit geknüpften Leitfaden der Natur" (Kant, S. 32) apriori, der "ein sonst planloses Aggregat menschlicher Handlungen wenigstens im Großen als ein System darstellen" (Kant, S. 36) läßt, benutzt selbst das Böse, den Krieg, um die Menschheit ihrer Endabsicht näher zu bringen. "Das Böse ist die Triebfeder zum Guten" (Kant, S. 227). Neben dem Bösen sieht Kant als weiteres Mittel des Fortschrittes in der Vorsehung den Antagonismus zwischen den gesellig-ungeselligen Menschen. Der Streit ist der Vater aller Dinge, auch des Fortschrittes. "Der Mensch will Eintracht; aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist: sie will Zwietracht." (Kant, S. 27) In diesem Zusammenhang, um die "List der Vernunft" zu verdeutlichen, gebraucht Kant gerne und des öfteren das Bild von Bäumen, die "eben dadurch, daß ein jeder dem anderen Luft und Sonne zu benehmen sucht, einander nötigen, beides über sich zu suchen und dadurch einen schönen geraden Wuchs bekommen." (Kant, S. 28)

In dieser Konzeption eines Fortschrittes wider Willen, der Smithschen Moralphilosophie und Ökonomie verwandt, haben sogar Herrschsucht, Ehr- und Habsucht ihre den Fortgang der Entwicklung bewirkende Funktion. Womit Kant nicht Immoralität rechtfertigen und dementsprechendes Handeln im Interesse des Fortschrittes befürworten und gutheißen will, nein, hier sind streng die schon erwähnten zwei Ebenen von Sein und Sollen zu unterscheiden. Die Perspektive der Vorsehung kann und darf nicht die Perspektive des moralisch handelnden Menschen sein. Der Wille des Menschen ist seinem intelligiblen Charakter nach absolut frei, während er in der Erscheinungswelt unter der Notwendigkeit der teleologischen Vorsehung steht. Unter diesem Aspekt der Dualität von Freiheit und Natur und ihrer möglichen, in einer welthistorischen Konvergenz absehbaren, aber

nie ganz realisierbaren Vereinigung in der Idee der weltbürgerlichen Gesellschaft wird der Kantische Gedanke erst recht verständlich, nämlich daß "die Elterngenerationen nur scheinen um der Späteren willen ihr mühseliges Geschäft ... treiben," (Kant, S. 25) daß sich die Menschheit "nur in der Gattung, nicht aber im Individuum vollständig entwickelt." (Kant, S. 23) Es bleibt aber nichtsdestotrotz Pflicht des Einzelnen, freiwillig zum moralisch Besseren zu streben, damit aber zugleich bewußt für die Zukunft zu arbeiten, für die Nachkommenschaft, so daß diese auf der schon erreichten Moralität ihrer Vorfahren aufbauen kann. Aber erst vom Standpunkt der Vorsehung her lassen sich Freiheit und Notwendigkeit harmonisieren.

Kant gelingt es durch diese Differenzierungen, die pazifistische Forderung nach dem weltbürgerlichen Zustand zu vereinbaren mit dem Realitätsprinzip, daß nämlich der reale Geschichtsprozeß noch weit von diesem postulierten Zukunftszustand entfernt ist. Der unaufgebbare und jederzeit schon realisierbare ethische Anspruch an das Individuum, normgerecht und mit Zielrichtung auf den Ewigen Frieden zu handeln, geht einher mit einem Geschichtsprozeß, der auch durch Normwidrigkeit, Bosheit und Gewalt gekennzeichnet ist. Mit dieser Spannung von Sein und Sollen bei Hoffnung auf und Postulierung deren letztendlicher weltgeschichtlicher Konvergenz vermag Kant die Komplexität der Realität zwischen Normativem und Anarchischem, zwischen Assoziativem und Dissoziativem zu erfassen, ohne sie platt und unvermittelt in die eine oder andere Richtung aufzulösen. Allerdings bleibt das Problem der Vermittlung von Sein und Sollen: Es ist moralisches Handeln nicht zu erwarten und psychologisch unwahrscheinlich, wenn ihm langfristig kein Erfolg im Sein entspricht. Kant sah das Problem und brachte - nachdem er die Gottesbeweise ad absurdum geführt hatte - ein wenig verklemmt zur Vermittlung von Sein und Sollen Gott wieder zu Ehren, natürlich nur im Rahmen der praktischen Vernunft: Nur der Glaube an

Gott könne langfristiges moralisches Handeln garantieren. Aber in einem säkularisierten Zeitalter wie dem unseren ist selbst diese "Lösung" einer schon säkularisierten Religion (eben in den Grenzen der Vernunft) nicht generalisierbar, womit Kants Ethik letztendlich an dem von ihm selbst aufgestellten Prinzip der Notwendigkeit von Generalisierbarkeit zumindest partiell scheitert.

Abschließend zu Kant sei noch auf dessen Kontroverse mit Herder hingewiesen, die deshalb an dieser Stelle erwähnenswert ist, weil sich geistesgeschichtlich hier zwei Traditionslinien trennen: Nämlich die hin zum Kosmopolitismus auf der einen Seite und die hin zum Patriotismus und Nationalismus auf der anderen Seite. Denn die Kantische Reduktion auf das "ich denke" der Vernunft, das alles Erfahrung begleitet und durch das man sich ihrer erst vergewissert, dieses transzendente, ahistorische kosmopolitische Ego fordert Herders striktesten Widerspruch heraus. Eine derartige "abstrakte Philosophie und Gelehrsamkeit (ist) oft ... unwissend und unkräftig in Sachen des Lebens und des gesunden Verstandes" (Herder, 1968, S. 103). Für ihn ist diese von ihm so genannte französische Methode bloßes Raisonement, "abzogener Geist!", Philosophie aus zwei Gedanken, die mechanistischste Sache von der Welt" (Herder, 1968, S. 104). Es gibt nicht "die Tierheit, Steinheit, Metallheit im allgemeinen" (Herder, Ideen, S. 226). Es gibt nach Herder primär und lebensbestimmend die konkreten, jeweiligen geschichtlichen Realitäten, wie zum Beispiel den Volksgeist, der sich im Denken und Handeln manifestiert und deren wesentliches Charakteristikum ausmacht.

Kant antwortet darauf, daß Herder ein "poetischer Geist" (Kant, S. 59) sei, der in subjektiver und allegorienhafter, aber nicht verallgemeinerungsfähiger Weise sich mit Geschichte befasse. Demgegenüber sei, so Kant, das Geschichtliche nur philosophisch ausdrückbar im Abstrakt-Allgemeinen einer Annäherung an den weltbürgerlichen Zustand.

(Allerdings sieht Herder noch im Gegensatz zu einigen seiner nationalistischen Nachfolger den Zusammenhang und

die Gemeinschaft der Volksgeister und Nationen in einem welthistorischen Prozeß der zunehmenden Ausbildung von Humanität, darin wiederum, wenn auch auf ganz anderer Grundlage, mit Kant übereinstimmend.)

2.1.5 Liberalismus/Anarchismus und außenpolitische Moral

Obwohl in vielem verwandt mit dem Pazifismus - wegen der gleichen Zielbestimmung auf Frieden hin - und obwohl die Abgrenzung zu Kant sicherlich fließend ist, so soll doch hier die letzte nach unserem Schema logisch mögliche Position gesondert dargestellt werden, da sie, im Unterschied zur vorhergehenden Position, als Ziel ihrer mit friedlichen Mitteln zu betreibenden Politik einen quasi anarchischen Zustand der Selbstregulierung aller sozialen Beziehungen (auch der internationalen) anstrebt. Diese Position soll hier als Liberalismus bezeichnet werden, dessen konsequente Fortentwicklung der Anarchismus war und ist. (Anarchismus wird hier nicht im Sinne terroristischer und aktionistischer Gewaltanwendung verstanden, sondern als Denkströmung, die in folgerichtiger Fortsetzung des Liberalismus Herrschaft nahezu vollkommen minimieren, wenn nicht gar eliminieren will.)

Die Bewegung des Liberalismus wurde im wesentlichen getragen vom aufkommenden und dann etablierten Bürgertum, das sich im Kampf gegen den Absolutismus zu emanzipieren versuchte. Dieser Kampf wurde damit ideologisch gerechtfertigt, daß man behauptete, der Mensch sei vernunftbegabt und autonom und bedürfe daher nicht der staatlichen Institutionen zur Regelung seiner sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen. Vielmehr sei der einzelne Mensch, der Bürger, dazu individuell, eigeninitiativ und selbstgestalterisch fähig, mit dem Mittel des frei ausgehandelten Vertrages und auf der Basis eines von ihm vorgenommenen vernünftigen Interessenkalküls. "Wenn die Liberalen einen Glauben hatten, dann war es der Glaube an die menschliche Vernunft. James Mill stellte in einer klassischen Erklärung über den Glauben eines Liberalen fest, daß jeder

Mensch, 'von dem die Vernunft Besitz ergriffen hat, daran gewöhnt ist, die Beweise gegeneinander abzuwägen und sich vom Gewicht der Vernunft leiten und bestimmten lassen'".

(Schapiro, in: Gall, 1980, II, S. 23/24)

Auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet waren die Liberalen überzeugt, mit einem Minimum an staatlicher Regulierung würden sich die vernunftbestimmten Interessen der Einzelnen gesamtgesellschaftlich derart aufeinander abstimmen, daß maximale Wohlfahrt für alle oder doch zumindest die meisten das Ergebnis sei. Dabei ist nach liberaler Auffassung nicht unbedingt die natürliche Güte des Menschen Voraussetzung, das egoistische Eigeninteresse sei im Gegenteil durchaus legitim, weil Eigeninteresse und Gesamtinteresse nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis: Das Gesamtinteresse ist die Summe aller einzelnen Eigeninteressen. Wirtschaftlich würde sich das sogenannte laissez faire-laissez aller dadurch ergeben, daß jeder, indem er nach Steigerung seines individuellen Gewinns strebt und wegen der allgemeinen Konkurrenz auch streben muß, insgesamt gesehen wirtschaftliches Wachstum und eine optimale Faktorallokation bewirkt, die sowohl für ihn als auch für die gesamte Gesellschaft am kostengünstigsten ist. (Vgl. Witte, in: Eichler, 1969, S. 134) Dieses Prinzip einer sich hinter dem Rücken der Individuen unbeabsichtigt, wie durch Gottes Fügung, sich herstellenden universellen Harmonie gelte, so die Liberalen, nicht nur für den Wirtschaftsverkehr innerhalb der Nationalstaaten, sondern auch für den zwischen ihnen. Auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen - damit gewinnt die liberale Position Bedeutung für unsere Fragestellung - sollten die Transaktionen möglichst frei von staatlichen Regulierungen, frei von Zöllen und sonstigen protektionistischen Maßnahmen vonstatten gehen, um durch einen derartigen Freihandel ein Maximum an Wohlfahrt für die einzelne und für alle Nationen zugleich zu erreichen. Ricardo begründete dies mit der Theorie der komparativen Kosten, die, wenn auch

vielfach modifiziert (Substitutionskostentheorie, Haberler; Faktorproportionen-Theorem, Ohlin; Realkostentheorie, Taussig, Viner). heute immer noch liberaler Wirtschaftspolitik zugrundeliegt. Ricardo konnte am Beispiel des Handels zwischen England und Portugal plausibel nachweisen, daß ein Güteraustausch zwischen zwei Ländern sich selbst dann noch lohnt, wenn das eine Land dem anderen auf allen Gebieten überlegen ist. Denn die Vorteile, die die Spezialisierung auf die regional oder national je kostengünstigste Produktion sowie die weltweite Arbeitsteilung zur Folge haben, sind auch dann gegeben, wenn sie nur komparativ sind. (Vgl. Rose, 1971, III, S. 14) Bezogen auf die hier verfolgte analytische Perspektive bedeutet das: Die Liberalen sehen die weltweiten Beziehungen zwischen den Staaten vorrangig unter dem Aspekt der friedlich-schiedlichen Wirtschaftsbeziehungen, durch die, obwohl nicht primär von den Weltwirtschaftsteilnehmern intendiert, eine internationale Ordnung Gestalt gewinnt, die weitgehend frei ist von staatlicher Normierung und weitgehend frei ist von normativen Anforderungen an das einzelne Individuum: Jeder solle nur seinen wohlverstandenen Interessen gemäß handeln, dann werde sich schon eine Ordnung der internationalen Beziehungen ergeben, die durch Toleranz zwischen den Gruppen und Nationen und durch eine polyzentrische Pluralität gekennzeichnet ist, wenn nicht sogar langfristig auch Herrschaftsformationen wie Nationen und Regionen einem zunehmenden Erosionsprozeß ausgesetzt sind.

Diese immanente Tendenz der Idee des Liberalismus fand (zum Beispiel bei Stirner) seine Radikalisierung und logische Konsequenz im gewaltlosen Anarchismus, der sich ähnlich selbstregulativ, ohne staatliche Interventionen die internationalen Beziehungen als Föderation freier Assoziationen vorstellte (allerdings auf nicht kapitalistischer Basis) (vgl. Cattepoel, 1973; Russell, 1973, II, S. 41 ff.). Kropotkin zum Beispiel stellte sich die zukünftige Gesellschaft als "Gleichgewicht der Kräfte"

vor, das auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhe (Cattepoel, ebd., S. 106).

Nicht nur vom Gleichklang der Begriffe her, sondern auch inhaltlich besteht - so eigenartig es auch scheinen mag - unter der hier verfolgten Perspektive eine gewisse Verwandtschaft zwischen der anarchistischen Utopie eines Kropotkin und dem Friedenssicherungsmodell des "Gleichgewichts der Mächte" ("Balance of Powers"), wie es von Hobbes, Hume und Fr. v. Gentz exemplarisch analysiert und gefordert und von der Kabinettsdiplomatie des 18. und 19. Jahrhunderts praktiziert wurde (vgl. Fetscher, 1972, II, S. 25 ff.). Denn die Vertreter dieses Modells sahen und sehen mangels eines autoritativen Weltstaates und angesichts der faktisch stets drohenden Anarchie in den internationalen Beziehungen die beste Möglichkeit zu deren leidlich friedlicher Ordnung im mechanistischen Ausgleich der Kräfte, so daß kein Staat die Überhand gewinnen könne bzw. falls das drohe, dieser mit einer wieder Balance schaffenden Koalition der jeweils Schwächeren gegen ihn konfrontiert werde, ehe überhaupt ein Krieg ausbrechen würde. Auch hier wird das Faktum zwischenstaatlicher Herrschaftslosigkeit, das heißt auch immer potentieller Normlosigkeit, positiv gewendet in ein Prinzip zur Selbstorganisation der Staaten, nach deren wohlverstandenen Eigen-, sprich: Nationalinteresse. (Die besonders im 19. Jahrhundert angesichts der revolutionären Bewegung aufkommende legitimistische und monarchisch-gottesgnadentümliche Überhöhung ist dem mechanistischen Gleichgewichtskonzept als solchem nicht immanent. Der Gleichgewichtsgedanke wurde ja in Analogie zur Physik eines Newton entwickelt.)

Allerdings werden gerade am balance-of-power-Modell die Mängel und Gefährdungen des (anarchistischen) Liberalismus offenbar, bedenkt man die zahlreichen Kriege, die nicht verhindert werden konnten, bzw. sogar von einigen Ver-

tretern des Gleichgewichts geradezu als dessen notwendige Stabilitätsbedingung einkalkuliert wurden und werden. Die beim Liberalismus immer gegebene Gefahr eines Umkippens in Gewaltbeziehungen für den (eher wahrscheinlichen) Fall, daß die Selbstregulation der Kräfte nicht funktioniert, hat schon Herbert Marcuse in seiner Analyse von liberalistischen Momenten im Faschismus beklagt. (Marcuse, 1971, X, S. 17 ff.)

Eine der fundamentalen Schwächen des Liberalismus ist nämlich die Fiktion einer wie auch immer herstellbaren oder bestehenden Gleichheit der am nationalen und internationalen Wirtschaftsverkehr Beteiligten. Da diese Gleichheit aber realiter nicht gegeben ist (Monopole, Kartelle, Blöcke, Einkreisungen Dritter usw.), vielmehr im Gegenteil sogar eine Tendenz zur strukturellen und systematischen Ungleichheit vermutet werden darf, ist das Gleichgewicht, falls es überhaupt existiert, höchstens ein labiles, das bei der kleinsten Änderung, und sei es auch nur eine perzipierte, kollabiert und zwar in Richtung einer zunehmend sich eskalierenden Destabilisierung, wie der Prozeß gezeigt hat, der zum Ersten Weltkrieg führte.

Dem versuchte man schon von liberaler Seite selbst, analog der innerstaatlichen Herausbildung einer sozialen Marktwirtschaft, auch auf der internationalen Ebene durch die Einführung stabilisierender Mechanismen zu begegnen. So wurde im sogenannten Funktionalismus eines Mitrany als Folge zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen die zu deren Stabilisierung mehr oder weniger notwendige Bildung transnationaler Organisationen angenommen und empirisch nachgewiesen, soweit solche als unpolitisch gedachten, eher administrativen Formationen, wie zum Beispiel der Weltpostverein, funktional sind für die Erfüllung bestimmter, begrenzter, aber unentbehrlicher und nur noch international organisierbarer Dienstleistungsaufgaben des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs. (Vgl. Mitrany, in: Groom/Taylor, 1975, S. 26 ff.) Durch derartige internationale, funktionale Organisationen würde sogar, so

wurde gehofft, langfristig der Nationalstaat funktionslos und überwunden werden.

Im sogenannten Neo-Funktionalismus wird der institutionale Aspekt des Entstehens trans- und supranationaler Organisationen noch verstärkt hervorgehoben (vgl. Haas, 1964), womit sich diese Theorie, die die Staatenwelt durch die gemeinsame, transnationale Erfüllung universeller Funktionen (zum Beispiel wirtschaftliche Wohlfahrt) einigen will, der föderalistischen "Gegentheorie" nähert, die das gleiche Ziel über eine gemeinsame überstaatliche Institution, über eine übergeordnete Verfassung erreichen will (Hay, Urbana/London 1966): "form follows function" vs. "function follows form". Aber all diese Annäherungen, Modifikationen und Ergänzungen zum Liberalismus ändern nichts an dessen fundamentaler Schwäche einer Ignoranz gegenüber Ungleichheit und daraus resultierender Macht, Übermacht und Herrschaft als konstitutiven Bestandteilen internationaler Beziehungen.

Hierauf auch unter Bezug auf die internationalen Beziehungen schon kritisch hingewiesen zu haben, ist das Verdienst von Gunnar Myrdal. (Zum Beispiel Myrdal, 1974) Für Myrdal ist das gegen die liberale Utopie gestellte Gegenmodell, das des sich selbst verstärkenden *circulus virtuosus*, viel realistischer. Dieser bewirkt nämlich sowohl national als auch international, daß - ausgehend von der gegebenen politischen, ökonomischen und sozialen Ungleichheit - die Ressourcen aller Art sich nicht gleichmäßig verteilen, sondern sich dort konzentrieren, wo sie den größten Gewinn abwerfen. Und das sind die schon entwickelten Regionen, wo sowieso bereits die meisten Ressourcen vorhanden sind, während die unterentwickelten Regionen wie zum Beispiel die der "Dritten Welt" sowie die "Dritte Welt" insgesamt überhaupt zunehmend weiter im Lebensstandard absacken. Konsequenz dieser Feststellung und dieses Erklärungsansatzes ist die Myrdalsche Forderung nach einem Weltstaat, der wie der Nationalstaat in seinem Innern auch international zumindest annäherungsweise die Ungleichheiten beseitigen könnte. (Myrdal, 1974, S. 69 ff.)

Ziehen wir ein erstes Resümee! Was hat dieser weitgehend historische Rückblick auf geistes- und theoriegeschichtliche Positionen für die gestellte Frage nach den Konstitutionsbedingungen außenpolitischer Moral gebracht? Wir haben genetisch und logisch eine - wenn man so will - immanente Logik des Begriffszusammenhanges von Nation und deren Außenbeziehungen, von Gewalt und Gewaltlosigkeit und von Norm und Normlosigkeit verfolgt. Wir haben dabei gesehen, wie sich aus dem Anarchischen und Dissoziativen der isolierten Nationen begriffsnotwendig das Normative entwickelte, wie sich zum Beispiel die autarke polis des Aristoteles schon aus sich selbst heraus weiter entwickelte zum imperialen Missionarismus gegenüber den "Barbaren", und wie dieser dann wiederum, als ihm in Form der "Deutschen Sendung" nach Verlust des Ersten Weltkrieges das Ziel abhanden kam, zum reinen Kampfesdezinismus entartete. Gerade dieser als existentiell erlebte Nullpunkt nach Ende des Ersten Weltkrieges führte aber nicht nur, wie bei Jünger, zum heroischen Nihilismus der kämpferischen Gebärde und zur neuen Ordnung, sondern ebenso aus dem gleichen irrationalen Erlebnis heraus zum mythischen Pazifismus eines Ernst Toller. Von hieraus ließe sich die Entwicklung des Gegenmodells zum nationalistisch-imperialistischen begriffslogisch rekonstruieren, nämlich das weltbürgerlich-pazifistische Modell: Vom individualistischen Pazifismus der guten Gesinnung über das liberale Konzept einer weltgesellschaftlichen Harmonie zwischen den Individualismen und Egoismen bis zur Forderung nach einer Institutionalisierung des Weltstaates, die aus dem Scheitern des liberalen Harmoniekonzeptes resultiert (Myrdal).

Bezogen auf unsere Fragestellung nach einer realitätsgerechten und handlungsadäquaten außenpolitischen Moral gebracht es den jeweiligen Modellen und Theorien, wie sie dargestellt wurden, an dem, was das jeweiligen Gegenmodell und die jeweilige Gegentheorie im Überfluß hat: Sie be-

schreiben partikulare Realitätsausschnitte adäquat, aber unter Vernachlässigung des sonstigen, bzw. noch schlimmer: unter der Behauptung, das Partikulare sei die Realität insgesamt. Während die Nationalisten, Imperialisten und Dezisionisten den gewaltsamen Machtkampf zwischen den Staaten überbetonen und damit gar nicht zu einer Normierung für die internationalen Beziehungen kommen oder ihre partikulare nationalistisch oder ideologisch begründete Norm generalisieren wollen, begnügen sich die hier dargestellten Pazifisten und Liberalen - sieht man von Kant ab - mit einer weitgehend aufklärerisch-naiven Ignoranz oder Klage gegenüber staatlicher Normierung, nationaler Macht, internationaler Gewalt und zwischenstaatlicher Ungleichheit als Momenten der internationalen Beziehungen. Sie gelangen zwar zu einer harmonistischen Norm für das Internationale, allerdings unter Preisgabe der Frage nach deren Realitätsgehalt und Realisierbarkeit.

Alle diese Positionen sind extrem und als Grundlage einer außenpolitischen Moral nicht geeignet. Diese muß vielmehr, will sie eine an der gegenwärtigen Realität und der nationalstaatlich dezentralisierten Struktur der internationalen Beziehungen anknüpfende, nicht rein abstrakte und rein kontrafaktische Moral sein, Handlungskriterien sowohl für die Möglichkeit des zwischenstaatlich - dissoziativen Gewaltausbruches - dessen Realität ja nicht zu leugnen ist - und für den potentiell immer möglichen Rückfall der internationalen Beziehungen in die reine Anarchie des nationalstaatlichen Selbstbehauptungskampfes bereitstellen, als auch Kriterien für die friedlich-assoziative Organisation der internationalen Gesellschaft bis an die Grenze einer weltstaatlichen Normierung.

2.2 Syntheseversuche und ihr Scheitern

Was also not tut, ist nicht die Auflösung des komplexen Mischungsverhältnisses von Normativem und Anarchischem, von Assoziativem und Dissoziativem in die eine oder andere Richtung, wie wir das an den aufgeführten Positionen

sehen mußten, sondern ein synthetischer Zugriff, der das Mischungsverhältnis zu umfassen versucht, ohne es vorschnell harmonisieren zu wollen. Unter diesem Kriterium seien nun mehrere Ansätze aus der Wissenschaftsgeschichte der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die das zum Teil intendierten, analysiert.

2.2.1 Die Modernisierungstheorie

Mit seiner Modernisierungstheorie zu den "Stadien wirtschaftlichen Wachstums" (Göttingen 1960) versucht W. Rostow, ein Gegenmodell zur marxistischen Geschichtsphilosophie zu entwerfen - mit ähnlich umfassend gesamtgesellschaftlichem, nicht nur wirtschaftlichem, allerdings mit mehr Vorsicht und Vorbehalt geäußertem Erklärungsanspruch. Im Rahmen dieser Theorie wird auch die uns hier interessierende Fragestellung implizit aufgeworfen. Die sozioökonomische Evolution vollzieht sich, wie Rostow anhand der bisher stattgefundenen Entwicklungsprozesse, insbesondere in Europa und Nordamerika, feststellen zu können meint und wie er es für den Rest der Welt prognostiziert, in einem weitgehend von ökonomischen Faktoren vorangetriebenen Stufenprozeß von der traditionellen, weitgehend agrarisch und ständisch bestimmten, immobilen Gesellschaftsformation bis zur hoch industrialisierten Gesellschaftsformation der "Reife" (man beachte die Metaphorik!), die - als vorläufiges Ziel des Prozesses - der der Vereinigten Staaten sehr ähnelt und stark konsum- und/oder wohlfahrtsorientiert ist. Mit diesem Prozeß und seinem Ziel sind normative Maßgaben für die Entwicklung und Gestaltung der internationalen Beziehungen gesetzt, wenn das von Rostow nicht offen gesagt wird. Allerdings auch gibt es in der Sicht von Rostow atavistische Abirrungen von diesem Wege: Der Prozeß ist nicht gänzlich determiniert. In der vorläufigen Schlußphase hält Rostow für die jeweiligen Gesellschaften zum Beispiel auch prinzipiell einen Weg für möglich (wenn auch nicht für empfehlenswert), der den Aufbau einer nationalen Machtposition

inklusive deren imperialistischer Außenorientierung vorsieht, wie es zum Beispiel im deutschen und italienischen Faschismus vollzogen wurde. (Vgl. Rostow, in: Flora, 1974, S. 46 ff.)

Voraussetzung für den Prozeß zur Moderne sind nach Rostow das Entstehen eines zentralisierten und bürokratisierten Nationalstaates, das Dominanterwerden des sekundären Wirtschaftssektors, eine gesteigerte Investitionsrate, der Ausbau von Infrastrukturen, aber auch ein Attitüden- und Wertewandel bei den Bevölkerungen und Eliten. In Gang gebracht wird der Prozeß der sozialen und industriellen Evolution in der sogenannten Phase des "take off", eines Durchbruchs infolge spezifischer Initialzündungen, zum Beispiel einer technologischen Neuerung, einer politischen Revolution oder einer international günstigen Konstellation. Unter solchen und weiteren Bedingungen (hohe Investitionsrate, hohe Wachstumsrate in mehreren Industriesektoren, Schaffung eines wachstumsförderlichen institutionellen und sozialen Rahmens) vermag dann eine sich bildende, innovationsbereite Wirtschaftselite die notwendigen nationalen Ressourcen (Kapital, Arbeit) zu mobilisieren.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung bis zum Stadium der "Reife" verstärken sich zwischen den Wirtschaftssektoren zunehmend Arbeitsteilung und Produktivität: Der gesamtgesellschaftliche Wohlstand steigt; infolgedessen sowie infolge von Urbanisierung, Bildungsexpansion und organisierter politischer Beteiligung wird die Arbeiterschaft saturiert und sozial integriert, während das Unternehmen und das Unternehmertum entpersonalisiert, bürokratisiert und fortschreitend rationalisiert wird.

Rostow versteht seine Theorie der Entwicklung nicht als auf spezifische Regionen oder Nationen bezogen, sondern global: Er prätendiert eine universelle Theorie der Weltgesellschaft, innerhalb derer er - zwar nicht in unserer Terminologie - sowohl den Tatbestand internationaler Normierung als auch den internationaler Normlosigkeit zu erfassen versucht: Die Welt entwickelt sich nämlich nach Rostow ungleichzeitig

und ungleichgewichtig, insgesamt zwar einerseits auf einen Zustand hohen Konsums, umfassender wohlfahrtsstaatlicher Sicherung und zwischengesellschaftlicher Konvergenz und Verflechtung hin, einer Verflechtung, die langfristig kriegerische Konflikte und Nationalismen zwischen den Nationalstaaten als zu kostspielig und daher sinnlos erscheinen läßt und infolgedessen zu deren Beseitigung beiträgt. (Rostow, 1960, S. 132 ff., S. 147 ff.) Jedoch realisiert sich das andererseits erst über einen Prozeß, in dessen Verlauf die Nationalstaaten sich auf unterschiedlicher Stufe der Entwicklung begegnen, mit der Folge möglicher und auch realer zwischenstaatlicher Konkurrenz und daraus möglicherweise resultierender Anarchie der internationalen Beziehungen. In diesem Rahmen gewinnen dann auch Gewalt und Gewaltlosigkeit, Dissoziation und Assoziation ihren konzeptionell ausgewiesenen Stellenwert in der Theorie von Rostow.

Das Ziel des Evolutionsprozesses, die Gesellschaft der "Reife", wird also, wenn dieser sich wohlfahrtsstaatlich und auf Konsum hin orientiert und nicht machtsstaatlich sowie nationalistisch pervertiert, identifiziert mit einem Zustand saturierter Harmonie und Gewaltlosigkeit auch in den internationalen Beziehungen, während der Weg dorthin auch von Gewalt gekennzeichnet ist: Kriege zwischen unterschiedlich entwickelten Staaten und zwischen den gerade infolge der Modernisierung entstehenden Nationalstaaten bzw. deren entsprechenden Nationalismen, politische Revolutionen zur Initiierung des Entwicklungsprozesses selbst bzw. Gewalt als Mittel der vorindustriellen traditionellen Eliten zur Wahrung ihrer Machtposition. Allgemein kann gesagt werden, daß Rostow Gewalt und Krieg - wie Schumpeter - als zunehmend irrational und atavistisch betrachtet, je weiter der Entwicklungsprozeß, der zugleich als Rationalisierungsprozeß (in des Wortes doppelter Bedeutung von Aufklärung und Automatisierung) begriffen wird, voranschreitet. Je industrialisierter die Gesellschaft wird, um so stärker wird Gewaltanwendung als Regression in vorindustrielle Verhältnisse

empfunden. Rostow vermag zwar damit die hier analyseleitenden polaren Begriffspaare von Assoziation und Dissoziation in seiner Theorie zugleich zu fassen, aber doch wiederum mit einem säkularen Trend der Eliminierung des einen zugunsten des anderen. Das Anarchische und Gewaltsame in den internationalen Beziehungen soll sich ja fortschreitend reduzieren, so wie der Nationalstaat sowieso einer ihm letztendlich auflösenden Erosion unterworfen sei - so die Vorstellung Rostows.

Wie realistisch man nun auch immer diese Vorstellungen einschätzen mag: vieles spricht gegen sie und stattdessen für die Persistenz des Nationalstaatlichen (vgl. Bahr, in: G. Schmid, 1975), eines scheint auf jeden Fall sicher zu sein: Für die Erfordernisse einer notwendig am Gegenwärtigen orientierten außenpolitischen Moral kann ein möglicher Zukunftszustand nicht das dominante Handlungskriterium sein, sie muß vielmehr primär ausgehen vom gegenwärtigen Befund des Weiterbestehens nationalstaatlicher Konkurrenz- und Konfliktlagen.

Rostow scheint empirisch-prognostisch zu arbeiten. Aber schon das weitgehend unilineare auf die Entwicklung zur "Reife" sowie das dichotomisch (traditional - modern) angelegte Konzept sollte skeptisch machen. Denn was hier als global gültiges Evolutionsmodell angeboten wird, ist die normativ-teleologische Generalisierung einer Entwicklung, wie sie die US-amerikanische, kapitalistische Gesellschaft genommen hat (selbst die west- und mitteleuropäischen Gesellschaften können von ihm nur noch partiell erfaßt werden) (vgl. Böhme, 1963, III, S. 17 ff.; vgl. auch: Bendix, 1966, S. 292 ff.). Hinter der Rostowschen Zielvorstellung der harmonischen, gewaltfreien Weltgesellschaft, wie sie zunächst ansatzweise in den USA erreicht worden sei und wie sie typisch war für das noch ungetrübte Selbstbewußtsein des Kennedy-Amerikas zu Beginn der 60er Jahre (Rostow war einflußreicher Berater Kennedys), hinter diesem Gesellschaftsmodell, auf das die gesamte Welt langfristig hinstreben soll, verbirgt sich zudem die Säkularisierung einer

religiösen Vorstellung, nämlich der Vorstellung einer Realisierung des Reiches Gottes auf Erden. Hier trifft sich der Kritiker Rostow mit dem von ihm kritisierten Marx, dessen "Reich der Freiheit", auch "Kommunistische Gesellschaft" genannt, wohl eine ähnlich chiliastische Funktion erfüllt.

Diese stark normative und zudem einseitige Orientierung machen die Rostowsche Modernisierungstheorie damit aber sowohl für die empirische Wissenschaft als auch für das notwendigerweise ebenso empirisch fundierte praktische Handeln sowie für die Konzipierung einer außenpolitischen Moral hinfällig, da eine derart auf die amerikanische Nation ausgerichtete Normierung nicht verallgemeinerbar ist, was aber für die möglichst allgemeine Akzeptanz einer Moral notwendig wäre. Adäquat kann man sich Rostow heutzutage eigentlich nur noch mit dem analytischen Instrumentarium der Ideologiekritik oder gar der Imperialismustheorie nähern, zumal wir aus der Rückschau von zwanzig Jahren zeitlicher Distanz so manches sehen, was Rostow zu seiner Zeit noch nicht sehen konnte, so zum Beispiel die nach dem Modernisierungskonzept abgelaufenen, kläglich gescheiterten Entwicklungsprozesse in manchen Ländern der "Dritten Welt": Hier erwies sich die forcierte Industrialisierung und Herausbildung einer bestimmten Mittel- und Oberschicht nur allzuoft als Methode, Herrschaftspositionen und wirtschaftlich/politische Einflußzonen des Westens trotz formaler Überwindung des Kolonialismus weiterhin zu sichern.

Von der wissenschaftstheoretischen Warte her steht es ähnlich um die Konvergenztheorie wie um die mit dieser eng verwandten Modernisierungstheorie: Die Konvergenztheorie behauptet eine aufgrund gleicher industrieller Strukturen gesetzmäßig und sukzessiv voranschreitende Annäherung des kommunistischen und kapitalistischen Gesellschaftssystems - sei es nun die Variante einer primären Annäherung des "Westens" an den "Osten" (mehr Planung in der Marktwirtschaft) oder des "Ostens" an den "Westen" (mehr dezentraler

Marktmechanismus in der Planung) oder sei es die Annäherung beider an einen neuen, dritten Zustand, der entweder als Vereinigung der Positiva (demokratischer Sozialismus) oder der Negativa (Marcuse) beider Systeme gedacht werden kann (vgl. von Bredow, 1972). Im Rahmen dieser Theorie gelingt es nun kaum noch, Konflikt und Gewalt in den internationalen Beziehungen adäquat zu thematisieren: Es gibt wesentlich nur noch die sich hinter dem Rücken der Menschen durchsetzenden Gesetzmäßigkeiten eines systemneutral verstandenen Industrialismus. Die Norm der Entwicklung ist, trotz anscheinender Pluralität ("mehr Osten", "mehr Westen", "Ost plus West" und dergleichen) fixiert auf den Zustand einer hochindustrialisierten, transnationalen Gesellschaft, die infolge der intersystemaren Annäherungen - so die Hoffnungen - die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den Systemen reduzieren und langfristig minimieren, wenn nicht gar eliminieren würde. Eine solche Weltgesellschaft wäre, würde sie je Realität werden, übernormiert, zielmäßig übersteuert. Das Assoziative würde das Dissoziative ersticken. Konflikte würden aufgestaut und könnten sich nur noch um so schlimmer gewaltsam Bahn brechen. Die von Etzioni für ein dynamisch-stabiles politisches und internationales System geforderte Balance von Steuerung und Konsens wäre nicht gegeben (Etzioni, 1968). Eine derartige Konvergenz wäre wohl eher die von der Kritischen Theorie befürchtete Entwicklung hin zur total verwalteten Welt.

Das dem nicht so ist, zeigen vielfältige Widerstände, zeigen auch starke antiindustrialistische Bewegungen sowohl in der Ersten als auch in der Dritten Welt und zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß zunehmende industrialistische Verflechtungen zwischen den unterschiedlichen Systemen deren "harten politischen Kern" nicht zu tangieren vermochten. Das gegenwärtige Verharren im Status quo, wenn nicht sogar die Rückläufigkeit des ost- westlichen Entspannungsprozesses, der in den Vorstellungen eines Brandt zum Beispiel (von Braunnmühl, 1973, S. 73 ff.) auf solchen Konvergenztheoretischen

Hoffnungen beruht, scheint auch auf überzogene Erwartungen über Möglichkeiten und Grenzen einer intersystemaren Annäherung und Kooperation hinzuweisen.

2.2.2 Dependenztheoretische Ansätze

In die entgegengesetzten Schwierigkeiten wie die Modernisierungs- und Konvergenztheorien geraten deren theoretische Konterparts, nämlich dependenztheoretische Ansätze aller Schattierungen, zum Beispiel auch die differenzierende und sehr sorgfältig ausgearbeitete Theorie des strukturellen Imperialismus von Galtung (Galtung, in: Senghaas, 1973, II, S. 29 ff.) oder auch der herrschaftssoziologische Ansatz zur gegenwärtigen Weltgesellschaft von K.J. Gantzel (Gantzel, in: Senghaas, 1973, II, S. 105 ff.). Galtung als auch Gantzel gehen aus vom Zentrum-Peripherie-Modell, das eine system-unabhängige Differenzierung und tendenzielle Polarisierung der meisten gesellschaftlichen Formationen (von einer lokalen Gemeinde über den Nationalstaat bis hin zur Weltgesellschaft) in ein die gesamte Formation dominierendes Zentrum auf der einen Seite und eine davon abhängige, nahezu vollständig auf "sein" Zentrum ausgerichtete Peripherie auf der anderen Seite beinhaltet. Es stehen sich also gegenüber, territorial gesehen: Stadt gegen Land; industrielle Kernzonen gegen agrarische Zonenrandgebiete; der industrialisierte Norden der Welt gegen den unterentwickelten Süden. Und schichtenmäßig gesehen: Oberschicht gegen Unterschicht; Machtelite gegen Herrschaftsunterworfenen usw. Die Zentren, sowieso schon bevorzugt, vermögen aufgrund der dort gegebenen infrastrukturellen, informationellen und ressourcenmäßigen Vorteile zunehmend materielle und geistige Kapitalien sowie Arbeitskräfte anzuziehen, während umgekehrt die Peripherien zunehmend verarmen - aufgrund der Extraktionen seitens des Zentrums bzw. der Zentren, aber auch aufgrund der Tatsache, daß nicht genügend Ressourcen für ein selbsttragendes Wachstum vorhanden sind. Kapital und Arbeit streben ja den profitableren Anlage- und Verdienstmöglichkeiten in den Zentren zu.

Eine Verschränkung des jeweiligen Zentrums mit seiner Peri-

perie findet allerdings dadurch statt, daß sich auch in den Peripherien - diese dominierend - "Unterzentren" herausbilden, die privilegierte, monopolistische Beziehungen zum "Oberzentrum" unterhalten, das wiederum diese Unterzentren als ihre "Brückenköpfe" in den Peripherien stützt. Der Peripherie des Oberzentrums (zum Beispiel den Unterschichten in den industrialisierten Staaten) und der Peripherie des Unterzentrums (der Peripherie der Peripherie, zum Beispiel marginalisierten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern) wird es dabei jedoch strukturell verunmöglicht, Kontakte zwischen den Peripherien zu knüpfen, weil das nur die Gefahr einer Solidarisierung gegen die Zentren zur Folge haben könnte. Die Zentren bestehen daher darauf, Kontakte zwischen den Peripherien, wenn überhaupt, monopolistisch nur über sich zu leiten.

Auch wenn Galtung und Gantzel für die internationalen Beziehungen die partiell gemeinsamen Interessen zwischen den jeweiligen Ober- und Unterzentren hervorheben, die das Ganze überhaupt stabil halten, so ist doch ihr Dependenzmodell im wesentlichen ein Modell, das vor allem - in der hier verwandten Terminologie - das Normativ-Herrscherliche der internationalen Beziehungen in Verbindung mit Gewaltanwendungen aller Art zu erfassen vermag - sicherlich ein bedeutendes Charakteristikum der gegenwärtigen internationalen Beziehungen. Allerdings geraten über die Universalisierung des Dependenzmomentes die konsensual-assoziativen Momente der Weltgesellschaft außer Blick, so daß das, was in der Modernisierungstheorie generalisiert wurde, hier nahezu vollkommen fehlt: Konsens wird nur noch als ein erst durch Solidarisierung der Peripherien herzustellender begreifbar bzw. als deformierter, partieller, da auch herrschafts- und dependenzbedingter Konsens der Zentren, der sich aus der gemeinsamen Abwehrhaltung gegenüber den Peripherien ergibt. Das Herr-Knecht-Modell internationaler Beziehungen läßt sich aber nicht derart verallgemeinern. Denn Staaten sowie überhaupt alle Sozialgebilde können zugleich sowohl "Herr" als auch "Knecht" sein. Japan ist wirtschaftlich ein "Herr", rohstoffpolitisch aber ein "Knecht". (Bühl, 1978, S. 332) Selbst die Supermächte sind zumindest untereinander voneinander abhängig, wenn sie nicht infolge des Zerfalls ihrer vormaligen Hegemonialmacht auch von

ihren jeweiligen Partnern in bestimmter Hinsicht abhängig sind. Und zur Erklärung der westeuropäischen Integration versagt das Dependenzmodell vollends. Da Abhängigkeit nicht nur zwischen einzelnen Ländern dyadisch verstanden werden darf, sondern nur im Bezug auf das ganze System, mit einer Vielzahl von Akteuren, Koalitionen, Interaktionen und Handlungszwängen, und da Abhängigkeit ein je nach Dimension und Analyseebene zu differenzierender Begriff ist (Japan zugleich Herr und Knecht), sollte der Dependenzbegriff durch den der Interdependenz ergänzt bzw. in ihn integriert werden. In einer arbeitsteiligen Welt sind alle aufeinander assoziativ-konsensual angewiesen, wenn natürlich auch in unterschiedlichem Maße, woraus sich die nicht zu leugnenden Abhängigkeitsbeziehungen im internationalen System ergeben.

Daher vermögen auch - normativ gesehen - die Zentrum-Peripherie-Modelle keine Handlungsmaximen bereitzustellen, die generalisierbar wären, denn diese Modelle und die aus ihnen ableitbaren Handlungsstrategien bauen auf der "Wertprämisse der Gleichheit" (Galtung, 1973, II, S. 34) auf, die nur noch schwer mitberücksichtigen kann, daß Ungleichheit auch eine solche der wechselseitigen, interdependenten Arbeitsteilung zwischen zwei unterschiedlichen Sozialgebilden ist oder sein kann, und daß sie damit dann funktional und positiv zu beurteilen ist. Wie schon bei Galtungs Definition von Frieden als "Abwesenheit von personaler ... und struktureller Gewalt" (Galtung, in: Senghaas, 1972, II, S. 86) hat auch seine Gleichheitsdefinition eine Tendenz, die die Konstitutionsbedingungen von Gesellschaft überhaupt mißachtet. Zu diesen gehört unter anderen Ungleichheit, die ja zudem auch ein Element von Freiheit darstellt. Nebenbei gesagt wäre nach der Galtungschen Definition von Gleichheit, würde sie Realität, internationaler Handel sinnlos und unmöglich, da dieser ja gerade auf der Notwendigkeit beruht, die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Nationalstaaten in ökonomischer Hinsicht durch Handel und Austausch auszugleichen. (Bärtschi, Jacobsen, 1976)

Entsprechend der Universalisierung des Dependenzmomentes im Galtungsschen Modell sind die Senghaasschen Praxisvorschläge (Senghaas, 1977) zu einer Überwindung der Zentrum-Peripherie-Struktur: Wenn die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie nur als Kooperation der jeweiligen Eliten negativ beurteilt und für die jeweiligen Peripherien als "Nullsummen-Spiel" betrachtet werden, verbleibt als strategische Konsequenz nur noch das von Senghaas vorgebrachte "Plädoyer für Dissoziation" der Peripherien von den Zentren (Ober- und Unterzentren), damit die Peripherien durch eine Mobilisierung der eigenen Kräfte und Ressourcen einen autonomen, nicht von den Bedürfnissen und Interessen der industrialisierten Länder und deren Brückenköpfen bestimmten Wirtschaftskreislauf entwickeln können, wie es das Maoistische China vorpraktiziert hat. (Senghaas stellt sich aber die Dissoziation nicht total vor.) Nichtsdestotrotz: Die Probleme des Überganges von der gegenwärtigen zur neuen dissoziativen Strategie sowie die Probleme der Anfangsfinanzierung der autonomen Entwicklung werden von Senghaas systematisch nicht angegangen (der Hinweis auf die self reliance ist keine Lösung). Zudem widerspricht die Dissoziationsstrategie dem oben aufgezeigten Interdependenzbefund als auch der gegenwärtigen Strategie der Entwicklungsländer (Neue Weltwirtschaftsordnung⁴), einer dissoziativ-assoziativen Doppelstrategie, die sich durch ein "reformistisches" Pokern in den bestehenden internationalen Organisationen Position um Position zu erkämpfen versucht, ohne attentistisch auf die immer kostspielige, nicht so bald realisierbare Revolution des internationalen Systems zu warten, deren Ergebnisse überdies meist nicht kalkulierbar sind.

2.2.3

Die Systemtheorie

Wenn wir uns jetzt der systemtheoretischen Art der Analyse internationaler Beziehungen zuwenden, von der am ehesten ein umfassendes Konzept für die hier gestellte Frage nach einer Synthese von Dissoziation, Assoziation, Normativem und Anarchischem zu erwarten ist, so müssen wir feststellen,

daß sie uns ebenfalls diesbezüglich im Stich läßt: systemtheoretische Ansätze führen nur allzuleicht in theoretische und empirisch nur zum Teil abgedeckte Engführungen. Man denke nur an die begriffslogisch-deduktiven Ableitungen von Kaplan und Modelski. Die Engführungen sind den Systemtheorien nicht äußerlich. Sie beruhen vielmehr auf einer ihnen konstitutiven analytischen Perspektive, nämlich der Annahme einer Systemhaftigkeit, eines relativ hohen Grades an Organisiertheit und damit einer relativen Stabilität von sozialer Realität: Diese Annahme ist fruchtbar bei der Analyse von Verwandtschaftssystemen oder nationalstaatlichen Gesellschaften. Die systemtheoretische Begrifflichkeit wie zum Beispiel die transzendental-apriorisch eingeführten, für soziale Stabilität unabdingbaren, vier Parsonsen Grundfunktionen: Institutionenerhaltung, Integration, Zielverfolgung und Umweltanpassung (AGIL-Schema), vermag aber nur die Elemente der internationalen Beziehungen zu erfassen, die einen "gewissen Grad einer mehr oder weniger institutionalisierten Ordnung" aufweisen (zum Beispiel die Diplomatie) (Parsons, in: Zapf, 1979, IV, S. 38). Krieg und Konflikte werden dann aber allzu leicht nur noch als defizientes Funktionieren oder als Zusammenbruch des als prästabilisiert betrachteten, internationalen Systems verstanden (Parsons, in: Nerlich, 1966, S. 297), nicht aber als eine den internationalen Beziehungen eigene und für sie typische Erscheinungsweise. Infolge der durch die transzendente Begrifflichkeit bedingten Überbetonung des Normativen und Assoziativen gerät das Anarchische und Dissoziative tendenziell aus dem Blick. Vorsichtig schränkt daher Parsons auch in seinen Darlegungen zur "Ordnung und Gemeinschaft im internationalen System" ein, daß sie "lediglich eine theoretische Abhandlung über analytische Probleme der internationalen Ordnung" ohne "Ermittlung der empirischen Wahrscheinlichkeiten" seien. (Ebd., S. 310) Aber das ändert nichts an der für die internationalen Beziehungen nicht adäquaten analytischen Perspektive: hier wird ein Vergesellschaftungsgrad des internationalen System supponiert, der realiter nicht gegeben ist.

Der Einwand von Dahrendorf, daß die Systemtheorie überhaupt versteckt normativ präokkupiert sei von einem Denken in Kategorien der Ordnung, gilt um so mehr, wenn system-theoretisches Gedankengut auf die internationalen Beziehungen übertragen wird, da hier der Strukturierungsgrad noch geringer ist als im nationalstaatlichen Rahmen. Allerdings führt der Dahrendorfsche Ansatz mit seiner liberal-normativen Präokkupation für den Konflikt auch nicht weiter, sondern nur ins nicht weniger extreme Gegenteil einer Überbetonung des Dissoziativen und Anarchischen (vgl. R. Dahrendorf, 1958, S. 76 ff.). Hier scheint sich mal wieder eine wissenschaftliche Kontroverse, nämlich die zwischen den System- und Konflikttheoretikern, allein davon zu nähren, daß logische Extrembegriffe reifiziert und ihre partikulare Geltung generalisiert wurde.

2.2.4 Die dialektische Theorie der Internationalen Politik

In Reaktion auf die hier aufgezeigten Unzulänglichkeiten versuchen Willms, Calamaros und Bühl, durch metatheoretisch - dialektische Reflexionen die Engführungen in Theorie und Theoriebildung zur internationalen Politik zu überwinden.

Der Neu-Hegelianer Willms will die "Grundlage einer dialektischen Theorie der Internationalen Politik" (Willms, 1972) entwickeln, die ausgeht vom "historischen Befund" der Globalisierung von internationaler Politik (ebd., S.19ff.). Diese Globalisierung greift Willms als wesentliches Moment zur Konzipierung einer qualitativ neuen Theorie der internationalen Beziehungen auf, einer Theorie, die, nach Hegel, nur wahr sein kann, wenn sie die sich real historisch entwickelnde Allgemeinheit reflektiert. Zu Hegels Zeit konkretisierte sich diese Allgemeinheit in der Französischen Revolution, in der die Menschheit zu sich selbst gekommen sei: Damit war, "nachdem der Geschichtsprozeß so weit geführt hatte, ... (die Menschheit) auch erstmals in der Lage, das Ganze ihres historisch-konkreten Daseins zu überschauen - die Phänomene, also die Erscheinungs- und Daseinsweisen ihrer gesellschaftlichen Existenz zu übersehen ... und so im Denken ebenso zu sich selbst zu kommen, wie sie in ihrer Geschichte zu sich selbst gekommen war "

(ebd., S. 53/54). Für die Gegenwart stellt die Globalisierung die Allgemeinheit dar, die die Theorie reflektieren muß, will sie wahr, d.h. identisch mit dem Gegenstand, sein. Der Allgemeineitscharakter von Theorie und Realität hat aber auch zur Folge, daß nicht mehr von Partikularitäten ausgegangen werden kann - weder solchen westlich-abendländischer Prägung noch solchen marxistisch-kommunistischer Provenienz. Eine Ausdrucksform des Partikularen ist Gewalt. Gewalt als Ausdruck der Naturwüchsigkeit von Verhältnissen ist aber der nicht mehr naturwüchsig, da sich selbst bewußten Allgemeinheit der Globalisierung konträr, daher muß die globale Theorie der internationalen Politik eine Theorie des (Welt-)Friedens sein.

Als politisches Wesen, d.h. als theoretisches Wesen, das die Allgemeinheit der Bedingung der Existenz des Menschen reflektiert, verfolgt der Mensch im Gegensatz zum bloßen Naturwesen demnach nicht bloß partikulare Interessen, die nur durch Gewalt gegen die anderen Partikularitäten durchsetzbar wären, sondern verallgemeinerbare Ziele, die sich in einer Zeit der Globalisierung nur noch in Form des Weltfriedens konkretisieren lassen. Vorsichtig fügt Willms zwar hinzu: "Natürlich schafft solche Theorie nicht Gewalt ab" (ebd., S. 64) - aber dieser historische Befund einer in der Realität internationaler Gewalt zum Ausdruck kommenden fehlenden Globalisierung und Allgemeinheit, die der Theorie von Willms den empirischen Boden wegziehen müßte, wird von ihm im Folgenden nicht mehr bedacht.

Unter diesem Aspekt der Globalisierung und Allgemeinheit erweist sich nun die Fortschrittsentwicklung des Bürgertums, das in der globalgeschichtlichen Dialektik als Position gesetzt wird, als partikular. Das gleiche gilt ebenso für die Negation dieser Position, nämlich die auf die primäre Entwicklung des Bürgertums reagierende, sekundäre, revolutionäre Entwicklung des Kommunismus. Über die tertiäre Entwicklung in der Dritten Welt kann nach Willms noch nichts Definitives gesagt werden, da hier die primäre und die sekundäre Ent-

wicklung bisher entscheidungslos konkurrieren. Beide Partikularitäten müssen angesichts der Globalität von Entwicklung als partikular aufgezeigt und in einem Dritten aufgehoben werden, das als "Entwicklung der Entwicklung" konzipiert wird. Man würde hier nun nach diesem theoretisch aufwendigen Höhenflug von Willms entsprechend seines Hegelianischen Anspruchs eine Synthese erwarten, aber sie bleibt aus: Denn Willms hatte im Verlauf seiner Untersuchung herausgearbeitet, wie der Weltfriede schon durch wechselseitige Anerkennung der primären und der sekundären Entwicklung möglich sei - ohne Synthese. Das setze aber - so Willms - eine negative Definition des Friedens als Abwesenheit von Krieg voraus (ebd., S. 330), die allerdings nicht im abschätzigen Sinn als negativ zu betrachten ist, so Willms, da sie gerade eine neue Synthese als möglicherweise totalitärer und gewaltsamer Unterdrückung und Eliminierung (nicht nur Aufhebung) der sekundären oder primären Entwicklung verhindere. Was bleibt, ist eine negative Dialektik, die uns aber genauso ratlos läßt wie die von Adorno und Horkheimer (nur, daß Horkheimer zum Trost zumindest das religiöse Hintertürchen offen ließ). Zwar ist das Prinzip der wechselseitigen Anerkennung als formales Prinzip für die hier intentierte außenpolitische Moral zu berücksichtigen, doch bietet es wenig für die notwendig inhaltlichen Bestimmungskriterien außenpolitischen Handelns, was besonders nach einer derartigen "Anstrengung" der Begriffe überrascht. Hier zählt sich bei Willms eine oben schon bei der Gewaltproblematik angedeutete Hypostasierung des Allgemeinheits- und Globalitätscharakters (und damit verbundenen Friedensanspruches) im internationalen System nachteilig aus - er kann das theoretisch Beanspruchte empirisch nicht einlösen. Das behauptete Maß an Globalität, d.h. in unserer Terminologie an: Assoziativem und Normativem ist nicht gegeben. Eine Außenpolitik, die sich an ihm orientieren würde, würde notwendigerweise fehllaufen.

Das beklagt zurecht auch Calamaros. Was er als Lösung anbietet, verbleibt allerdings ebenso im Spekulativem. Er meint, der von ihm als notwendig empfundenen Synthese auf einer noch höheren Reflexionsebene näherkommen zu können, nämlich in einer dialektischen Reflexion der wissenschaftlichen Reflexionen in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Er ordnet daher die Wissenschaftsentwicklung in der internationalen Politik in eine Abfolge von These, Antithese und Synthese: "So Geopolitik und Realismus im Widerspruch zum 'Idealismus', diese zusammen mit der 'historischen Soziologie' im Widerspruch zu Imperialismustheorien, allen diesen 'traditionalistischen' Ansätzen stellte sich die 'empirisch-analytische' Wissenschaft entgegen, welche sich wiederum im Widerspruch zwischen Konflikts- und Integrations-theorien entfaltete - aber über die Negation zu einer Synthese, zur allgemeinen Theorie der internationalen Beziehungen führte keiner dieser noch so anspruchsvollen Ansätze. Und so lange das geschichts-philosophische Lager selbst in Idealisten und Materialisten gespalten bleibt, kann es auch keine globale Theorie geben, denn eine solche ist nur auf einer die historische Entwicklung erklärenden Basis möglich, und diese wiederum setzt meiner Meinung nach (d.h. der Meinung von Calamaros, J.B.) ein holistisch-dialektisches Fundament voraus." (Calamaros, 1974, S. 95 und 97) Den Ort der holistischen Dialektik kennzeichnet Calamaros in seinem graphischen Schema der Wissenschaftsentwicklung deshalb auch mit einem Fragezeichen, was zwar sehr ehrlich sein mag, aber dem unter Handlungsdruck stehenden Außenpolitiker nicht viel hilft, käme er auf die Idee, sich von der Wissenschaft der internationalen Politik beraten lassen zu wollen. Calamaros erklärt die fehlende Synthese damit, daß dies Ausdruck sei einer weltweiten Spaltung in Herrschende und Beherrschte (ebd., S. 98). Aber das ändert nichts daran: Die einzige Perspektive, die er aufzeigt, ist die, daß nicht "mehr die Überwindung der Herrschaft oder die Herrschaftslosigkeit ... als dialektische Negation der Herrschaft angesehen werden (können),

sondern die Sinnlosigkeit totaler Herrschaft" überhaupt, insbesondere der durch die beiden Supermächte. (Ebd., S. 100)

Beim Kritiker Calamaros ist damit das gleiche Ergebnis zu konstatieren wie beim kritisierten Willms: Der mit der holistischen Dialektik angekündigte Anspruch, einen übergreifenden Zielpunkt für die Wissenschaftsentwicklung und damit für die Gestaltung der Realität internationaler Politik zu finden, wird nicht eingelöst. Die Realität erweist sich als anarchischer und dissoziativer als angenommen wurde - und das wahrscheinlich nicht nur aufgrund der internationalen Klassenspaltung in Herrscher und Beherrschte (wie Calamaros meint), sondern auch aufgrund der schlichten Tatsache der nicht koordinierten Konkurrenz souveräner Nationalstaaten.

Ebenso an einem Überschuß logizistischer Prolongation bestehender Verhältnisse leidet die Theorie des kalten Krieges von Ernst Nolte (1974; vgl. auch Willms, 1974, S. 58 ff.). In ihr wird aus der Möglichkeit der wechselseitigen atomaren Vernichtung der beiden Systeme auf ein die "Partikularinteressen transzendierende(s) und daher transzendente(s) Interesse" (Nolte, S. 490) der Systeme hin auf eine gemeinsame Norm zwischen und über ihnen, nämlich dem Interesse an ihrer Selbsterhaltung, geschlossen. Daß das nur logisch, aber nicht real ist, zeigen die Studien von C.F.v.Weizsäcker (u.a. Weizsäcker, 1971), der den Ausbruch eines dritten Weltkrieges für nicht unwahrscheinlich hält.

2.2.5 Die Theorie des Dritten Weges

Auf die entgegengesetzte Schwierigkeit stößt die Dialektik, wie sie W.L. Bühl in seiner Habilitationsschrift "Evolution und Revolution" (1970) darlegt. Er endet zwar nicht im Spekulativen und Nichtssagenden einer negativen Dialektik, allerdings geschieht dies auf Kosten der Generalisierbarkeit seiner Ergebnisse. Es ist daher fraglich, ob diese als Handlungsmaximen für einen Politiker dienen können.

Ähnlich wie bei Willms unterzieht Bühl sowohl das bürgerlich-liberale (Erste Welt) als auch das marxistisch-bolschewistische (Zweite Welt) Entwicklungsmodell einer eingehenden Kritik, vor allem anhand der für beide Modelle je repräsentativen Theorien oder genauer gesagt: Ideologien, nämlich einerseits der Modernisierungstheorie (ebd., S. 73 ff.) und andererseits des Sowjetmarxismus (S. 111 ff.). Beiden Theorien weist er nach, daß sie Aussagen rein konstruieren oder tautologisieren oder logifizieren oder ontologisieren. Die Modernisierungstheorie beschränke sich zum Beispiel auf pure "Possibilitäten", sie begnüge sich damit, "alle möglichen ... Beziehungen" festzustellen (S. 86), so daß sie "über banale Erkenntnisse und simple Werturteile nicht hinauszuführen" vermag (S. 89). Dem Sowjetmarxismus als Ideologie und Ideensystem wirft er Unilinearität, reinen Deduktionismus, Eurozentrismus und Perversion in bloße Legitimation des bestehenden Sowjetsystems vor.

Aus dieser Krise des Denkens und Handelns der Ersten und der Zweiten Welt führen nach Bühl die Theorien der Dritten Welt, die in Überwindung der bloß positiven Dialektik des institutionellen Sowjetmarxismus sowie in Überwindung der negativen Dialektik der Frankfurter Schule (S. 255 ff.) eine neue Dialektik entwickelt hätten, die positiv und negativ zugleich sei. Es ist die Dialektik des "Afrikanischen Sozialismus" (S. 218 ff.), der "Traditionales" wie vorkoloniale Dorfgemeinschaften mit "Modernem" wie bestimmten Formen des Sozialismus oder der Industrialisierung verbinden zu können meint (so zum Beispiel bei Senghor).

Der Weg zu dieser "gemischten Gesellschaft", wenn man das mal so bezeichnen will, führt konsequenterweise auch nicht über den katastrophischen Akt der großen Revolution. Bühl entwickelt demgegenüber einen differenzierten Revolutionsbegriff: Sozialer Wandel ist nie vollkommen diskontinuierlich, das könnte nur durch totalitäre Gewaltanwendung erreicht werden, vielmehr stellt auch der soziale Wandel ein Gemisch aus dissoziativem Konflikt und konsensualem

Anknüpfen an Bestehendes dar. Ein solcher Begriff von Konflikt und Konsens als Kontinuum wird sicherlich auch den Konfliktlagen der internationalen Gesellschaft gerecht.

Für den zweiten Aspekt der hier verfolgten Fragestellung, nämlich der Entwicklung von Normativem für die internationalen Beziehungen, ist damit allerdings nicht viel geholfen: Denn bei aller Berechtigung der Kritik sowohl an der Modernisierungstheorie als auch am Sowjetmarxismus ist ihnen doch ein Positives gemeinsam, nämlich die Orientierung auf die Weltgesellschaft, von der sie behaupten, daß sie gemäß ihnen inhärenten Prognosen gestaltet werden wird. Demgegenüber bedeutet eine Berufung auf Entwicklungsmodelle der Dritten Welt einen "Rückfall" ins Nationale, zumindest auf die Region der unterentwickelten Gesellschaften, was sich zum Beispiel in der Hervorhebung des Afrikanischen Selbstbewußtseins in der Form der *négritude* bei Senghor zeigt. Solche Entwicklungsmodelle des Dritten Weges entsprechen daher auch eher den Problemen, die in den unterentwickelten Gesellschaften akut sind, und das sind primär Probleme des "nation building" und nicht der der internationalen Interdependenz oder der der Internationalisierung von Politik, was zu den primären Problemen der hochindustrialisierten Welt (Ost und West) gehört. Die Konkretisierung der Bühlschen Vorstellungen im Modell des Dritten Weges geht also auf Kosten ihrer Generalisierbarkeit. Bühl selbst weist darauf hin, daß sowohl im Maoismus als auch im Afrikanischen Sozialismus eine "'Introvertierung' oder 'Nationalisierung' des Klassenbegriffs" stattfindet: "Zwischen den verschiedenen Klassen ... wird ein nicht-antagonistisches oder ein Interdependenz-Verhältnis angenommen, während die Antagonismen in die zwischenstaatlichen Beziehungen verlegt werden." (S. 228) Das Internationale kann also nur im Rekurs über das Nationale gewonnen werden, allerdings - das sei hinzugefügt - wird bei Bühl Nation nicht im traditionellen Sinn einer kompakten Substanz-Einheit verstanden, sondern als partikularistisches und segmentäres Gebilde aus einer Vielzahl sich überlagernder, miteinander

konkurrierender und sich ergänzender Formationen verstanden. Dabei ist der Übergang zum Internationalen ebenfalls nur als fließend-kontinuierlich zu denken.

Dieses segmentär gefügte Gebilde: Nation scheint allerdings - so muß gefolgert werden - u.a. deshalb stabil zu bleiben, weil es die möglicherweise Nation-sprengenden, antagonistischen Konflikte nach außen verlagert hat. Diesem ja auch realiter in der Dritten Welt beobachtbaren Prozeß widerspricht aber der vom Afrikanischen Sozialismus behauptete und von Bühl positiv aufgegriffene universelle Anspruch dieser Theorie und Bewegung (Bühl, 1970, S. 223), der daher - entgegen Bühl - wohl eher noch ausstehend, weltgeschichtlich-zukünftig, wenn nicht gar ideologisch-legitimatorisch, auf jeden Fall nicht aktuell zu interpretieren ist. Dem Universalismus läuft zumindest tendenziell auch das von Bühl aufgestellte Prinzip der geographischen Seinsverbundenheit der drei aufgezeigten Theorieströmungen in der Ersten, Zweiten und Dritten Welt zuwider.

3.

Versuch der Rückgewinnung einer Basis für eine außenpolitische Moral und Wissenschaft der internationalen Beziehungen durch Reduzierung des theoretischen Anspruches

Wir haben gesehen: beim Versuch, den aufgestellten Prämissen gemäß Prinzipien einer außenpolitischen Moral zu entwickeln, haben die erwähnten traditionellen, politisch-philosophischen und Außenpolitik-theoretischen Ansätze in der einen oder anderen Hinsicht versagt. Sie erwiesen sich als einseitig, das eine oder andere Realitätsmoment zwar richtig erfassend, jedoch in seiner Bedeutung hypostasierend. Ebenso erwiesen sich die zu Hilfe gerufenen Theorien, von denen aufgrund ihrer Intention und Struktur eine Einseitigkeiten überwindende Synthese erwartet werden konnte, als für unsere Fragestellung unzulänglich: Die Synthesen wurden entweder wiederum auch nur partikular, oder sie verloren sich ins Abstrakt-Spekulative.

Was aber bleibt dann? Der par-force-Ritt quer durch den Garten der Geistes- und Wissenschaftsgeschichte sollte eines deutlich gemacht haben: Will man nicht in das einfache, trotzig, existentialistische "Dennoch" moralischen Handelns angesichts einer absurden Welt und Geschichte verfallen und damit den Grundsatz vernünftiger Begründung praktischer Normen aufgeben?

wahren zu können - zum Ersten auf jeden Fall der Begründungsanspruch gesenkt werden. Die Normen einer (außen-) politischen Moral lassen sich weder ontologisch (Aristoteles) noch dezisionistisch (Jünger) noch teleologisch-missionarisch (Lenin/Wilson) noch in welcher Form auch immer geschichtsphilosophisch (Modernisierungstheorie) noch dialektisch (Willms) bestimmen. Das führte nur zu partikularen, wenn nicht gar zu terroristisch-moralischen Aussagensystemen. Moralische Aussagen müssen aber generalisierbar sein, zumindest für die von einem jeweiligen Problem Betroffenen (wenn schon das Kantische Prinzip einer zeitlich und räumlich gesehen, universellen Gültigkeit utopisch ist). Wer alles in einem Letzten begründen will, muß notwendigerweise im Dogmatismus enden. Handeln geschieht stets im Raum des "Vor-Letzten", in dem unter Zwängen, unter Zeitdruck und mit Kompromissen agiert werden muß. Das "Letzte" kann nur individuell-gewissensmäßig verantwortet werden, nicht aber generalisiert werden. Als praktisch in Gemeinschaft mit anderen Handelnde befinden wir uns immer im Zustande Münchhausens, der sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen mußte, ohne Grund unter den Füßen zu haben.

Zum Zweiten erwies sich der Versuch einer rein wissenschaftlichen Begründung von Moral als unmöglich, wie zum Beispiel die aus Modernisierungstheorien oder dem Marxismus gefolgerten, partikularen Handlungsanweisungen zeigen. Moralische Aussagen müssen zwar empirische Aussagen zur Basis haben; sie bedürfen aber davon unabhängig zusätzlich noch der normativen Reflexion, um überhaupt erst zu moralischen Aussagen zu werden und als Handlungsmaximen gelten zu können.

Zum Dritten scheinen auch die großen wissenschaftlichen Entwürfe und angeblichen Synthesen verfrüht zu sein: Bei partieller Erklärungskraft für bestimmte Phänomene sind die wissenschaftlichen und praktisch-politischen Kosten der Vernachlässigung anderer Phänomene so gravierend, daß vorerst eine Preisgabe solcher Universaltheorien ratsam ist.

Man denke hier nur an die zum Teil katastrophalen Folgen, die eine Industrialisierungsstrategie nach Art der Modernisierungstheorie in den Entwicklungsländern bewirkte.

Was aber bleibt? Zunächst einige Leitsätze, die die positive Umkehrung der eben dargestellten Kritik sind:

1. Die wissenschaftliche Erforschung der internationalen Beziehungen muß - entsprechend der Wertneutralität von Wissenschaft - getrennt werden von einer außenpolitischen Moral, ohne eine langfristige Konvergenz beider ausschließen zu wollen und zu können, da, wie schon in der Einleitung entwickelt wurde, moralische Aussagen notwendig in empirischen gegründet sein müssen. (Daher werden im Folgenden in die Ausführungen zur außenpolitischen Moral auch immer wieder Ergebnisse empirisch-scientifischer Forschung eingebunden.) Die Trennung beider Bereiche bezieht sich selbstredend nur auf den Forschungsprozeß im engeren Sinne. Was die Entwicklung der wissenschaftlichen Fragestellung sowie die praktische Anwendung der Forschungsergebnisse betrifft, besteht natürlich ein enger Zusammenhang zu den Problemlagen des politischen Lebens, ohne den eine langfristige Konvergenz ja auch nicht möglich wäre (dazu oben mehr).

2. Der Anspruch in beiden Bereichen muß reduziert werden, was hier in einer Zuwendung zu topisch-diskursiven Verfahren für die Moral und zum Scientifischen für die wissenschaftliche Erforschung zum Ausdruck kommen soll, die je auf ihre Weise für ihren Bereich Bescheidung in das gegenwärtig Mögliche und Realisierbare praktizieren, wodurch überhaupt erst einmal der unterentwickelte Zustand der Wissenschaft von der internationalen Politik bzw. den internationalen Beziehungen in den Blick kommt. "Vorerst wissen wir so ungenau, so unsicher und so wenig über internationale Politik, daß es vor allem gilt, einen voreiligen Konsens und die Festschreibung des Irrtums durch Konsens zu verhindern. Schlimmer als die Pluralität des Irrtums ist immer noch der allgemein anerkannte, aber nicht erkannte Irrtum."

(Weede, 1975, S. 346). Aber (Noch-)Nicht-Wissen kann und darf nicht zum Nicht-Handeln führen. Man kann nicht am Bahnhof „empirische Forschung“ aussteigen, in der fälschlichen Hoffnung, der Zug der Weltgeschichte würde warten, bis man wissenschaftliche Ergebnisse vorgebracht hat. Daher müssen 3. Kriterien gefunden werden, die dem handlungs- und problemorientierten topischen Diskurs als ungefähre Anhaltspunkte dienen und die zugleich den Grundanforderungen an ein moralisches Aussagensystem, wie sie von uns in der Einleitung aufgestellt wurden (Mischungsprinzip usw.), entsprechen. Dazu soll an das mit Kant erreichte moral-philosophische Niveau, aber auch die Problematik seiner Position angeknüpft werden: D.h. die Trennung von Sein und Sollen wird positiv aufgegriffen, aber eine über Kant hinausgehende Vermittlung beider Bereiche versucht, da ja, wie aufgezeigt, Kant gerade hier im Problem der Vermittlung unzulänglich geblieben war. Das hier nur Ange-deutete soll im Folgenden expliziert werden.

3.1

Das topische Verfahren

Das topische Verfahren ist - nach Aristoteles - eine Methode zum Beweis von Regeln praktischen Handelns, "nach der wir über jedes aufgestellte Problem aus wahrscheinlichen Sätzen Schlüsse bilden können, und wenn wir selbst Rede stehen sollen, in keine Widersprüche geraten." (Aristoteles, zit. nach Klaus/Buhr, 1971, S. 1090) Die für die Topik typische, spezifische Orientiertheit auf das jeweilige Problem und dessen konkrete Lösung in absehbarer Zeit verhindert einen Ausflug der Gedanken ins Allgemein-Spekulativ - Utopische, wie wir es im Vorhergehenden des öfteren beklagen mußten. Das möglichst lücken- und widerspruchslose sowie logische Ableiten und das plausible Aufweisen von Handlungsmaximen beansprucht dabei, nicht von wissenschaftlicher Art im strengen Sinne zu sein, ausdrücklich wird von nur wahrscheinlichen, plausiblen Sätzen gesprochen, die dem Entscheidungszwang bei geringer Zeit und nie vollständiger Information, aber bei vielfältigen Alternativen, kurz: die

der Kontingenz von Situationen, in denen praktisch gehandelt werden muß, gerecht werden. Ein daraus resultierendes Handeln ist also das Gegenteil von dem, was man Prinzipienreiterei nennt. Vielmehr muß sich Handeln an der Spezifik der jeweiligen Situation ausrichten. Die Topik ist damit antidogmatisch, da sie im Bereich des relativen und stets relativierbaren Meinens verbleibt und kein absolutes Wissen beansprucht (im Gegensatz zum Diskurs-Prinzip bei Habermas und Apel, das auf transzendental-apriorischen oder geschichtsphilosophisch nicht hintergehbaren, für moralisches Handeln unabdingbar verpflichtenden Annahmen gründet) (vgl. Apel, 1973, Bd. 2, S. 405 ff.; Habermas, 1973, S. 140 ff.). Die Topik ist damit das prädestinierte Verfahren für die demokratische Diskussion. Sie besitzt die Fähigkeit zur diskursiven Berücksichtigung oder gar Akzeptanz auch anderer Meinungen, sie zieht auf jeden Fall alle anderen Meinungen ins Kalkül, um so, unter dem Appell an die Einsicht, und nach Abwägen aller Positionen, zu einem vorläufigen Ratschluß unter den Betroffenen zu führen. (Um demgemäß möglichst alle Positionen zur außenpolitischen Moral zu erfassen, wurde hier ja auch der geistes- und wissenschaftsgeschichtliche Rückblick vorgeschaltet, ebenso, wie von einem alle Möglichkeiten offen lassenden, untersuchungsleitenden Begriffsschema sowie dem daraus abgeleiteten Mischungsprinzip ausgegangen wird. - Trotz weitgehender Anlehnung an den Topik-Begriff von Hennis wird hier allerdings nicht dessen Bestimmung der Topik als Wissenschaft übernommen. Hier wird ein anderer, engerer, naturwissenschaftlich orientierter Wissenschaftsbegriff vertreten. Vgl. Kapitel 3.2) (Hennis, 1963, S. 89 ff.)

Im topischen Verfahren wird ein - auch rhetorisch wichtiger - Ableitungszusammenhang moralischer Sätze gebildet, in den der jeweilig handlungsleitende Satz zu dessen Begründung eingeordnet werden kann und soll, ohne daß aber die Methode rein deduktionistisch wird, sie bleibt je spezifisch begrenzt und problemgebunden. Dieses, wenn man so will,

pragmatische Minimalverfahren bedarf also zunächst einmal als rein formales Verfahren keiner geschichtsmetaphysischen Holismuskonstruktion noch sonstiger "Ontologismen" und "Mythologeme". Die inhaltliche Füllung des topischen Verfahrens erfolgt - sowohl Dogmatismus als auch Dezisionismus vermeidend - auf analog pragmatische, beschränkte, problemorientierte, minimalistische Art und Weise, nämlich mit Hilfe sogenannter Topik-Kataloge, die weniger auf theoretische Begründungen achten als auf praktische Anweisungen und bewährte Handlungsprinzipien beschränkter Reichweite - anderes würde der stete Handlungszwang unter Zeitkanppheit gar nicht erlauben. In ihnen sind Fallsammlungen und darauf aufbauend weitgehend akzeptierte oder akzeptable sowie durch moralische Tradition und Geschichte "geläuterte" Problemlösungsmuster institutionalisiert, die, da individuell oder kollektiv selbstverständlich geworden, ohne große, nur die Handlung irritierende Reflexion nach einer Problemanalyse und nach einer Problemabgrenzung mit dem topisch-abwägenden Verfahren in Handlungsanweisungen umgesetzt werden können. Ein solcher Topik-Katalog soll hier im Folgenden für eine außenpolitische Moral umrissen und anschließend anhand einiger historischer Fälle exemplifiziert werden. Um erwartbaren Kritiken, hier würde nur auf die altväterliche Tradition von herrschaftsstabilisierenden "Fürstenspiegeln" zurückgegriffen, direkt zuvorzukommen, sei darauf verwiesen, daß historisch sedimentierte Topik-Kataloge nicht unbedingt status quo erhaltend zu wirken brauchen. Die Ideen der Vergangenheit (zum Beispiel die der Aufklärung oder des Humanismus) können sich gegen die "schlechte" Gegenwart wenden, die, wie es die Kritische Theorie aufgezeigt hat, diese Ideen zwar noch als Ideologie und Selbstverständnis propagiert, sie aber realiter desavouiert. Noch manch Unabgegoltene, noch manchen Vorschein der Vergangenheit, um mit Blochschen Kategorien zu sprechen, gilt es einzulösen. Auch manches in Topik-kataloge geronnene, allgemein Akzeptierte wird dadurch noch nicht Realität und gilt es daher noch aufzuarbeiten, quasi nachzuholen.

(Wenn zunächst doch - dem topischen Verfahren der Begrenzung zuwider - weiter ausgeholt werden muß, so dient das nur dem historischen Nachvollzug der Entstehung von topischen Problemlösungsmustern, die als solche praktisch und auch kurzfristig handhabbare, nicht stark reflexive Formeln darstellen.) Ehe wir dazu kommen, soll jedoch noch kurz die zweite Folge der oben vorgenommenen Differenzierung von moralischen und wissenschaftlichen Aussagen Erwähnung finden, nämlich das szientifische Verfahren, das quasi das wissenschaftliche Analogon zur Topik ist, wie es exemplarisch für die Wissenschaft der internationalen Beziehungen von Singer ausgeführt wurde (Singer, in: PVS, 1973 und 1974).

3.2 Das szientifische Verfahren

Auch Singer steht, wie Hennis, catch-all-Theorien, die die Ganzheit zu erfassen vorgeben, sehr skeptisch gegenüber. Singers positivistisches Wissenschaftsprogramm, das analog den Naturwissenschaften die Unabdingbarkeit des methodisch-systematisch nachgewiesenen, empirischen Bezugs jeder Aussage zum Grundprinzip hat, zielt auf die approximative, immer unzulänglich bleibende, hypothetische Rekonstruktion dessen, was man als Grenzbegriff "Realität" nennen könnte, in dem nach bestimmten, heuristisch und hypothetisch als fruchtbar erscheinenden Vermutungen, Konzepten, frame of references Variablen aus der unendlichen Vielfalt möglicher Variablen herausgegriffen und in Beziehung gesetzt werden, um eventuell gesetzmäßige, nomothetische Zusammenhänge zwischen ihnen festzustellen (die dann wiederum - das sei zwischengemerkt - im praktischen Handeln berücksichtigt werden müssen). Die soziale Realität wird derart objektiviert und analysiert, d.h. in Teile zerlegt, in der Hoffnung, daß der kumulative Prozeß der Wissenschaftsentwicklung eine zunehmende Reintegration des Analysierten ermöglicht. So läßt sich zum Beispiel auch vor dem Hintergrund und zur empirischen Prüfung marxistischer Theorieansätze die Variable "Krieg" auf die Variable "Wirtschaftswachstum" beziehen, um Aussagen über die Bedeutung von Schwankungen des wirtschaftlichen Wachstums (unabhängige Variable) für die

Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs von Kriegen (abhängige Variable) aufstellen zu können. Dazu bedarf es sicherlich zusätzlich intervenierender Variablen (zum Beispiel der politischen Kultur eines Nationalstaates) sowie der Angabe situativer Randbedingungen. Dabei müssen alle Variablen derart genau definiert und operationalisiert werden, daß ihnen jeweils abgrenzbare empirische Daten (nach Möglichkeit quantitative) entsprechen. Nur unter dieser Voraussetzung lassen sich dann auch die gewonnenen Daten mit den Methoden der Statistik bearbeiten. Die Aussage über einen vermuteten Zusammenhang von Variablen kann so einem rigoroseren Test auf ihre Stichhaltigkeit unterzogen werden.

Treten nun diese oder mehrere Variablen (zum Beispiel: x und y) in einer bestimmten Ausprägung (zum Beispiel geringes Wirtschaftswachstum → hohe Kriegswahrscheinlichkeit) über eine längere Zeit hinweg mit großer Regelmäßigkeit gemeinsam auf, korrelieren sie, so kann zwischen ihnen mit hoher Wahrscheinlichkeit ein gesetzmäßiger Zusammenhang angenommen werden ($x = mx + n$; m und n sind Parameter). Dieser muß dann aber allerdings noch eingehend vor dem Hintergrund schon bestehender Gesetze und Theorien sowie mit Hilfe als solche ausgewiesener Vermutungen interpretiert werden.-Es gilt also zunächst, für den jeweiligen Gegenstandsbereich Datensamm-lungen anzulegen und statistisch zu bearbeiten. Als Beispiel hierfür sei die umfangreiche, auf Computern gespeicherte Sammlung politologischer Daten im Institute for Social Research der Universität von Michigan genannt. (ICPSR, 1980-1981) Die Variablenauswahl sowie die Ergebnisinterpretation hat dabei mit Hilfe von-bestimmte Variablen begründet hervorhebenden-Analysekonzepten, frame of references zu erfolgen, zum Beispiel dem Entscheidungsansatz von Snyder/Bruck/Sapin, deren zentrale methodologische Grundannahme ist, "to define the state as its official decision-makers - those whose authoritative acts are, to all intents and purposes, the acts of the state" (mit der dadurch gegebenen Abwendung von unpräzisen Nationalinteresse -Konzepten, mit der dadurch gegebenen Zuwendung zu empirisch einlösbaren Kategorien). (Snyder/Bruck/Sapin, 1963, S. 65; vgl. auch:

Gallhofer, Saris, 1979) Erwähnt sei auch noch zum Beispiel der sogenannte linkage-Ansatz von Rosenau, der in den Mittelpunkt der Untersuchung "any recurrent sequence of behavior that originates in one system and is directed to in another", stellen will, um damit auch die transnationalen, nicht etatozentrischen, die nationalstaatlichen Grenzen ignorierenden Verbindungen im internationalen System in den (Be-)Griff zu bekommen. (Rosenau, 1969, S. 44) Erst auf dieser Basis können Theorien mittlerer Reichweite entwickelt werden.

Dieses Wissenschaftsprogramm hat prinzipiell die Trennung von Sein- und Sollensaussagen zur Voraussetzung. Das Sollen (als ethische Aufforderung und Anforderung, nicht als soziologischer Befund über das Vorhandensein von Normen verstanden) hat kein Korrelat in der empirischen Realität, wie schon Kant nachgewiesen hat (vgl. hierzu auch: Meyers, 1979, S. 85 ff.). D.h. aber nicht, daß die Ergebnisse solcher Forschungen vollkommen irrelevant für die Praxis sind. Es heißt nur, daß im engeren Forschungsprozeß Normen und Einstellungen des Wissenschaftlers nach Möglichkeit bewußt gemacht und ausgeschaltet werden sollen. Aber schon bei der Auswahl der Variablen, die analysiert werden sollen, spielen Normen eine Rolle und erst recht bei der Anwendung der Ergebnisse, wo dann ja auch die politische Verantwortung von Wissenschaft beginnt. Denn gesetzmäßige Wenn-Dann-Aussagen lassen sich ohne weiteres in technologische Um-Zu-Anweisungen umformulieren, so wie aus ihnen auch Prognosen gewonnen werden können. An diesem Punkte konvergieren auch wieder topisches und szientifisches Verfahren: Eine recht verstandene Topik wird sozialwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten nicht ignorieren, will sie nicht don-quichottisch werden, so wie man sich ja auch zum Beispiel dem Fallgesetz gemäß verhält. Je mehr wir demnach sicheres, gesetzmäßiges, empirisches Wissen, soweit es im Rahmen von immer hypothetisch bleibender Wissenschaft möglich ist, über die soziale Realität, speziell hier über die internationalen Be-

ziehungen, gewinnen, um so mehr hat dann die Topik zurückzutreten, die ja gerade ihren Ursprung und ihre Rechtfertigung in der Unsicherheit des Wissens hat. Die von der Topik gewonnenen Problemlösungsmuster erweisen sich demnach als "provisorische Moral" (Descartes). Allerdings ist das wohl eher - konsequent zu Ende gedacht - die positivistische Utopie einer "internationalen Physik", die - neben der ethischen Fragwürdigkeit - schon deshalb wohl nie voll, nur zum Teil verwirklicht werden kann, weil die soziale Realität nicht identisch ist mit der der Natur: Es macht ja gerade die Freiheit des Menschen aus, daß er nicht gänzlich berechenbar ist. Das macht Entscheidungen in Unsicherheitssituationen und damit die Notwendigkeit der Topik unabwendbar, das Unsicherheitsmoment wird auch durch Spiel- und Entscheidungstheorien nie gänzlich rationalisiert werden können. Es gibt hier "Unschärferelationen". Mit diesem Begriff Heisenbergs soll angedeutet werden, daß das positivistische Exaktheitsideal selbst für die Naturwissenschaften nur noch begrenzt gilt. Nichtsdestotrotz: Topisches Verfahren sollte und muß sich auf das vorhandene, sichere Wissen der empirischen Forschung stützen, um möglichst realitätsgerecht und verantwortungsethisch unter Beachtung der gesetzmäßig erwartbaren Konsequenzen handeln zu können. Topisches und szientifisches Verfahren schließen sich nicht aus, sie ergänzen sich (zumal, wie sich eben zeigte, der Unterschied beider nicht absolut und prinzipiell ist, sondern nur in einem unterschiedlichen Maß an Sicherheit bzw. Unsicherheit besteht).

Entsprechend diesem Grundsatz soll nun im Folgenden Grundprinzip und Aufbau einer außenpolitischen Moral umrissen werden: Begonnen wird hierbei mit der Entwicklung eines Topikkataloges und der in ihm festzuhaltenden, historisch bewährten Problemlösungsmuster. Dazu ist zunächst die Darstellung der historischen Genese eines zentralen Problemlösungsmusters vonnöten.

3.3 Die Entwicklung eines Topikkataloges

3.3.1 Das Problemlösungsmuster der Vermittlung

Geradezu ein konstitutionelles Grundproblem der Menschheit ist die Bewältigung der Spanne zwischen dem Gesollten und der jeweiligen Realität. Das ist auch in das in der Einleitung dargelegte, vierpolige Begriffsschema eingegangen; das Problem der Seins/Sollens-Spanne kam auch in den bereits dargestellten, (außen)politischen Positionen immer wieder zum Ausdruck. Diese Spanne gehört quasi als anthropologische Konstante und transepochale Gegebenheit zu den Bedingungen der *conditio humana*, da jedes Handeln-als Grundfaktum menschlichen Daseins-zielgerichtet ist auf die Verwirklichung eines zukünftigen, noch ausstehenden Zustandes. Die moralische Frage ist demnach die nach der Vermittlung zwischen Sein und Sollen.

Es gibt diesbezüglich Lösungsversuche in die Richtung beider Extreme, entweder Auflösung ganz im Sein oder ganz im Sollen, was jedoch hier nur als logische Möglichkeiten angeführt wird: Realiter sind immer beide Extreme mit der einen oder anderen Akzentsetzung gemischt, miteinander vermittelt. (Das in der Einleitung entwickelte, untersuchungsleitende Prinzip der Mischung ist natürlich eng verwandt mit dem der Vermittlung.) Auch wenn Konservative und Traditionalisten - im anscheinenden Gegensatz zu dem eben Ausgeführten - meinen, diese Spanne und ihre Vermittlung weitgehend ignorieren zu können ("das Sein ist schon in sich gut und vollendet!"), so sind sie doch - bei näherer Betrachtung - ebenfalls zu einer Vermittlung gezwungen, wollen sie sich nicht quietistisch zum Nichthandeln verurteilen. Repräsentativ seien für diese traditionalistische Position de Maistre, de Bonald und Lamennais genannt: Für sie ist der Mensch nicht zum Schöpfer geboren, Gott schaffe vielmehr jeweils die Realität (selbst die von ihnen ansonsten verhassten Revolutionen) so, wie es seinem Willen entspreche. Das menschliche Eingreifen in den Geschichtsprozeß wäre daher Hybris. Die Gestaltung der Zukunft müsse daher der göttlichen Vorsehung anheimgestellt werden (womit aller-

dings dann auch hier wiederum implizit die Seins/Sollens-Spanne als Problem gesehen, nur ihre Lösung aus dem menschlichen Kompetenzbereich ausgelagert wird) (vgl. Maier, 1973, S. 129 ff.). Andere konservative Theoretiker wie zum Beispiel Burke gehen demgegenüber offen, bei aller Betonung der Priorität der bestehenden Realität als historisch gewordener und dadurch in gewissem Maße schon legitimierter Realität nichtsdestotrotz von deren notwendigem Wandel aus, der vom Politiker gesichert werden muß, um so die immer wieder sich auftuende Kluft zwischen dem Gesollten (bei Konservativen primär die Erhaltung von Stabilität und Ordnung) und der Realität zu überbrücken.

Ebenso darf die Hegelsche Gleichsetzung von Wirklichkeit und Vernunft nicht im Sinne einer platten Identifizierung mißverstanden werden, das Verhältnis beider ist vielmehr geschichtlich dynamisch. Weil (1950) hat darauf aufmerksam gemacht, daß Hegel die Realität stets in Richtung idealerer Verhältnisse prolongiert und damit weit seiner damaligen Zeit "voraus" ist. Zum Beispiel entwirft er in seiner Rechtsphilosophie einen halbdemokratischen, konstitutionellen Rechtsstaat.

Das andere Extrem, nämlich die einseitige, wenn auch nicht vollkommen mögliche, daher nur tendenzielle Auflösung der Spanne hin zum Gesollten unter Vernachlässigung des Gegebenen ist zum Beispiel bei Marx zu verzeichnen, in dessen Denken die bisherige Geschichte der Menschheit zur bloßen Vorgeschichte reduziert wird und quasi nur noch als "Absprungbrett" zum "Reich der Freiheit" dient, das katastrophisch durch eine große Revolution einbrechen werde. Das sich eine solche Position praktisch nicht langfristig aufrecht erhalten läßt, zeigt sich schon bei Marx und Engels selbst, die die Notwendigkeit von Reformen schon im "Reich der Notwendigkeit", sprich: im Kapitalismus befürworteten und für realisierbar hielten. Zum Beispiel erachteten sie für das England des 19. Jahrhunderts auch die Möglichkeit eines friedlich-reformistischen Überganges zum Sozialismus für möglich. (Marx, MEW, 22, S. 509 ff., Friedrich Engels,

Einleitung zu "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850" von Karl Marx) Noch klarer tritt das praktische Erfordernis einer Vermittlung von Sein und Sollen in der konkreten Politik kommunistischer und sozialistischer Parteien zutage (Stichworte: Friedliche Koexistenz, Volksfront, Euro-Kommunismus, Historischer Kompromiß), sowie insbesondere in der reformistischen Ausformung der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie, deren bedeutendster Theoretiker, E. Bernstein, in der Tradition Kants stehend, gerade die Vermittlung von Sein und Sollen durch das Prinzip der ständigen Bewegung vom Sein weg zum Sollen hin (ohne je dort ankommen zu können) thematisierte: "Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter 'Endziel des Sozialismus' versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles." (Bernstein, in: Die Neue Zeit, 16. Jg., S. 556; vgl. auch Th. Meyer, 1977)

Problem und Prinzip der Vermittlung ist, wie wir sehen, auch solchen Gedankensystemen inhärent, die es zunächst nicht explizit als Bestandteil konzipieren und intendieren. Aber die Struktur der Realität ist anscheinend derart gestaltet, daß sie seine Berücksichtigung erzwingt. Auch "Große Verweigerungen" à la Marcuse oder Negative Dialektiken à la Horkheimer schlagen, gewollt oder ungewollt, versteckt oder offen immer wieder in neue realitätshaltige Positionen um, obwohl sie gerade das vermeiden wollten. Die Verweigerung von Vermittlung ist nur dann möglich, wenn man sich von der Welt zurückzieht oder sich total, kämpfend, kompromißlos gegen sie wendet: beides kann aber nur, konsequent durchgeführt, in der eigenen Selbstvernichtung enden.

Das Prinzip der Vermittlung ist räumlich-kulturell und zeitlich-geschichtlich universell: Der Kampf um die rechte Vermittlung von Sein und Sollen, von Mittel und Ziel manifestierte sich zum Beispiel in der Auseinandersetzung

zwischen Mao Tse-Tung einerseits und Liu Schao-tshi andererseits (vgl. Menzel, 1978). Und in der alten indischen Religion und Philosophie ist es der Gegensatz zwischen den realitäts- und machtbefugten Prinzipien des Arthashastra einerseits und einer Philosophie der Pflicht andererseits, wie sie zum Beispiel bis heute in Gandhis Programm des satyāgraha zum Ausdruck kommt, einem Programm "des 'zur Wahrheit (satya) Haltens (agraha)'" als einem "Versuch, diese alte indoarische Idee gegen eine anscheinend weit überlegende Macht einzusetzen, nämlich gegen die hochmechanisierte, industrialisierte, militärisch und politisch auf's beste ausgerüstete Siegesmaschine des angelsächsischen Weltreiches." (Zimmer, 1973, S. 162)

3.3.2 Christentum und außenpolitische Moral

Dieses universelle, moralische Grundproblem der Bewältigung der Spanne von Sein und Sollen wird nun am Beispiel der diesbezüglichen Auseinandersetzung vor allem in der christlichen Sozialphilosophie, mit Blick auf die hier verfolgte, außenpolitisch-praktische Fragestellung weiter verfolgt und tiefer diskutiert, um aus der dadurch gewonnenen historischen Basis, auf der Grundlage des Prinzips der Vermittlung und in Abgrenzung von den vereinseitigten Positionen, wie sie in Kapitel 2 dargestellt wurden, Leitlinien für einen Topikkatalog außenpolitischer Moral zu gewinnen. (Um allen klerikalistischen oder theokratischen Verdächtigungen zuvorzukommen, sei erklärt, daß das Beispiel des Christentums deshalb genommen wurde, weil die anstehende Frage am intensivsten und, geschichtlich gesehen, am längsten wohl im Rahmen des institutionalisierten sowie außerkirchlichen Christentums theoretisch behandelt und existentiell durchlebt wurde. Es darf also vermutet werden, daß in der ganzen Breite der christlichen Bewegung mit all ihren Richtungen und Ausformungen das meiste Wissen über das Problem vorhanden ist, ein Wissen, das zudem bis heute weiterwirkt, ja geradezu die (wenn auch oft säkularisierte) geistige Grundlage eines

Großteils der Gesellschaften dieser Welt bildet: Von Nord- und Südamerika sowie natürliche von Europa inklusive Sowjetrußlands (wenn man - neben der sowieso noch immer stark in der russischen Bevölkerung lebendigen orthodoxen Kirche - auch den Marxismus als eine pervertierte Form christlich-jüdischen Chiliasmus ansieht). Zum Beispiel ist aber auch die Menschenrechtserklärung der UN stark von christlichem Gedankengut beeinflusst. (Panikkar, 1963))

Seitdem die christliche, nur nach dem Wort Jesu lebende Urgemeinde im Laufe des ersten Jahrhunderts nach Christi Tod vor der Situation stand, daß die Parusie sich nicht wie erwartet bald ereignen würde, mußte sie einen modus vivendi mit der bestehenden Realität finden, wie sie sie nun einmal in ihrer unchristlich-heidnischen Form vorfand. Seinen ersten Ausdruck fand diese notwendige Anpassung in der Paulinischen Ermahnung, "die Steuer dem zu geben, dem die Steuer gebührt, und die Ehre dem, dem die Ehre gebührt". (Römer, 13,7) Das heißt dann aber auch in der Konsequenz: Der Christ muß sich dem staatlichen Gesetz beugen, auch wenn es nicht unbedingt dem absoluten Liebesgebot der Bergpredigt entspricht, was zum Beispiel bei der staatlichen Gewaltanwendung gegenüber Verbrechern oder gegenüber außenpolitischen Aggressoren der Fall ist. Die christliche Gemeinde mußte ihren Glauben mit der Welt vermitteln.

Richtungsweisend für das ganze Mittelalter wurde dieses Problem von Augustinus reflektiert (vgl. Sandvoss, 1978, S. 125 ff.). Er unterschied zwischen der civitas terrana, der sittenverdorbenen, weltlichen Gesellschaft, die er angesichts des zerfallenden römischen Reiches seiner Zeit mit einer Räuberbande verglich, und der civitas Dei, dem sündenfreien Gottesstaat, den er (ansatzweise) in der

Kirche verkörpert sah. Ging Paulus noch von einer "Gewaltenteilung" von Gemeinde und Staat aus, so ist bei Augustinus, bedingt durch die Zeitumstände, eine Tendenz zur Überordnung der Kirche über den Staat angelegt. Die Übergangszeit zum Mittelalter, in der die alten Autoritäten unter-

gingen, brachte es dann auch realiter mit sich, daß der Kirche staatlichen Kompetenzen zufielen. Diese Vermittlung zwischen Sein und Sollen, zwischen *civitas terrana* und *civitas Dei* mit einer Tendenz zur Überordnung des Gottes- über den weltlichen Staat erwies sich aber angesichts des allzu weltlichen Verhaltens und Gehabes der krichlichen Instanzen als eine Scheinvermittlung, mit der Folge des Entstehens zahlreicher außerkirchlicher, christlicher und mönchischer Bewegungen, die zurück zu den urchristlichen Prinzipien wollten (wozu nicht zuletzt Luther gehörte). Doch vorerst gewann im Machtkampf zwischen Kaiser und Papst, im sogenannten Investiturstreit, der weltliche Aspekt kirchlicher Herrschaft noch einmal seinen absoluten Höhepunkt.

Aus diesem Kampf gingen aber weder Kirche noch Kaiser als Sieger hervor, sondern die einzelstaatlichen Fürsten. Mit diesen sah sich dann 300 Jahre später Luther konfrontiert. Zur Auseinandersetzung und Kooperation der Christen mit diesen Gewalten, auf die Luther im Kampf gegen die katholische Kirche angewiesen war, mit denen er sich aber auch nicht gänzlich identifizieren wollte, entwickelte er in modifizierender Anlehnung an Paulus und Augustinus, aber in eindeutiger Ablehnung des kirchlichen Suprematieanspruches im Mittelalter, die sogenannte Zwei-Reiche-Lehre, die in manch abgewandelter Form weitergewirkt hat (zum Beispiel bei Kant) und bis heute weiterwirkt (zum Beispiel bei Bundeskanzler Helmut Schmidt). Ihre Aktualität vermag daher Ansatzpunkte zu geben für eine weiterführende Diskussion der Vermittlung von Sein und Sollen, vor allem, wenn man sie auf das Politische bezieht. (Vgl. Schrey, 1973, S. 55 ff.)

Luther versteht das Reich Gottes und das irdische Reich des Staates nicht als zwei territorial und institutionell getrennte Größen, vielmehr sind die beiden Reiche infolge der von ihm vorgenommenen Individualisierung, Verinnerlichung und Vergeistigung des christlichen Glaubens, bezogen auf den einzelnen Menschen, nur funktional zu trennen: Der Einzelne ist in je verschiedenen Rollen sowohl Bürger des

Reiches Gottes als auch Untertan im irdischen Reich weltlicher Obrigkeit. Der vormalige Konflikt zwischen den Institutionen Kirche - Staat wird damit als intrapersonaler Konflikt in den Einzelnen verlagert.

Durch diese Trennung greift Luther die vom Christentum selbst initiierte und zu seiner Zeit der Renaissance besonders stark zunehmende Entzauberung und Säkularisierung des Weltlichen und insbesondere des Politischen auf und entläßt es aus theokratischer Bevormundung in den Bereich der vom Menschen selbst zu verantwortenden Autonomie (vgl. Gogarten, 1952). Das ist einer der Ansätze für die Freiheits- und Emanzipationsgeschichte des modernen Menschen. Im derart freigelassenen politischen Bereich sollen demnach die Gesetzmäßigkeiten gelten, die ihm eigen und die nicht direkt aus der Bergpredigt ableitbar sind, die auch nicht "christifiziert" sowie christlich legitimiert und die schließlich nicht aus Gründen christlichen Rigorismus geleugnet oder beseitigt werden sollen. Um in der Terminologie von Max Weber zu sprechen: In der Politik darf nicht gesinnungsethisch, es muß verantwortungsethisch gehandelt werden. Herrschaft, deren Notwendigkeit nicht bestritten wird, bedeutet nämlich immer auch zwar politisch legitimierte und notwendige, aber nichtsdestotrotz potentiell unchristliche Machtanwendung gegen innere und äußere Feinde. Denn im Politischen und Weltlichen tritt der aufgrund der Prädisposition des Menschen zur Sünde immer auch mögliche Mißbrauch der Freiheit zutage, die zum Schutze aller und zur notwendigen Aufrechterhaltung von Ordnung überhaupt, ohne die menschliches Zusammenleben gar nicht möglich ist, die staatliche Autorität (sprich: die Machtandrohung oder -anwendung) in Aktion ruft. Das widerspricht aber dem Liebesgebot der Bergpredigt. Neben der Gewalt- und Machtanwendung gibt es in der Politik zunächst darüberhinaus - ebenso wenig bergpredigtgemäß - notwendiger- und legitimerweise mehr oder weniger egoistische und partikularistische Interessen und Interessengegensätze, die auch Ausdruck eben dieser

Freiheit sind und nur um den Preis totalitärer Unterdrückung eliminiert werden können, also anerkannt werden müssen, obwohl sie christlichen Grundsätzen zuwiderlaufen.- Derjenige, der im politischen Bereich nach dessen Regeln handeln muß, ist aber zugleich auch der, der als Christ mit seinem Gewissen in Freiheit und Verantwortung vor Gott steht und ihm Rechenschaft schuldet. In diesem Bezug gelten die Normen der Bergpredigt unmittelbar und absolut, so daß der Mensch stets in der Spanne zwischen weltlich-politischer, mit Vernunft zu regelnder Eigengesetzlichkeit des Politischen auf der einen Seite und den als allseitige Liebe sich manifestierenden Anforderungen der Bergpredigt auf der anderen Seite steht.

Aber die beiden Regimenter sind nicht verbindungslos einander gegenüberzusetzen: Das Problem der Vermittlung beider Sphären ist auch hier stets aktuell. Schon Luther wandte sich energisch gegen Versuche, diese Vermittlungsbemühung nach der einen oder anderen Seite vorschnell auflösen zu wollen: Er bekämpfte die Wiedertäufer und Schwärmer von Münster, die, gerade unter Umgehung der unumgänglichen Vermittlungsleistung, einen Gottesstaat auf Erden errichten wollten, der natürlich mit der widerspenstigen Realität und dem Freiheitswillen der Menschen nur mittels Terror fertig zu werden wußte. Aber Luther redete zugleich den Fürsten intensiv ins Gewissen (wenn auch nicht mit der gleichen Vehemenz und Brutalität wie gegen die Wiedertäufer) und ermahnte die Obrigkeit ob ihrer Verfehlungen, die unter anderem darin bestanden, Politik nur noch als Machtpolitik ohne gewissenmäßige Rückbindung an übernatürliche Werte zu treiben.

Die Vermittlung findet darüber hinaus noch auf anderen Ebenen statt.

1. Die Eigengesetzlichkeit des Politischen ist nach Luther eine indirekte Form der Herrschaft Gottes, sie stellt also nicht schlicht den Herrschaftsbereichs "Sat.ans" dar, der den politisch Handelnden jeden Zynismus und Machiavellismus erlaube, im Gegenteil: auch das Eigengesetzliche bleibt der

prinzipiellen Herrschaft Gottes unterworfen und ist daher daran zu messen.

2. Der Christ ist zudem (wie insbesondere von der kulturprotestantischen Theologie des 19. Jahrhunderts hervorgehoben wurde) dazu verpflichtet, die Welt nach dem je Möglichen zu versittlichen, um derart zum Werke der Weltwerdung Gottes beizutragen.

Jedoch trotz aller Vermittlungen, die Spannung zwischen beiden Reichen bleibt bestehen und ist im Irdischen nicht aufzuheben. Denn auch die theologische Gegenposition zur Lehre von den zwei Reichen, die Lehre von der Königsherrschaft Christi, wie sie in diesem Jahrhundert insbesondere von Karl Barth vertreten wurde, sieht sich, indem sie nach den Erfahrungen mit dem Faschismus und einer bis in den Wahnsinn eigengesetzlich gewordenen Form des Politischen die Teilung des Lebens in zwei Bereiche und die Autonomie der politiktreibenden "Bürgergemeinde" (Barth) verwirft und infolgedessen die eindeutige Prädominanz der "Christengemeinde" proklamiert, nichtsdestotrotz der Aufgabe der Vermittlung konfrontiert, allerdings mit anderer Akzentsetzung als bei Luther. Barth konzipiert das Verhältnis beider Gemeinden in Gestalt konzentrischer Kreise, die zum Teil deckungsgleich sind: "Die Bürgergemeinde hat mit der Christengemeinde sowohl den Ursprung als auch das Zentrum gemeinsam. Sie ist Ordnung der göttlichen Gnade ... Zeichen dafür, daß auch die noch (oder schon wieder) der Sünde und also dem Zorn verfallene Menschheit in ihrer ganzen Unwissenheit und Lichtlosigkeit von Gott nicht verlassen, sondern bewahrt und gehalten wird." (Barth, 1946, S. 13) Aber der Umfang des Kreises, den die Bürgergemeinde darstellt, ist größer als der der Christengemeinde, andernfalls würde diese christokratische Konzeption ja in Klerikalismus und eine andere Form der Unterdrückung der Freiheit ausarten - auch hier also das Problem und die Notwendigkeit von Vermittlung.

Das gleiche gilt für den religiösen Sozialismus sowie für die Theologie der Revolution und der Befreiung, wenn diese

zwar als Mittel zur Annäherung an das Reich Gottes auf Erden den gewaltsamen oder nicht gewaltsamen Macht- und Klassenkampf befürworten bzw. in Kauf nehmen (vgl. Greinacher, 1980; Rendtorff, 1970, IV), dabei allerdings stets Bedingungen an die Gewaltausübung knüpfen, wie sie zum Beispiel schon in Thomas von Aquins Lehre vom Krieg entwickelt wurden: Bedingungen wie die Tatsache, daß kein anderer Weg sich als möglich herausgestellt hat, oder die, daß Gewalt nicht mit Gefühlen von Haß und Verachtung angewandt werden darf.

Der Christ steht also immer zwischen der Legitimität und Notwendigkeit staatlicher und unter bestimmten Umständen auch revolutionärer Gewaltanwendung und Machtausübung einerseits und der Hoffnung auf ewigen Frieden, Liebe und Humanität andererseits; zwischen der Notwendigkeit von Gesetz und staatlicher Ordnung einerseits und andererseits der Gegenwart und Erwartung des Evangeliums als der nur auf Liebe beruhenden Herrschaft Christi auf Erden. "Die Vermittlung der Begrenztheit des Diesseits der Individuen und der Gesellschaft mit einem Jenseits (kann dabei) als spezifische Funktion der Religion bestimmt (werden)" (Kaefer, 1977, II, S. 160/161).

Das hier entwickelte Prinzip der Vermittlung zwischen dem Sein und dem Sollen, dem Diesseits und dem Jenseits, von dem behauptet wird, daß es universelle Gültigkeit besitzt, soll nun - als wesentliches Element eines Topikkataloges - nach dem topischen Verfahren für die internationale Politik und für die auf diesen Bereich bezogene außenpolitische Moral nutzbar gemacht werden. Dabei soll zunächst einmal angeknüpft werden an die diesbezügliche Auseinandersetzung um Wiederaufrüstung, Wehrdienst und Atombewaffnung in der evangelischen Kirche Westdeutschlands, wie sie in den 50er Jahren und zu Beginn der 80er geführt wurde, um dann die Theorie der internationalen Politik, die das moralische Problem der Vermittlung unter Rückgriff auf die Zwei-Reiche-Lehre verarbeitet hat, nämlich den sogenannten Realismus, näher zu behandeln.

Am eindrucksvollsten kam das Ringen um Krieg und Frieden zwischen den verschiedenen Positionen in der evangelischen Kirche im selbst schon eine Vermittlung darstellenden "Ratschlag zur gesetzlichen Regelung des Schutzes der Kriegsdienstverweigerer des Rates der EKD" vom 16.12.1955 zum Ausdruck (Zit. nach Walther, 1981, S. 26), wo es heißt: "Man kann die vorhandenen Überzeugungen in drei Typen kurz wie folgt zur Darstellung bringen:

1. Die einen bejahen im Gehorsam gegen Gottes Gebot grundsätzlich die Möglichkeit einer christlich zu verantwortenden Beteiligung an einem Krieg. Freilich unter der Voraussetzung bestimmter Bedingungen, zum Beispiel: daß es ein Verteidigungskrieg ist, daß es ein völkerrechtlich erlaubter Krieg ist, daß er zum Schutze der freiheitlichen Ordnung, der Gerechtigkeit und zur Hilfe für ungerecht Angegriffene geführt würde - kurz, daß es ein 'gerechter Krieg' nach Ursache, Mittel und Ziel ist.
2. Die anderen verwerfen grundsätzlich jede Beteiligung am Krieg, da es den Nachfolgern Christi unter allen Umständen um der Liebe Christi willen verboten sei, den Mitmenschen zu töten, für den Christus gestorben ist. Das Gebot der Feindesliebe fordere vom Christen den Verzicht auf die Waffe.
3. Eine dritte Gruppe verwirft nicht grundsätzlich die Möglichkeit der Beteiligung des Christen an einem 'gerechten Krieg', aber da sie den modernen Krieg vor allem wegen seiner Massenvernichtungswaffen in keinem Betracht mehr als einen 'gerechten Krieg' anzusehen vermag, hält sie die Beteiligung des Christen am Krieg in der Gegenwart aus Verantwortung vor dem Evangelium und dem Gebot Gottes für unmöglich.

Trotz dieser tiefgreifenden Differenzen besteht eine ebenso bedeutsame Übereinstimmung unter den Christen in folgenden Punkten: ...

2. Eine bedingungslose Beteiligung des Christen am Krieg, die allein im Gehorsam gegen die Obrigkeit gründet, wird als christlich nicht verantwortbar anerkannt.
3. Es wird nicht bestritten, daß es für den Christen die Möglichkeit geben kann, im Falle eines ungerechten Krieges

den Kriegsdienst aus Gewissensgründen, d.h. um des Gehorsams gegen Gott willen zu verweigern.

4. Wenn der Krieg unter den Christen heute mehr als früher in Frage gestellt wird, so hat das seine Wurzel nicht in der Übernahme eines allgemeinen Prinzips der Gewaltlosigkeit, sondern in einem neuen Ernstnehmen des Wortes Gottes. Die Differenzen über die Stellung des Christen zum Krieg entstammen der auch innerhalb der evangelischen Kirche verschiedenen Auslegungen dieses Wortes als Gesetz und Evangelium."

Die in den zuerst genannten Punkten 1 und 2 vertretenen Positionen entsprechen der traditionellen, sowohl evangelischen als auch katholischen Lehre vom Krieg, die zwischen dessen Unabdingbarkeit im Falle der Verteidigung gegen Aggressionen einerseits und andererseits der Verwerflichkeit von Gewaltanwendung abwägt und zu vermitteln sucht, indem Kriege um eines gerechten Zieles willen, d.h. zur Wiederherstellung des Friedens, erlaubt, wenn auch nicht gerechtfertigt werde, da nur Gott diese zwar unumgängliche, aber nichtsdestotrotz sündhafte Handlung der Gewaltanwendung durch Gnade rechtfertigen kann. (Vgl. auch Mittelman, in: Collmer, 1977, S. 327 ff.) Neu und interessant ist allerdings die im Punkt 3 angedeutete Position, die angesichts der Totalität des Zerstörungspotentials atomarer Waffen und angesichts der stets gegebenen Möglichkeit der Eskalation vom konventionellen über den taktisch-atomaren zum strategisch-atomaren Krieg die Legitimität von Krieg überhaupt ausschließt, da dem Ziel, um dessentwillen Krieg geführt wird, nämlich dem Frieden, durch die Totalität der atomaren Zerstörung der Boden entzogen wird. (Davon gehen ja auch implizit die offiziellen Abschreckungsdoktrinen aus, deren selbst gesetztes Ziel bereits dann verfehlt wird, wenn der Krieg überhaupt ausbricht.) Derart von einer Totalität bestimmte, totalitäre Situationen machen - so die Schlußfolgerung - Vermittlungen aber unmöglich, da diese nicht mehr an ein moralisches Positivum in der Realität anknüpfen können. (Nach den Annahmen der Einleitung ist moralisches Handeln in einem Nomos ohne Ethos nur noch kontrafaktisch,

nicht mehr vermittelnde, d.h.: strikt ablehnend zu ver-antworten.)

Die Position Nr. 3 ist aber nicht zu verwechseln mit der herkömmlich pazifistischen, die jeden Krieg, auch den mit konventionellen Waffen geführten, also auch den nicht total destruktiven, ablehnt, und zwar wesentlich aus gesinnungs-ethischer Motivation, während die eben aufgezeigte Ablehnung des Atomkrieges gerade verantwortungsethisch mit dessen Folgen begründet wird. Für diese neue Einstellung zum Kriege, wie er durch die Atomwaffen bedingt ist, - wir wollen sie atompazifistisch nennen - stellt sich allerdings auch die Vermittlungsaufgabe (denn auch die "Atompazifisten" wollen sich nicht aus der Verantwortung und Pflicht zum Handeln stehlen, wie es die Pazifisten mit ihrem absoluten Nein meinen tun zu können). Die Vermittlungsaufgabe stellt sich allerdings anders: Für die "Atompazifisten" gibt es als potentiellen Ausweg aus dem moralisch-politischen Dilemma des Atomkrieges nur die Entnuklearisierung der Waffen-potentiale und der Aufbau rein konventioneller Streitkräfte. So zum Beispiel der Vorschlag von E. Eppler und C.F. v. Weizsäcker, die beide eng der evangelischen Kirche verbunden sind. Zwischen der Skylla der von ihnen anerkannten Notwendigkeit einer Abwehr außenpolitischer Erpressung und der Char-ybdis des Wahnsinns atomarer Selbstvernichtung schlagen beide Modelle nationaler und europäischer, rein defensiver, nichtnuklearer Selbstverteidigung vor, wie sie von den Generalen Spannochi und Brossolet sowie dem Friedensforscher Afheldt entwickelt wurden und in Österreich gegenwärtig in die Tat umgesetzt werden. Diese Modelle haben zur Grundlage die Bildung eines Netzes autonomer, nicht atomar ausgerüsteter Techno-Kommandos, die dem potentiellen Angreifer derart großen Schaden zufügen können, daß dessen Vormarsch gestoppt oder zumindest stark abgeschwächt, wenn nicht sogar durch den erwartbaren und androhten Widerstand überhaupt abgeschreckt wird. "Ein starker Einwand gegen diese

Verteidigungsform kann nur aus der Sorge kommen, sie bedeute keine zuverlässige Abschreckung, da sie ja militärisch, wenngleich unter erheblichen Opfern des Gegners, überwältigt werden könne. In der Tat würden wir diese Verteidigung nicht vorschlagen, wenn wir nicht die Meinung ... teilten, daß dasselbe auch von der heutigen Nato-Verteidigung gilt ... So bleibt mit Einschränkung von der Vermutung, diese Abschreckung sei weniger glaubwürdig als die heutige, nur der ... Gedanke übrig, gerade der Wahnsinn einer Verteidigungsbereitschaft, welche die völlige Zerstörung des eigenen Landes riskiert, schrecke einen an sich überlegenen Gegner ab, der an der unzerstörten Wirtschaftskapazität Westeuropas interessiert ist. Hier stehen zwei Prinzipien gegeneinander: Drohung mit Selbstmord oder Drohung mit rationalem Verhalten. Die erstere Drohung kann die eindrucksvollere sein. Die Haltung dieses Buches freilich ist, daß solche irrationalen Positionen nicht unbegrenzt durchzuhalten sind. Wir werden eines Tages gezwungen sein, die Drohung einzulösen oder sie als Bluff entlarven zu lassen. Nach meiner Meinung ist demgegenüber auch die rationale Drohung stark genug. Wer das nicht glaubt, sollte einen politisch gangbaren Weg zu einer stärkeren rationalen Drohung mit ebenso guter Garantie des Überlebens suchen. Ein solcher Weg mag möglich sein. Er wird gewiß nicht gefunden werden, solange man sich über den Grad unserer gegenwärtigen Sicherheit täuscht. Wer Täuschungen hierüber öffentlich verbreitet oder deckt, mag in bester Absicht handeln; objektiv gefährdet er unsere Zukunft." (v. Weizsäcker, 1981, III, S. 234/5; vgl. auch: Eppler, 1981, S. 212 ff.; vgl. auch: Spaemann/Böckenförde, in: Böckenförde, 1973, S. 123 ff.)

Wir haben hier an einem Beispiel aus der internationalen Politik das Grundprinzip des hier zu entwickelnden Topikakatalogs einer außenpolitischen Moral (nämlich das anhand der Auseinandersetzung der Christen mit der Welt gewonnene, aber nichtsdestotrotz universelle Prinzip der Vermittlung von Sein und Sollen) durchgespielt, um es auf seine Praktikabilität hin zu erproben. Wir haben gesehen, daß das Prin-

zip handlungsgerecht das Problemfeld eingrenzte, indem bestimmte Positionen von vornherein ausgeschlossen wurden, ohne dadurch undemokratisch, totalitär oder monistisch eine Position als die alleinig wahre herausstellen zu wollen oder zu können. Das topische Verfahren enthebt aber nicht von der notwendigen Pflicht zu einer wertorientierten Grundentscheidung und Grundorientierung. Hier wird davon ausgegangen, daß Außenpolitik letztendlich immer auf das Ziel des Friedens ausgerichtet sein soll. Das Ziel ist nur transzendental (was die Bedingung der Möglichkeit von Menschsein überhaupt angeht) oder transzendent-religiös begründbar.

Daß dieser Akt notwendiger Zielsetzung nicht wieder zu einem realitätsfernen Moralismus führen muß, soll anhand folgenden Gedankenganges nachgewiesen werden. Mit dem Ziel ist nämlich noch nichts über die Mittel zur Erreichung des Zieles (selbst Friedensziele können unter Umständen auch mit den Mitteln der Gewalt erkämpft werden müssen) sowie auch noch nichts über die Art der gewünschten (inter-)nationalen Gesellschaft gesagt-ob sie nun starknormiert oder anarchisch gestaltet sein soll. Hier bleibt eine breite Marge von Möglichkeiten und Freiheiten offen, die auch der individuellen Entscheidung vorbehalten bleiben sollen und müssen, was insbesondere angesichts der übergroßen Pluralität von Meinungen, Positionen und Standpunkten in der internationalen Gesellschaft angebracht ist.

Denn - das ist eine der hier gemachten Prämissen (siehe Einleitung) - aller wissenschaftstheoretischen und wissenschaftsgeschichtlichen Wahrscheinlichkeit nach ist die Struktur von Realität nicht monistisch oder dualistisch oder sonstwie simplizistisch, sondern plural und komplex. Das muß auch und gerade in einer außenpolitischen Moral berücksichtigt werden, indem außenpolitisch-moralisches Handeln von der Akzeptanz und Einkalkulation einer Vielzahl sich überlagernder, überschneidender und widerstreitender Interessen, Strömungen, Sichtweisen, Handlungsmöglichkeiten und Handlungszwängen gekennzeichnet ist, zwischen denen es vermittelnd - abwägend den Weg der praktischen Politik zu bahnen gilt, um das gesetzte Ziel derart indirekt und vermittelt zu erreichen - gemäß dem hier zugrunde gelegten, praktischen Grundsatz, daß Moral die Realitätsstrukturen

nicht vollkommen kontrafaktisch ignorieren darf, sich vielmehr mit ihnen vermitteln muß, will sie nicht scheitern oder totalitär repressiv werden (was einen stetigen Prozeß der Änderung von Strukturen natürlich nicht ausschließt).

Die Ausrichtung des Sollens auf die Struktur von Realität, von Sein aus praktisch-pragmatischen Gründen erweist sich damit selbst schon als ein Grundelement der hier zu entwickelnden Moral. Das topische Verfahren der Vermittlung, das das topische Verfahren orientierende Element des Topikataloges, die Vermittlung von Sein und Sollen also, wodurch ja gerade die Realität in die moralische Reflexion einbezogen wird, sowie das in engem Zusammenhang damit stehende topische Verfahren der Problemeingrenzung, der Vermeidung des ethiktheoretischen regressus ad infinitum und der Berücksichtigung der Komplexität und Pluralität von Realität stellt damit ein wesentliches Moment der außenpolitischen Moral dar, die hier entwickelt werden soll. (Verfahren ist also hier mehr als nur Verfahren, es ist schon Teilinhalt von Moral selbst.)

Das transzendental oder transzendent begründete Ziel der Moral wird daher "normalerweise" nicht dominant sein, da das moralische Handeln im wesentlichen vermitteln muß innerhalb der pluralen Struktur von Realität sowie zwischen dieser und dem Ziel andererseits. Denn das Ziel ist nur erreichbar, wenn es mit der Realität vermittelt wird. Zudem kann bei Vorhandensein einer pluralen Realität von einem nomos ausgegangen werden, dem in gewissem Maße schon ein Ethos inhärent ist, an das angeknüpft werden kann und muß. Damit wird das Ziel in die Realität eingebettet. Seine transzendente oder transzendentale Begründung wird latent. Diese wird erst dann wieder manifest, wenn in einer zwar unwahrscheinlichen, aber immerhin doch möglichen, totalitären, nicht mehr pluralen Situation Vermittlung als topisches und moralisches Verfahren nicht mehr möglich ist. Dann kann nicht mehr verfahrensmäßig-topisch-vermittelnd entschieden werden, dann rekurriert das Verfahren vielmehr

auf die ihm vorgelagerte zielmäßige Grundentscheidung, die dann nur noch von einem Fixpunkt außerhalb der (totalitären) Realität, also transzendent oder transzendental, begründet werden kann.

Entsprechend dem hier vertretenen Prinzip der Pluralität und Komplexität von Realität wurde anfangs in der Einleitung bereits das untersuchungs- und moraliskonzeptleitende vierpolige Begriffsschema entwickelt. Und auch die nach diesem Schema dargestellten politisch-philosophischen Positionen geben in ihrer Gesamtheit ein plurales Bild der Realität, das allerdings bei jeder einzelnen verkürzt wird auf nur ein verabsolutiertes Element - sei es nun die autarke polis oder die Gewalt oder die Entwicklung oder die schiere Dezision. Aber selbst noch in diesen extremen und vereinsseitigenden außenpolitischen Philosophien werden jeweils Realitätspartikel erfaßt, wenn auch wie unter der Lupe ins Überdimensionale vergrößert, Realitätspartikel, die es, als Teil der pluralen Realität relativiert und vermittelt, mit anderen, partikularen Positionen in einer Moral zu berücksichtigen und einzukalkulieren, allerdings nicht unbedingt zu befürworten gilt. So ist zum Beispiel das in der Aristotelischen Tradition betonte Moment der national oder sonstwie geschlossenen Lebensgemeinschaft ja nicht schlichtweg wirklichkeitsfremd, das Nationale stellt vielmehr ein bedeutendes Moment der gegenwärtigen internationalen Politik dar, aber nicht als autarke Monade, sondern in Formen von mehr oder weniger enger Kooperation untereinander oder mehr oder weniger starkem Konflikt mit anderen Nationen, in Formen auch der wechselseitigen Öffnung und Durchdringung.

3.3.3 Der "Realismus"

Das topische und moralische Problemlösungsmuster der Vermittlung soll nun weiter ausdifferenziert werden auf die internationale Politik hin, indem eine altbekannte Theorie dieses Gegenstandsbereiches, nämlich der sogenannte Realismus, herangezogen wird, der gerade unter Bezug auf die protestantische Sozialphilosophie sowie unter Bezug auf die tragische Spanne und

Notwendigkeit der Vermittlung zwischen dem Sein und dem Sollen die daraus resultierenden Problemlagen für die internationale Politik thematisiert. Dabei sei zur Vermeidung von Mißverständnissen hier anfangs direkt darauf verwiesen, daß entsprechend dem hier entwickelten Programm der "Realismus" nicht als eine wissenschaftliche Theorie betrachtet wird, sondern als eine moralphilosophische Position, die bei der weiteren Ausfüllung und Konkretisierung des hier intendierten Topikkataloges dienlich ist. Gemäß dem oben dargelegten szientifischen Wissenschaftsverständnis wird das Wissenschaftsverständnis des "Realismus" abgelehnt, da es als Basis wissenschaftlichen Forschens von empirisch nicht ausgewiesenen, anthropologischen Grundkonstanten (Der Mensch ist machtorientiert, vgl. Kindermann, 1977, S. 60) oder von nicht falsifizierbaren Wesensaussagen (Alle Politik ist Kampf um Macht, vgl. Morgenthau, 1963, S. 69) ausgeht. Was den Realismus für ein szientifisches Wissenschaftsverständnis fraglich macht, macht ihn vielleicht um so brauchbarer für die Entwicklung eines außenpolitischen Topikkataloges, für die hier geforderte "provisorische" Moral, denn in ihm werden Prinzipien für Problemlösungsmuster tradiert, die - unter Rückgriff auf die Jahrhunderte schon andauernde Diskussion in den christlichen Kirchen - durch Geschichte und diplomatische Erfahrungen quasi gesättigt und durch die Bewährung im trial-and-error-Verfahren der Geschichte legitimiert sind. Um das Gesagte auf eine alteuropäische Formel zu bringen: Der Realismus beinhaltet Weisheit - im Sinne eines ungefähren, an Erfahrung orientierten Wissensschatzes für ein Handeln in einer unsicheren Umwelt, er beinhaltet aber nicht unbedingt Wahrheit - im Sinne eines systematisch gewonnenen und durch intersubjektive Kontrolle gesicherten, wenn auch immer hypothetischen, empirischen Wissens, wie es das szientifische Verfahren liefert.

Hans J. Morgenthau, der neben dem amerikanischen "Urvater" des Realismus, dem evangelischen Theologen R. Niebuhr (vgl. Dougherty-Pfaltzgraff, 1971, S. 68 ff.; vgl. auch Niebuhr, 1947) bedeutendste wissenschaftliche Repräsentant dieser Theorie, versucht, die "realistische" Einstellung

zur Außen- und internationalen Politik in folgenden Grundsätzen zu umreißen (vgl. Morgenthau, 1963, S. 49 ff.). Er geht dabei implizit von der hier schon entwickelten Unterscheidung zwischen dem Reich des Diesseits und dem Reich des Jenseits aus und kommt von daher zur Ablehnung idealistischer Positionen, die sich im falschen Vertrauen auf die Güte des Menschen, an die man erfolgreich appellieren zu können meine, und unter Negierung dessen Erbsündenverfallenheit fortschrittsoptimistisch übertriebene Illusionen über die Möglichkeit zur Schaffung einer auch international organisierten und dadurch befriedeten Gesellschaft machen, zum Beispiel falsche Vorstellung über die Stabilität internationaler Organisationen oder über die Effizienz internationaler Schiedsgerichtsbarkeit. Aber weder der Völkerbund noch sonstige völkerrechtliche Legalismen hätten - so Morgenthau - Kriege verhindert, sie hätten eher zum unvorsichtigen Verhalten gegenüber den Gefahren internationaler Politik verleitet.

Stattdessen hält es Morgenthau für angemessener, zur vernünftigen Erklärung und Vorausschau internationalen Verhaltens idealtypisch oder wesensgemäß (was von beiden, bleibt bei ihm offen) ein Interpretationsraster zu unterlegen, das die im Diesseits herrschenden Tatsachen nicht verdrängt, sondern aufgreift und realistisch einkalkuliert, wenn auch nicht befürwortet oder gar glorifiziert! Das irdische Reich der Welt ist nicht das Paradies, es ist auch bestimmt vom Normwidrigen oder zumindest vom partikularen, nicht auf das Gemeinwohl Ausgerichteten. Denn dem Menschen steht es, da er frei ist, offen, diese Freiheit auch zu mißbrauchen, genauso wie er sie zum Guten verwenden kann. (Vgl. Niebuhr, 1960, S. 300 ff.) Auch der Hinweis auf die doch hier und da aufzeigbare Güte des Menschen ändert nichts an der stets gegebenen Möglichkeit des Gegenteils, mit dem der verantwortliche Politiker rechnen und dem er vorbeugen muß. (Mit der Kategorie der Möglichkeit sieht man, daß es sich hier nicht um eine empirisch-wissenschaftliche Aussage szientifischen Charakters handeln kann, sondern nur um eine

politisch-philosophische.)

Das Partikular-Nicht-Gemeinwohlorientierte manifestiert sich im Bereich des Politischen in Form des Interesses; mit dieser Kategorie, die - wie aufgezeigt - politisch-philosophisch abgeleitet ist, wird "für die Beobachter der Politik eine vernunftgemäße Ordnung eingeführt und theoretische Einsicht ermöglicht, denn die Realisten nehmen an, daß Staatsmänner nur im Sinne eines als Macht verstandenen Interesse denken und handeln" (Chen, u.a., 1975, S. 37). Diese Annahme hat sich zudem für ein erfolgreiches Handeln in der internationalen Politik als fruchtbar erwiesen, denn die stete Konkurrenz zwischen den individuell je nach ihrem Interesse agierenden Nationalstaaten erlaubt - mangels einer überstaatlichen, sanktionsfähigen Rechtsetzungsinstantz - kaum, will man nicht untergehen, ein Verhalten, das sich an den Prinzipien dieser interessengeleiteten Konkurrenz hält: Selbstbehauptung ist der Grundimperativ des sogenannten Nationalinteresses - es sei denn, man wird Heiliger oder Märtyrer. Aber ein national verantwortlicher Politiker kann nicht die, für die er verantwortlich ist, und das ist die Bevölkerung eines Nationalstaates, opfern, um selbst moralisch rein und frei vom Interessenkampf bleiben zu können. Moral auf Kosten der anderen ist keine Moral mehr.

Die Realisten wollen nicht die Interessen und den Interessenkampf eliminieren oder auch nur perhorreszieren, das wäre nur in einem totalitären System möglich; sie erachten Interessen und deren Durchsetzung vielmehr als legitim, soweit sie im Rahmen der gemeinsam festgelegten Regeln verbleiben, die jedem die Vertretung dieser seiner Interessen sowie den Ausgleich und die Vermittlung zwischen ihnen durch Kompromiß ermöglichen. Innerstaatlich geschieht das optimaliter durch ein kompliziertes System der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung, international durch ein System des Gleichgewichts der Kräfte sowie zusätzlich durch eine von allen anerkannte Legitimität der internationalen Ordnung, die das Gleichgewicht erst stabil macht, wie sie zum Beispiel der Realist Kissinger in seiner Zeit als amerikanischer

Außenminister in einer weltweit pentagonalen, antagonistischen Kooperation der USA, der UdSSR, Japans, Europas und Chinas zu erreichen gedachte (vgl. Kissinger, 1959, S. 272 f; ders., 1962, S. 7/8).

Dadurch wird innerstaatlich und international die Dominanz eines Interesses verhindert. Voraussetzung ist natürlich, daß sich alle in Begrenzung der eigenen Interessen an die gemeinsamen Regeln halten, daß es also keine revolutionäre Macht gibt, wie zum Beispiel die Sowjetunion in ihrer Anfangszeit, als sie noch nicht zum Stalinschen Konzept des "Sozialismus in einem Lande" übergegangen war. Das Prinzip der Begrenzung der Interessen machte Morgenthau konsequenterweise zu einem scharfen Kritiker der amerikanischen Intervention in Vietnam. Der hinterasiatische Raum gehöre nicht, im Gegensatz zu Europa, zur wesentlichen Interessenssphäre der USA, der Krieg dort bedeute daher eine imperiale und überflüssige Entgrenzung der amerikanischen Macht, die ihr langfristig selbst nur schaden könne. Das Vietnam nicht zu den essentials der USA gehöre, bewies dann Kissinger durch den Rückzug der Vereinigten Staaten, der ohne große außenpolitische Konsequenzen für die internationale Machtposition der USA erfolgte, eher vielleicht sogar im Gegenteil diese stärkte, denkt man nur an die durch den Rückzug ermöglichte Aufnahme der Beziehungen zur Volksrepublik China.

Morgenthau definiert den Begriff des Interesses im Sinne von Macht, die als das universelle Charakteristikum des Politischen, das es von anderen Lebensbereichen unterscheidet, verstanden wird. Der Politiker an der Spitze eines Nationalstaates ist demnach, das wird hier als Erklärungsmuster zugrunde gelegt, zumindest zur Selbstbehauptung interessiert an der Sicherung, wenn nicht gar Ausweitung seiner Macht als der Fähigkeit, seinen Willen auch gegenüber anderen Machtstrebungen durchsetzen zu können (so schon die Definition von Max Weber). Vor diesem Hintergrund werden dann auch ideologische Verbrämungen politischer Motive und Ziele (Politik als Streben nach dem Guten, oder:

zur Ausbreitung des Sozialismus bzw. der Demokratie usw.) als ideologisch aufgedeckt und entlarvt als bloße Verschleierung des eigentlich hinter ihnen stehenden Strebens nach Macht. Dieses wird zwar als universell angenommen, jedoch erscheint es in je verschiedener Form, je nach den umgebenden, politischen und kulturellen Gegebenheiten.

(Vgl. auch Weizsäcker, 1980, VII, S. 253 ff.)

Die Notwendigkeit zur Selbstbehauptung mittels Macht als dem grundlegendsten Nationalinteresse ergibt sich unter anderem aus der dezentralen Struktur des internationalen Systems, dem die koordinierende Weltregierung fehlt, wohl auch je fehlen wird - allein wegen der kommunikatorischen Probleme der Lenkung und Kontrolle der Weltgesellschaft von einer Instanz aus bis in die letzten Winkel der Erde, allein auch deshalb, weil eine solche Instanz wohl auch nicht erwünscht wäre wegen der notwendigerweise bei ihr sich vereinigenden Machtfülle. Die damit unausweichliche "situation hobbesienne" (Aron, 1962) in den internationalen Beziehungen bedingt ein Verhalten, das mit der Möglichkeit einer Aggression seitens eines anderen Nationalstaates stets zu rechnen gezwungen ist - und dagegen sich militärisch wappnen muß. Internationale Konflikte und Kriege sind demnach in realistischer Sicht vorrangig durch die Konkurrenzstruktur des internationalen Systems verursacht - und nicht, wie die Idealisten annahmen und annehmen (zum Beispiel Czempel, 1976, S. 6 ff.) durch die sozioökonomische Struktur der Nationalstaaten und des internationalen Systems. Konflikte und Kriege sind daher auch nicht primär legalistisch durch Verträge oder durch funktionale wirtschaftliche Verflechtung einzudämmen und zu beheben oder gar zu beseitigen, solange nicht das internationale System als Konkurrenzsystem überwunden wird.

Wenn auch die Ergebnisse der quantitativ-empirischen Forschungen in der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen bisher noch recht gering sind - zumindest, was solche Ergebnisse angeht, auf denen Handlungsanweisungen

positiv aufgebaut werden können - so erscheinen doch die genannten zentralen realistischen Annahmen aus quantitativ-empirischer Sicht dadurch zumindest plausibel, daß die idealistischen Annahmen statistisch-quantitativ-empirisch widerlegt werden konnten: Weder internationale wirtschaftliche Organisationen noch Verträge noch bestimmte Gesellschaftsstrukturen können Kriege verhindern, das ergaben Korrelationsberechnungen zwischen entsprechenden Variablen. (Vgl. Russett, 1967, S. 196 ff.; Singer, Wallace, 1970, S. 520 ff.; vgl. Singer, Small, 1974, S. 271 ff.; siehe auch Weede, 1971, S. 327 ff.) Die oben angedeutete und erhoffte Konvergenz von topischen und quantitativ-empirischen Verfahren bestätigt sich hier ansatzweise; sie muß sich derart bewähren, daß die Aussagen beider Verfahren einander zumindest nicht widersprechen.

Es könnte nun der Eindruck entstanden sein, als wäre der Realismus eine bloß zynische Glorifizierung der Macht und des Kampfes als Fakten der irdischen Welt, wie sie nun mal sei. Nichts liegt dem ferner. Im Gegenteil: Der Realismus ist sich der Notwendigkeit der Vermittlung der beiden Reiche von Sein und Sollen, er ist sich - so Morgenthau - "der sittlichen Bedeutung politischen Handelns bewußt. Ebenso kennt er den unvermeidlichen Gegensatz zwischen sittlichem Gebot und dem Erfordernis erfolgreichen politischen Handelns. Er ist nicht bereit, diesen Gegensatz zu übergehen und zu verwischen und so das moralische wie das politische Problem zu verdunkeln, indem der Anschein erweckt wird, als ob die ungeschminkten Tatsachen der Politik moralisch befriedigender und andererseits die Sittengesetze weniger streng wären, als sie wirklich sind." (Morgenthau, 1963, S. 55) In diesem schon bekannten Dilemma plädiert der Realist einerseits für die Unmöglichkeit einer einfachen Übertragung individueller Moralprinzipien auf staatliches Handeln, andererseits aber für eine "Staatsmoral", die die Begrenztheit der eigenen Ziele und Interessen und damit die Legitimität der Ziele und Interessen der anderen

Staaten, soweit sie ebenfalls begrenzt sind, anerkennt. Nationalismus und Imperialismus sind also politisch-moralisch nicht zu rechtfertigen. Dabei ist das außenpolitische Interesse jeden Nationalstaats (kurz: das Nationalinteresse) zu berücksichtigen, soweit es sich selbst als Teil der gemeinsamen Gleichgewichts- und Legitimitätsordnung beschränkt, und zwar unabhängig von der innen- und gesellschaftspolitischen Ordnung des jeweiligen Staates, die - ganz im Gegensatz zum Idealismus sowohl eines Wilson als auch eines Carter - als irrelevant für das außenpolitische Verhalten von Staaten erachtet wird. Im Verfolg dieser Staatenmoral gelten verantwortungsethische, nicht gesinnungsethische Prinzipien: "Der Realismus betrachtet ... Klugheit - das Abwägen der Folgen alternativer politischer Handlungen - daher als die höchste Tugend der Politik. Abstrakte Ethik beurteilt Handlungen nach ihrer Übereinstimmung mit dem Sittengesetz; politische Ethik beurteilt Handlungen nach ihren politischen Folgen." (Morgenthau, 1963, S. 56) Eine puristische Moral der eigenen Unbeflecktheit vom Macht- und Interessenkampf würde nur das Gegenteil vom Intendierten bewirken. So brachte zum Beispiel die moralisch unbezweifelbar integre Menschenrechtspolitik von Präsident Carter nur eine Abkühlung der Entspannung zwischen Ost und West, mit sicherlich nicht beabsichtigten Gefahren für den labilen Weltfrieden und mit der Folge einer Verhärtung der innenpolitischen Position der Eliten im Ostblock gegenüber denen, denen Carter gerade helfen wollte. Ein Paktieren mit dem Teufel ist zuweilen notwendig, um die Hölle zu humanisieren.

Versuchen wir nun mit dem Ziel zu resümieren, weitere topische Problemlösungsmuster herauszuarbeiten: Als erstes wesentliches oder genauer: grundlegendes Problemlösungsmuster entwickelten wir - aufgrund einer anthropologischen Analyse der Problematik moralischen Handelns in dieser Welt - das der unumgehbaren Vermittlung zwischen Sein und Sollen, zwischen Norm und Realität. Eine direkte Umsetzung

der Norm erweist sich strukturbedingt als unmöglich, da ja gerade die soziale Realität bestimmt ist von einer Vielzahl von Interessen und Machtbeziehungen, die nur unter Inkaufnahme totalitärer und terroristischer Gewaltanwendung unterdrückt werden könnte - und das wahrscheinlich nicht lange. Da die jeweilig verschiedenen Interessen als solche gegeben sind und als solche immer auch schon ein gewisses Maß an Legitimität beanspruchen können - soweit sie die anderen Interessen in ihrem Eigenrecht anerkennen, verbleiben als Problemlösungsmuster im Falle von Konflikten folgende Verfahrensschritte:

1. Eine klare, historisch orientierte Interessenanalyse, eine Interessenabgrenzung, eine daraus folgende Darlegung der Interessenkonstellation (vgl. Bergstraesser, 1965) und schließlich daraus resultierend: eine Ideologiekritik der im Interessenkampf verwandten verbalen Verschleierungen.
2. Der Kompromiß und der Ausgleich zwischen den konkurrierenden Interessen im Rahmen einer allseits als legitim anerkannten Minimalordnung.
3. Gemeinsame (außen-)politische Aktionen aufgrund gemeinsamer Interessen. (Unter Interesse wird im Folgenden sowohl das objektive Minimalinteresse der Selbsterhaltung als auch - dem nicht widersprechend - das subjektive, perzeptionelle, situationsspezifische Interesse verstanden. Interesse wird als "zielbezogene Willensgerichtetheit" definiert.)(Kindermann, 1977, S. 54)

Mit diesen allgemeinen Problemlösungsmustern ist - gemäß dem topischen Verfahren - eine formale Methode bereitgestellt, mit der - in sich stringent und ohne Widersprüche in der Argumentation - ein Problem angegangen und einer Lösung nähergeführt werden kann, ohne daß behauptet wird, die Lösung überhaupt gefunden zu haben. Problemgebundenheit und Problemcharakter der Lösung sollen nicht geleugnet werden, ebenso nicht deren Partikularität. Wie die nach dieser formalen, in sich stringenten Methode gewonnenen Lösungen inhaltlich konkret aussehen und inwieweit sie Geltung zu beanspruchen vermögen, kann nicht apriorisch

entschieden werden: Das verbleibt im Bereich des wahrscheinlichen, nicht Gewißheit beanspruchenden und an die jeweilige Situation gebundenen Urteils und Vorurteils der vom Problem Betroffenen. Es soll hier also nicht - das sei noch einmal betont - der Eindruck suggeriert werden, als könnte man mit der topischen Methode nur eine Lösung, und zwar die richtige, finden. Die Topik ist antidogmatisch.

Der hier dargelegte formale Topikkatalog von Problemlösungsmustern bedarf in der konkreten Praxis nicht einer derart umfassenden Begründung, wie sie hier erfolgt ist. Damit wäre ja auch sein Sinn und Zweck verfehlt, nämlich kurzfristig handhabbare, nicht überreflexive Handlungsanweisungen, Formeln zur Verfügung zu stellen. Vielmehr entspricht er, da auf einer anthropologischen Analyse beruhend, weitgehend der Struktur politischen Handelns, wie es normalerweise zumeist unreflektiert praktiziert wird. Das hier Explizierte stellt also nicht mehr als ein Bewußtmachen des "normalerweise" Praktizierten dar, was den Topikkatalog nicht abwerten soll, denn Moral wird erst eigentlich bedeutend in "anormalen" Situationen und Daseinslagen.

Mit diesen Problemlösungsmustern gelingt es - darauf sei noch hingewiesen -, die anfangs begrifflich aufgezeigten vier zu bewältigenden, polaren Aspekte eines Moralsystems (das Normative, Anarchische, das Assoziative und Dissoziative) sowie die dem entsprechenden, berücksichtigenswerten, extremen (außen-)politisch-philosophischen Positionen - ihres Absolutheitscharakters entkleidet und jeweilig partikulär - in ein einheitliches Konzept außenpolitischen Handelns als "gemischte" Begriffe und Positionen zu integrieren: Das "Anarchisch-Ordnungslose" kommt in der nationalstaatlichen Dezentralisation der internationalen Beziehungen ohne zentrale Koordinationsinstanz und der daraus folgenden Machtkonkurrenz der nationalstaatlichen Interessen zum Ausdruck, die allerdings - das ist das normative Element - sich im Rahmen eines im Interesse aller liegenden internationalen Regelsystems selbst begrenzen müssen.

Dieses internationale Regelsystem (zur klassischen Zeit des "Konzerts der Mächte" im 17. und 18. Jahrhundert noch tief in einer gemeinsamen, kulturellen, abendländischen Basis des miteinander verwandten europäischen Hochadels verwurzelt) manifestiert sich heutzutage nur noch in den aus Gleichgewichtsmechanismen resultierenden Verhaltensweisen, in gewissen Minimalstandards einer internationalen Moral (zum Beispiel Regeln zum Umgang mit Kriegsgefangenen), im Völkerrecht sowie in den von der Diplomatie entwickelten Konventionen. Der Nationalstaat bleibt aber, trotz aller internationaler oder gar supranationaler, eher rudimentärer Entwicklungen, in der Sicht der "Realisten" die primäre Aktionseinheit der internationalen Politik, da sie im wesentlichen die einzige Instanz mit Sanktionspotential ist. Das kann zwar durch sozioökonomische Verflechtungsprozesse zwischen den Staaten gemildert, nicht aber prinzipiell aufgehoben werden. Kommt es "hart" auf "hart", zählt in der internationalen Politik nur noch die nationalstaatliche Macht, so wie Geld nur solange etwas wert ist, wie es dem stets möglichen Realitätstest seiner Einlösbarkeit in reale Werte standhält und sich als glaubwürdig und "gedeckt" bewährt. In solchen außernormalen Situationen gewinnt der Machtaspekt und das mit ihm verbundene Moment der tendentiellen internationalen Anarchie Dominanz, während in normalen Situationen (den meisten überhaupt) aber normative Regelungsmechanismen und Verhaltenserwartungen im internationalen Bereich durchaus stabil und verlässlich sind.

Aus diesem Bild einer internationalen Ordnung (der meist gegebenen Dominanz des Normativen bei stets vorhandener Latenz des tendentiell Anarchischen) ergibt sich auch die "realistische" Einstellung zu den Mitteln von Assoziation und Dissoziation: In einem labil gewordenen Gleichgewichtssystem ist demnach zum Beispiel zu dessen Restabilisierung die Dissoziation der schwächeren Staaten vom stärksten oder stärkeren und ihre Assoziation untereinander notwendig. Oder wie es Kissinger zu praktizieren versuchte: Die

sich wechselseitig ausbalancierende Gleichzeitigkeit von Assoziation und Dissoziation der Staaten untereinander im pentagonalen Gleichgewicht der USA, der UdSSR, von Japan, von China und von Westeuropa.

Die oft gegenüber dem Realismus vorgebrachte Kritik, er verabsolutiere den Nationalstaat und könne die diesen transzendierenden, transnationalen Verflechtungsprozesse nicht adäquat erfassen, übersieht, daß auch von einer ganz anderen wissenschaftlichen Position her (nämlich der empirisch-quantitativen) zum Beispiel K.W. Deutsch zur Prognose einer wahrscheinlich noch auf absehbare Zeit weiterbestehenden Persistenz und funktionalen Unentbehrlichkeit der Nationalstaaten kommt (Deutsch, 1972, S. 173). Zudem wird dieser Einwand in der Ausdifferenzierung und Erweiterung des realistischen Ansatzes im sogenannten Neo-Realismus von G.K. Kindermann eigens berücksichtigt, indem zum Beispiel neben Interesse und Macht als weitere, daraus abzuleitende analytische Grundkategorien die interdependenten Begriffspaare: Kooperation und Konflikt sowie System und Entscheidung eingeführt und auf die entsprechenden Integrations- und Systemtheorien als methodischen Hilfsmitteln verwiesen wird, die allerdings nicht verabsolutiert werden dürften (Kindermann, 1977, S. 43).

4. Kasuistik, Fall I: Der "Realismus" George F. Kennans

Zum Zwecke einer weiteren Veranschaulichung und Konkretisierung des Topikkataloges soll nun im Folgenden die "realistische" Position anhand der Lebensschilderung und Reflexion eines ehemaligen aktiven Diplomaten und jetzigen Wissenschaftlers, nämlich George F. Kennans, dargestellt werden. Dem Rußlandexperten Kennan, Leiter der Politischen Planungsabteilung und Unterstaatssekretär im US-State Departement (1947 bis 1950), Urheber der amerikanischen Eindämmungsstrategie gegenüber der expandierenden Sowjetunion am Ende der 40er Jahre, Botschafter der USA in Moskau (1952) und Belgrad (1961) sowie Schöpfer so mancher origineller Pläne für eine Neugestaltung der Verhältnisse,

insbesondere in Europa, wird von uns deshalb privilegiert Beachtung geschenkt, weil er erstens die notwendige Praxisnähe besitzt, um auf der Basis des bisher schon entwickelten Topikkataloges diesen weiter operationalisieren zu können (vgl. hierzu: Velbinger, 1977; Hindle, 1970; Kallina, 1970), weil er zweitens einen vor allem in seinen praktischen Konsequenzen von anderen realistischen Positionen abweichenden Realismus vertritt, der vielleicht das Vorurteil mit zu beseitigen helfen mag, als wäre der Realismus nur status quo orientiert. Immerhin zählt man Egon Bahr und Willy Brandt auch zu Vertretern des Realismus (Braunmühl, 1973, S. 55 ff.; vgl. auch: Schmid, 1975). Drittens wollen wir uns Kennan deshalb intensiv widmen, weil er sich gegenwärtig noch aktiv und kontrovers in die außenpolitische Debatte Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika einschaltet, insbesondere, was sein Spezialgebiet betrifft, nämlich die amerikanisch-russischen Beziehungen. Damit wird der hier entwickelte Topikkatalog auch wiederum direkt bedeutend für die in der Einleitung skizzierte Diskussion um Aufrüstung, Nuklearbewaffnung und Entspannungspolitik.

4.1 Kennans politische Philosophie und Methode

4.1.1 Die verstehende Methode

Kennans konkrete Politik wird nur verständlich auf dem Hintergrund seiner politischen Philosophie: Ein grundlegendes Prinzip seines "Realismus", nämlich die Einsicht in die Relativität und Partikularität des eigenen Standpunktes und des eigenen nationalen Interesses, kommt in allen Werken und tagesaktuellen Äußerungen darin zum Ausdruck, daß er andere Völker und Nationen, fremde Kulturen verstehend zu erleben und zu erfahren versucht, um aus diesem ursprünglichen, hermeneutischen Verstehen zur Analyse zu kommen. Er betont immer wieder die Notwendigkeit eines starken "Einfühlungsvermögens" und einer nahezu intuitiv-mystischen "Vorstellungskraft" (Kennan, 1965, S. 67) bei der Betrachtung fremder Nationen, besonders

(Sowjet-)Rußlands, das dem amerikanischen "way of life and thinking" recht unverwandt sei. Denn: "Das Hineinversetzen in die russische Welt und ihre Wertmaßstäbe ist der amerikanischen Mentalität zu beunruhigend und deshalb zuwider." Dennoch: Es ist "nötig, 'Rußland zu verstehen'" (Kennan, 1971, S. 534). Die Fähigkeit Kennans, sozusagen 'in die russische Haut zu gehen', die Welt von dieser Perspektive sehen und Vorurteile seiner nationalen Herkunft abstreifen zu können, ist wohl ein Grund dafür, daß Kennan in seiner amerikanischen Heimat, im State Department in Washington, immer ein Fremdkörper war und mit seinen außenpolitischen Auffassungen dementsprechend isoliert "eine(n) kalten und ungemütlichen Berggipfel erklimmen hat, auf dem wenige vor ihm gestanden haben", ohne "amtliche oder öffentliche Anerkennung ... finden" zu können (ebd., S. 534). Kennan macht es im Gegenschlag Diplomaten zum Vorwurf, wenn sie "nie dort gewesen" seien (Kennan, 1952, S. 38), worüber sie entscheiden.

Zum Zweck des besseren Verständnisses des Fremden begibt sich Kennan daher oft unter das (russische, deutsche ...) Volk, in Landschaft und Natur, in die agrarischen Bezirke und Vorstädte, liest die nationaltypische Literatur, um so das einer Nation wesentliche Denken und Fühlen im engsten Kontakt mit ihr erfahren zu können. Er sucht Bekanntschaft mit dem Menschen, wie er, fern von der 'gros-sen Politik', im alltäglichen Einerlei lebt. Er "bewegt sich mit dem Strom" (Kennan, 1971, S. 501). Dieses In-einswerden, diese Sympathie mit jeder fremden Nation, in die er kommt, ermöglicht es Kennan, ihr je eigenes "Wesen", ihre "innere Dynamik", ihre "Seele" (ebd., S. 509 f.) innerlich zu erfahren, um daraus seine politischen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Kennan steht hier deutlich in der lebensphilosophischen deutschen Tradition der intuitiv-ganzheitlichen Wesensschau eines Spengler mit seiner Morphologie abgeschlosse-

ner, in sich ruhender und konsistenter Kulturseelen. Auf Kennan, der in Berlin studierte, hat, wie er bekennt, "Deutschland (im geistigen und schöngeistigen Bereich) ... einen tiefen Eindruck gemacht". (Ebd., S. 415) Die Methode des Verstehens mündet bei ihm allerdings zuweilen in einen Psychologismus, der die "Überschätzung der Wirtschaft und des Handels als Faktoren menschlicher Beziehungen 'beklagt' und der damit verbundenen Unterschätzung psychologischer ... Realitäten - von Furcht, Ehrgeiz, Unsicherheit, Eifersucht und vielleicht sogar Langeweile - als den tiefsten Beweggründen allen Geschehens" (Kennan, 1952, S. 16)-um so mehr betont.

4.1.2 Perspektivismus

Konsequent lehnt Kennan jegliche mechanistisch-äußerliche, objektivistische Betrachtungsweise anderer Nationen und der internationalen Politik ab (wie er sie zum Beispiel dem missionarisch antikommunistischen amerikanischen Außenminister Dulles vorwirft), eine Betrachtungsweise, die selbstbezogen, die eigenen nationalen Vorurteile nicht reflektierend, nach angeblich objektiven Kriterien, die aber in Wirklichkeit Ausfluß der eigenen nationalen Tradition und Kulturseele sind, andere Nationen zu beurteilen oder gar richten zu dürfen glaubt.

Kennan dagegen beachtet bei seinen Analysen der internationalen Welt immer die Relativität und Seinsgebundenheit des eigenen Beobachterstandortes, um diesen - ihn einkalkulierend - annäherungsweise zu überwinden, so im Durchgang durch die eigene Subjektivität zu einem unabhängigeren Urteil kommend. Das erfordert aber "ein Maß von intellektueller Bescheidenheit ..., eine Bereitschaft, uns selbst und unsere Institution zu relativieren (Kennan, ebd., S. 533).

Die notwendige Fähigkeit, sich in die Lage des Gegenparts verstehend hinversetzen zu können, wird (dieses Ergebnis der szientifischen Forschung sei eingeblendet)

eindringlich unterstrichen durch die Resultate von inhaltsanalytischen Dokumentenstudien, die die Situationsdefinitionen und Sichtweisen von Entscheidungsträgern im Verlauf von außenpolitischen Krisen zum Gegenstand haben. Sie zeigen eine angstbedingt zunehmende Verengung des Blickfeldes und der Wahrnehmungsfähigkeit für Aktionsalternativen auf Seiten der involvierten Entscheidungsträger, so daß, wie zum Beispiel beim analysierten Fall des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, wechselseitige Überreaktionen stets zu befürchten sind (vgl. O.R. Holsti, R.C. North, R.A. Brody, in: J.D. Singer, 1968, S. 123-158). Nur durch Sympathie à la Kennan, durch deeskalierende Verhaltensweisen sowie durch direkte Kommunikation zwischen den Beteiligten, wie sie Bundeskanzler Schmidt in der Krise nach der sowjetischen Afghanistan-Invasion zur Vermeidung tiefergehender Ost-West-Konfrontationen zu intensivieren trachtete, ist derartigen, sich spiralförmig hochschraubenden psychologischen Prozessen zu begegnen.

Der Perspektivismus, wie ihn Kennan vertritt, bedeutet jedoch nicht: Alles verstehen heißt alles verzeihen. Er führt nicht in Nihilismus oder Amoralismus. Für Kennan ist der Fixpunkt seiner Wertungen das Normsystem der "humanen und christlichen Tradition des Abendlandes (Kennan, 1954, S. 94).

4.1.3 Machtpolitischer Realismus

Dieses Normsystem darf jedoch - wie dargelegt - nach "realistischer" Lehrmeinung nur begrenzt und vermittelt im Geschäft der Außenpolitik angewandt werden. Hier herrscht primär das Gesetz der Macht und nur sekundär das der Moral. Es bedarf einer daher, so Kennan, "positiven Einstellung zu der Gültigkeit und Rechtmäßigkeit realer Machtverhältnisse und Machtstrebungen" (Kennan, 1952, S. 65). Man muß sie "als vorhandene und unabänderliche menschliche Kräfte, die weder gut noch böse sind, ... betrachten" (ebd., S. 65). Denn gerade die, die die macht-

politischen Gesetzmäßigkeiten aus moralischen Gründen meinen ignorieren zu können, mögen zwar den Himmel auf Erden wollen, sie bewirken aber oft nur die Hölle. Kennan mußte es in den 50er Jahren erleben: Außenminister Dulles mag vielleicht in dem Rigorismus seines Kampfes gegen den Kommunismus moralisch recht gehabt haben, praktischen Erfolg zeigte er aber dennoch oder gerade deshalb nicht. Die Russen gaben nicht nach, der erhoffte Zusammenbruch des Ostblocks blieb aus und die Welt wurde durch die Dullessche Politik des brinkmanship immer wieder in die Nähe eines neuen Weltkrieges getrieben. Das einzige, was erreicht wurde, war das Gegenteil des Angestrebten: In Angst vor dem Westen wurden die kommunistischen Eliten zusammengeschweißt. - Politik ist eben nicht gegen die machtpolitischen Realitäten möglich; nur im Aufgreifen und normbezogenen Ausrichten der in diesen liegenden Tendenzen ist Politik dem gewünschten Ziel größerer Moralität näher zu bringen. Der Einfluß Niebuhrs und des lutherischen Protestantismus ist auch hier unübersehbar: Die irdische Welt, die Politik ist das Kampffeld des schicksalhaft Bösen, das sich politisch im Widerstreit partikularer Interessen manifestiert, das (absolut) Gute ist nur in innerer Moralität und durch Gnade erreichbar. In der Politik geht es nur um das jeweils erreichbare, relative Gute. Das außenpolitische Handeln von Nationen ist daher nur vermittelt moralisch, primär aber politisch zu beurteilen, "als eine praktische Frage" (Kennan, 1971, S. 491).

Kriterium ist der Respekt vor der Existenz der anderen (Nationen) als einer Minimalnorm. Auch hier stellt sich also stets die Aufgabe der Vermittlung.

Die organisch im Geschichtsprozeß gewachsene Nation als der primären Einheit der Weltpolitik hat - so zeigt sich bei Kennan immer wieder - per se durch die ihr eigene, einen je besonderen Wert repräsentierende "Seele" und durch ihre historische Legitimität ein Recht auf Respektierung und Durchsetzung ihrer Interessen in der Weltpolitik, soweit sie ebenso das gleiche Recht anderer Nationen anerkennt.

Respekt bedeutet jedoch nicht allseitige Harmonie.

Daher sind dann auch die aus der natürlicherweise gegebenen Divergenz der nationalen Interessen resultierenden Konflikte, die bei Wahrung der jeweiligen nationalen Sicherheit und Unversehrtheit verfolgt werden, als legitim zu betrachten.

4.1.4 Historische Betrachtungsweise

Damit zeigt sich ein weiteres Charakteristikum der Kennan'schen Methode: Für ihn sind die Dinge dieser Welt nichts künstlich Gemachtes (oder sollten es nicht sein), sondern Gewordenes mit "historischer Tiefe" (Kennan, 1965, S. 13), das der Mensch und Politiker pflegen muß, "wie man einen Garten pflegt" (Kennan, 1952, S. 82). Den Dingen (Nationen, Völkern ...) wohnt ein historischer Sinn, eine Entwicklung inne, die der Politiker nachvollziehen und die er in die immanente Richtung der Entwicklung vorantreiben muß, der er auch eine Tendenz in die moralisch präferierte Richtung geben soll, der er sich aber - bei Gefahr eines Chaos - nicht widersetzen kann und darf. Nur "durch beständigen Druck ... läßt sich das Leben einer internationalen Gemeinschaft ... in bestimmte Bahnen leiten, wie sich der Baum ... nach einer bestimmten Richtung biegen (läßt)" (ebd., S. 69).

Diese organizitisch-historische Betrachtungsweise widerspricht vollkommen dem amerikanischen Pragmatismus, den - nach Kennan - ebenso Kissinger einer scharfen Kritik unterzog (Kissinger, 1969, S. 36 ff.).

Wie nahezu alle "Realisten" beurteilt Kennan das Gegenwärtige unter Einbezug seiner Vergangenheit, seines Werdens, das für das Gegenwärtige wesentlich sei. Aus diesem Grunde schrieb er auch mehrere Bücher über die Geschichte der russischen und amerikanischen Außenpolitik. Aus diesem Grunde zieht er ebenfalls in seine tagesaktuellen Stellungnahmen das Historische stets mit ein: So dämpfte und relativierte er zum Beispiel die Befürchtungen und Aufgeregtheiten um die sowjetische Überlegenheit, wie sie nach der Afghanistan Invasion der Sowjetunion ausbrachen, durch den historischen Hinweis, daß es "solch ein Übergewicht ...

schon sei dem Zweiten Weltkrieg gegeben" hat (vgl. Kennan, in: Die Zeit, 28.8.1981, S. 3, "Die Supermächte auf Kollisionskurs").

Die historische Perspektive ist nicht nur zu verstehen als bloße Akkumulation historischer Data und Fakten, sondern sie ist theoretisch eingebettet in eine Geschichtsphilosophie: In Kennans Sicht sind die Völker und Nationen schicksalhaft, tragisch, schuldig-unschuldig in einen in sich notwendig spannungsreichen, geheimnisvollen Geschichtsprozeß verwoben, dessen Gang vom Menschen nur teilweise erkannt und beeinflußt werden kann. In diesem metaphysischen Bereich mit "kosmischen Sinne" (Kennan, 1952, S. 62) waltet die "Logik der Geschichte", bei der "man so einsichtig sein (muß), zu erkennen, daß Gegenwart und Zukunft für uns ebenso ein Buch mit sieben Siegeln sind wie die Vergangenheit ..." (Kennan, 1954, S. 94/95). Hier herrschen "Kräfte jenseits unseres Begriffsvermögens", Kräfte, die aber "unsere Schritte lenken" werden (Kennan, 1971, S. 534). Hier herrscht der unerbittliche, jenseitige Gott Luthers, der unberechenbar und unerforschlich die Geschichte lenkt. Im irdischen Reich bleibt die Zukunft ungewiß. Planung ist daher nur beschränkt möglich. Politik kann demnach nur das vorsichtige, pragmatische Setzen des jeweils nächsten Schrittes sein, unter stetem Bedacht dessen Relativität und Vorbehaltlichkeit

Denn die eben aufgezeigte tolstoische, epidemische Geschichtstheorie führt ihn nicht zu Agnostizismus und Passivismus angesichts der Unentrinnbarkeit der Ereignisse, Kennan sieht vielmehr trotz aller Determinationen für den Politiker auch in der Außenpolitik noch Handlungsspielräume: Neben geduldigem, glaubendem Abwarten und hoffendem Vertrauen in den Geschichtsprozeß muß der Außenpolitiker zugleich aktiv für das nationale Interesse handeln. "Es gibt ... immer noch Dinge, die man hätte tun können" (Kennan, 1952, S. 92). Gegen "den Fluß der Geschichte" (ebd., S. 63) sollen die staatlichen Entscheidungsträger z.B. dann mit begrenzter, militärischer Gewalt angehen, wenn "Werte (zu) erhalten (sind), deren

Erhaltung notwendig ist und die auf keine andere Weise zu retten sind" (ebd., S. 103). Ansonsten aber "(darf) der Krieg als solcher nie von Weltverbesserern als geeignetes Mittel zur Verwirklichung ihrer Träume betrachtet werden" (ebd., S. 103). - Es könnte nach diesen Ausführungen leicht der Eindruck entstehen, als wäre Kennans Denken eine Ausgeburt des Irrationalismus. Dem ist aber keineswegs so: Er versucht vielmehr, wie im hermeneutischen Zirkel, "kühle und rationale Analyse" mit dem Akt des "Verstehens" zu verbinden (Kennan, 1971, S. 496).

Hinter der pessimistischen Grundauffassung Kennans steht der Glaube an die historische Vergänglichkeit aller irdischen Dinge, und besonders derer im internationalen Bereich. Es gibt "nichts Enddültiges, nichts, das nicht dem Gesetz des Wandels unterworfen wäre" (Kennan, 1961, S. 531). Die daraus resultierende Skepsis läßt Kennan alle totalitären Ideologien mit Absolutheitsanspruch ablehnen.

4.1.5 Diplomatischer Ausgleich als primäres Mittel der Politik

Die historische Skepsis läßt ihn aber auch allen Totalitarismen gegenüber zugleich mit einer Gelassenheit und inneren Überzeugtheit von deren langfristiger Erosion und der Überlegenheit des eigenen Standpunktes begegnen. Das macht ihn auch fähig zum Kompromiß, dem für ihn adäquaten Mittel der Politik und Diplomatie, dem steten Bemühen um Ausgleich zwischen Interessen, um Kompromiß, um peaceful change - auch hier Kennan wieder ein treuer Anhänger des Protestantismus und seiner Ethik (Thielecke, S. 147). Krieg ist für ihn das Ende jeglicher Politik, insbesondere im Zeitalter der Atombombe, Krieg ist für ihn nicht rationalisierbar als Mittel der Politik à la Clausewitz oder Kahn. Wer von der geistigen Überlegenheit und friedlichen Durchsetzungsfähigkeit der eigenen Position innerlich überzeugt ist, braucht dies nicht durch Gewalt forcieren, das würde nur die eigene Existenz atomar gefährden. Ausgleich ist das vorweilig beste Mittel zur Lösung von Konflikten.

4.1.6 Unumgänglichkeit von Interessenkonflikten

Die Notwendigkeit zum Ausgleich hat die Existenz von Interessengegensätzen zur Voraussetzung, die nicht durch weltverbesserische und idealistische Konzepte aus der Welt zu schaffen sind. Es gehört geradezu zum Wesen der internationalen (aber auch innerstaatlicher) Politik, daß sie der (friedliche und kriegerische) Kampfplatz der Nationen in ihrem Ringen um Macht und Einfluß gemäß ihrer je verschiedenen nationalen Interessenkonzepte ist. Der "Eindruck, als bestehe eine Gesinnungsgemeinschaft unter den Nationen", ist falsch (Kennan, 1952, S. 53). Diesen Charakter der internationalen Politik nicht erkannt zu haben, ist ein Kennanscher Kritikpunkt an F.D. Roosevelts Legalismus und One-World-Moralismus.

4.1.7 Geopolitismus

Die Interessenrichtung und Macht einer Nation werden bestimmt durch deren geographische (auch klimatische) Lage, zudem durch ideologische und sozioökonomische Faktoren, wobei der ideologische Faktor jedoch nur sekundär, ein Derivat im paretoschen Sinne darstellt.

Wie viele "Realisten" ist Kennans Denken geopolitisch beeinflusst, wenn auch das Geographische nur ein Faktor unter anderen ist, der Politik mitbedingt und darüberhinaus im weiten Sinne der Humangeographie verstanden wird (d.h. inklusive der natürlichen Ressourcen, Rohstoffe usw.).

Demnach sind - in Kennans Sicht - die für die Weltpolitik relevanten Staaten oder Regionen: Das Gebiet des Nordatlantik-Paktes, nach der Randzonentheorie "die Randmächte Europas und Asiens" (Kennan, 1952, S. 15), darunter besonders die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland, Rußland und Japan. Diese Nationen allein sind aufgrund ihrer industriellen Kapazität, ihrer Bevölkerungsmassen, ihres hochentwickelten Erziehungs- und Technologiesystems, des Zuganges zu Rohstoffen und (nicht zuletzt) ihrer militärischen Stärke fähig, die Rolle einer Weltmacht zu übernehmen (auch wenn ihre zerstörte innere Struk-

tur zeitweilig dies nicht erlauben mag). Die sog. Dritte Welt hatte für Kennan in der internationalen Politik der 50er Jahre keine machtpolitische Bedeutung. Das wird deutlich an der eher dilatorischen, herablassenden Behandlung der "Entwicklungsländer" in seinem Vortrag "Rußland, der Westen und die Atomwaffe (Kennan, 1958, S. 87 ff.), indem er ihnen kein Gewicht im Ost-West-Konflikt zuerkennt und sie explizit aus einer Politik der Eindämmung gegenüber der Sowjetunion ausklammert (zum großen Vorteil der Dritten Welt, die sich sicherlich, wäre es nach Kennan gegangen, ungestörter hätte entwickeln können.)

In seiner letzten größeren Publikation von 1977 (Kennan, 1978) schenkt er ihr allerdings größere Aufmerksamkeit, er hält aber am Prinzip fest, nicht jeden (angeblichen) russischen Gewinn in einem Entwicklungsland als Gefahr für die Ost-West-Balance zu betrachten (vgl. nur ebd., S. 74 über Angola), denn geo- und machtpolitisch gesehen bleiben diese eher peripher. Manche Aufgeregtheit der Gegenwart (zum Beispiel nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan) sollte angesichts eines solchen Standpunktes relativiert werden.

Die geopolitische Lage ist jedoch nicht nur in machtpolitischer Hinsicht relevant, sie besitzt darüberhinaus eine formende Kraft auf die Ideologie einer Nation, auf ihre "Seele" (Kennan, 1971, S. 503), ihr "Zielbewußtsein". Der Einfluß des haushoferschen Geopsychologismus tritt hier zutage (Haushofer, 1937, S. 128 ff.). Wichtig sind daher auch für die Analyse weniger die oder jene aktuelle Äußerung eines Politikers, sondern die tiefer gelagerten geistigen Stimmungen, die das langfristige Wollen einer Nation indizieren, ähnlich wie auch eine Interessenanalyse sichereren Aufschluß über das Wollen zu geben vermag als die oder jene Tagesaktualität oder die oder jene, oft ideologisch verschleierte Äußerung.

4.1.8 Sozioökonomische und ideologische Bedingungen staatlicher Existenz

Es wäre nun jedoch falsch, Kennan den Vorwurf des Mono-

kausalismus oder Geo-Reduktionismus zu machen, wenn er anscheinend Ideologien und das Soziale überhaupt als bloße "Ausschwitzungen" der geopolitischen Lage oder der Interessen einer Nation ansieht. Denn neben der historischen Erfahrung und der geographischen Lage eines Volkes sind ein weiterer wichtiger Bestimmungsfaktor seines "Zielbewußtseins" die sozioökonomischen Bedingungen und Verhältnisse in einer Nation - in diesem Fall gelehriger Schüler F.D. Roosevelts und seiner (sozialdemokratischen) Idee des "New Deal" (vgl. Cornides, 1958, S. 10508): Das "Zielbewußtsein", das Selbstvertrauen und die innere und äußere Stärke einer Nation können nur intakt, "gesund" sein, wenn die sozioökonomischen Grundlagen ausgeglichen und in sich organisch entwickelt sind. Das wurde Kennan klar bei seinen Besuchen im wirtschaftlich zerstörten Nachkriegseuropa und -japan, die aufgrund ihres ökonomischen Zusammenbruchs leicht jede geistige Widerstandskraft gegen den Kommunismus verlieren könnten - ein Ansatzpunkt für Kennans Politik der Eindämmung, die ja im Gegensatz zu ihrer späteren, von Kennan nicht zu verantwortenden Perversion vor allem mit wirtschaftlichen, weniger mit militärischen Mitteln den Kommunismus zu bekämpfen dachte (Stichwort: Marshallplan). Unter diesem Aspekt ist für ihn die gegenwärtige, hohe Arbeitslosigkeit im Westen außenpolitisch im Kampf gegen den (inneren und äußeren) Kommunismus ebenso gravierend wie die Überzahl sowjetischer Panzer. Ist eine Nation innerlich geistig und materiell gesichert und gestärkt, entfaltet sie zielbewußte Energien gegen jede fremde, künstliche, unnatürliche Unterdrückung und externe Aggression. In Erkenntnis dieses Sachverhaltes lehnte Kennan die für ihn überlange und überzogene, demütigende Besatzungspolitik der Alliierten nach 1945 ab. (Ökonomische Sättigung und Stabilität bedeutet aber keine absolute Garantie für die Existenz eines Volkes, einer Nation. Entsprechend Kennans organisistischer-ganzheitlicher Denkweise, wohl in Anlehnung an Goethe, Spengler und Toynbee, vergleicht er nämlich - die Tagespolitik hinter sich

lassend - Völker und deren geschichtliches Sein mit dem Lebenslauf von Menschen: Sie erscheinen in der Welt zu ihrer Zeit, durchlaufen einen Prozeß von Geburt, Jugend, Reife und verlassen dann wieder plötzlich oder in einem lang sich dahinziehenden Prozeß des Sterbens die Weltgeschichte.)

Aus dem angeführten Faktorenbündel geographischer Verschiedenheiten zwischen den Nationen sowie ihrer unterschiedlichen kulturellen, politischen, ökonomischen, sozialen, historischen und demographischen Entwicklungen ergibt sich (s.S.120) die unumgängliche, andauernde Konfliktsituation zwischen ihnen. Die beste aller Welten mit vollkommener Harmonie ist illusorisch, aber die Gegensätze und Konfrontationen sind andererseits auch nicht absolut. Die Aufteilung der Welt in hier "gut" und dort "böse" nach Dullesscher Manichäer-Art vereinfacht überaus komplexe Ursache- und Wirkungszusammenhänge. In der Weltgeschichte ist - so Kennan - "niemand ... vollkommen schuldlos", - ein Schock für das amerikanische Selbstbild einer "innocent nation". So wie wir alle in einer Gnadengemeinschaft leben, so sind wir auch - aus theologischer Sicht - in einer Schuldgemeinschaft verbunden (Niebuhr, 1944, S. 70ff.).

4.1.9

Determinationen internationaler Politik

Zwischenstaatliche Konflikte sind nicht voluntaristisch zu beseitigen, nicht durch persönlichen Kontakt von Staatsmännern auf meist erfolglosen Gipfelkonferenzen (wie insbesondere Roosevelt meinte), auch dann, wenn die Staatsmänner einander noch so freundlich und kooperativ gesonnen sind. "Ich hielt diese Überredungstaktik für unklug und bedauerlich" (Kennan, 1971, S. 224). Denn die Entscheidungsträger sind auch unbewußte Gefangene der immanenten Logik von traditionellen, typifizierten, teilweise institutionalisierten Rollen und Rollenerwartungen. Diese wiederum werden determiniert von den oben dargelegten (historischen, sozialen ...) Faktoren und sind nur be-

grenzt modifizierbar durch die individuelle Denkungsart, die Persönlichkeit und den Charakter der Politiker. "Die Staatsmänner (sind) von aller Schuld frei (zu sprechen) und ausschließlich als Schauspieler in einer Tragödie (zu betrachten), die sie weder mitbestimmen noch verhindern konnten" - so die historische Sicht (Kennan, 1952, S. 92). Diese Determinationen, die Tragik in der internationalen Politik, sowie Irrationalität und sittliche Sündenfall-Verderbtheit der menschlichen Natur sollen nach Kennan stets Mahnung und Erinnerung sein an die Begrenztheit und Fragilität menschlicher Gestaltungsbemühung. Er hält aber nichtsdestotrotz - wie schon einmal aus einem anderen Zusammenhang dargestellt und abgeleitet wurde - rationale Politik, d.h. Verfolgung begrenzter Interessen mit dem gegenseitigen Willen zur Verhandlungsbereitschaft und mit dem Willen zur zumindest minimalen Zusammenarbeit für möglich, und zwar mit jeder Regierung und Nation, unabhängig von ihrer inneren Struktur, nur unter der Voraussetzung, daß sie sich außenpolitisch rational verhält.

4.2 Kennans Perzeption (Sowjet-)Rußlands

Auf dem Hintergrund dieser allgemeinen philosophischen und politischen Grundansichten Kennans sind seine Perzeption Rußlands und der russischen Außenpolitik sowie seine Vorschläge für eine Ost-West-Politik des Westens zu verstehen, wie er sie in den 40er und 50er Jahren vorgebracht hat, die aber nichtsdestotrotz immer noch von ungeminderter Aktualität sind - und auch von Kennan noch heutzutage zum großen Teil vertreten werden.

4.2.0 Der Ost-West-Konflikt

4.2.1 Das "Bewegungsgesetz" der russischen Außenpolitik

Rußlands antiwestliche Außenpolitik sieht er als Teil und Phase einer weltweiten, ressentimentgeladenen "gewaltigen Auflehnung gegen den Westen, die heute alle Völker erfaßt hat, welche im Schatten der englischen Weltmacht und des Kolonialismus zum nationalen Bewußtsein kamen und zu

der auch ... die allgemeine Verbitterung der asiatischen Intelligenz gegen die Anschauung und das Beispiel des Westens zu rechnen wären ... Die russische Revolution war nur ein Teil dieser Entwicklung." (Kennan, 1954, S. 92)

4.2.2 Historische und geopolitische Bedingungen russischer Außenpolitik

Neben diesem langfristigen geschichtlichen "Bewegungsgesetz" ist die antiwestliche und besonders antiamerikanische Außenpolitik der Sowjetunion verursacht durch ihre geopolitische Lage und ihre spezifischen historischen Erfahrungen. Das "Doktrinäre und Theoretisch-Künstliche in der Politik" (ebd., S. 90) Rußlands ist Folge seiner Abkapselung von der Außenwelt aufgrund der Tatsache, daß es eine Kontinentalmacht ist mit einer unermeßlichen Tiefe des Raumes, der sich politisch abgrenzen muß, um so seine Identität finden zu können.

Die Unabgeschlossenheit des russischen Territoriums, seine Grenzenlosigkeit und Offenheit nach allen Himmelsrichtungen hin machten Rußland in der Geschichte oft zum Opfer des Angriffs asiatischer und westlicher Völker, die das russische Volk unterdrückten und ausbeuteten. Man denke nur an die lange Mongolenherrschaft, vor der Westeuropa bewahrt blieb, die im russischen Volk und bei dessen Elite aber starke psychologische Spuren hinterließ.

Diese historischen und geographischen, nicht veränderbaren Grundbedingungen der nationalen Existenz Rußlands bewirken - so Kennan - eine Kontinuität seiner Außenpolitik von den ersten Zaren bis zur Gegenwart unter sowjetischer Führung, eine Kontinuität im Wesen, die sich in ihrer jeweiligen historischen Konkretion natürlich modifiziert.

4.2.3 Exogene Ursachen der Aggressivität Rußlands: Die Insektizitätsstereotype

Das Argument der Kontinuität der sowjet-russischen Außenpolitik wird auch heutzutage noch - vor allem von konser-

vativen Kreisen - in der außenpolitischen Diskussion ventiliert, jedoch mit einer gänzlich verschiedenen Intention als der Kennans: Nämlich der, jede Entspannungspolitik mit der UdSSR als illusorisch darzustellen (vgl. Cycon, 1971, S. 45 ff.). Diese Kritiker einer Ost-West-Kooperation in der vermeintlichen Gefolgschaft Kennans übersehen jedoch die schwerwiegenden kollektiv-psychologischen Folgen der geographischen Lage Rußlands, die Kennan aber stets im Auge hat. Das Faktum der ständigen Bedrohung des Territoriums bewirkte beim russischen Volk und seiner Führungselite ein andauerndes Gefühl von Unsicherheit und von neurotischer Angst vor der Außenwelt, vor Fremden sowie eine Einkreisungsfurcht, die K. Mehnert nach seinen vielen Reisen durch Rußland bestätigt (Mehnert, 1964, S. 21 ff.). "Das alles hat bei den Sowjets den unauslöschlichen und zweifellos übertriebenen Eindruck von den Gefahren hinterlassen, die die Sowjetmacht von außen bedrohten. Genährt durch das traditionelle russische Mißtrauen Fremden gegenüber, wuchs und gedieh das Gefühl der Unsicherheit ..." (Kennan, 1971, S. 517).

Die Konsequenz: Die Russen besitzen einen nahezu instinktiven Willen nach außenpolitischer Sicherheit, zum Beispiel durch die Eroberung strategischer Pufferzonen um ihren Staat herum, "die nach Möglichkeit einen Angriff vorbeugen, jedenfalls aber (wenn er trotzdem kam) den ersten Stoß auffangen sollte"(Kennan, 1971, S. 520). Diese "Insektitätsstereotype" (Czempiel, 1966, S. 190) war auch ein Grund für den Hitler-Stalin-Pakt, denn der russische Diktator wollte sich durch die Einnahme Polens und der baltischen Staaten vor einem wahrscheinlichen Angriff des Faschismus "abpolstern" (Kennan, 1971, S. 520). Solche historischen Einsichten gehen dann auch in die Interessenanalyse ein, wie sie Kennan seiner Eindämmungsstrategie gegenüber der Sowjetunion zugrundelegt.

4.2.4

Endogene Ursachen der Aggressivität Rußlands

Die expansionistischen Bestrebungen des zaristisch-sowje-

tischen Reiches sind - erläutert Kennan weiter - aber nicht nur bloße Reaktion auf äußere, aggressive Stimuli, sie sind ebenso endogen verursacht, herrührend vom ideologisch-missionarischen Kampf sowohl der Zaren als auch der Sowjets gegen den für sie morbiden westlichen Liberalismus.

1. Marxistische und autokratische Theorie gehen nämlich in der Auffassung überein, daß die libertinäre Freiheitlichkeit der westeuropäischen Kultur als einer laissez-faire-Freiheit ohne Bindung sich selbst das Grab grabe. Der Individualismus sei dem Wesen des Menschen inadäquat und führe zu dessen Entsittlichung. Der zumindest ideologische Kampf dagegen sei also gerechtfertigt.
(Andererseits fühlen sich aber - in einem eigentümlichen Widerspruch zu dieser Analyse - beide Regimes vom westlichen, dem Untergang angeblich geweihten Liberalismus und dessen Aggressivität bedroht.)
2. Die innenpolitische Struktur des russischen Staates, die jahrhundertlang währende Unterdrückung und die "riesige, pompöse Despotie" (ebd., S. 515) sowie die totalitäre Ideologie transferieren sich in eine dementsprechende Struktur der Außenpolitik, die in einer Unterdrückung fremder Völker besteht. Dies "ist eine Erscheinung, die sich meines Erachtens automatisch aus dem inneren Wesen der Sowjetmacht ergibt" (Kennan, 1954, S. 93).
3. Russen und Sowjets wollen einerseits ihre Ideologie auch außenpolitisch verbreiten, andererseits lassen sie - von der alleinigen Richtigkeit ihrer Ideologie durchdrungen - andere ideologische Strömungen in Rußland innenpolitisch nicht zur Wirkung kommen - mit nicht geringeren potentiell aggressiven außenpolitischen Wirkungen: Für die russischen Führer war und ist es nämlich auch eine existentielle Notwendigkeit zur Erhaltung ihrer innerstaatlichen Machtpositionen, sich vom Ausland abzuschließen, um die Infiltration westlich-liberaler Ideen zu verhindern, - ein Problem, das zum Beispiel die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa intensiv und kontrovers beschäftigte. Die

xenophobische Furcht, allein der Gedanke der Freiheit in russischen Hirnen könnte die Hierarchie destabilisieren, veranlaßt die sowjetische Elite, Feindbilder aufzubauen, den freien Reiseverkehr zu verhindern, den intersystemaren Informationsaustausch zu minimieren usw., Verhaltensweisen, die den Keim des außenpolitischen Konflikts in sich tragen.

Eines der geeignetesten Instrumente zur Abkapselung und antiwestlichen Indoktrination der Bevölkerung ist die leninistische Ideologie. Gerade deren verschwörungstheoretischer Ansatz sowie deren Vorstellungen zu einer Avantgarde-, Kader- und Elitepartei entsprechen dem zaristischen Charakter und der außenpolitischen Tradition Rußlands weitgehend. Der Leninismus dient dabei zugleich als Gegenmittel zur und Rechtfertigung der Außenweltfurcht, die potentiell immer in außenpolitische Aggressivität umschlagen kann. --

4. Die imperialistischen Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik, historisch tief verwurzelt, haben sich verstärkt, seitdem Rußland-geschichtlich gesehen eine "junge" Nation mit "einer emotionellen Frische und Kraft, gegenüber der westliche Völker bläßlich erscheinen" (Kennan, 1971, S. 512), mit natürlicher Naivität gegen raffinierte Zivilisiertheit - nach 1945 den internationalen Status einer Weltmacht erreicht hat und "eine Machtballung" darstellt, "die nach Beendigung des Krieges jede andere auf dem europäischen Kontinent weit hinter sich lassen wird" (ebd., S. 505). Und zwar (tragischer- oder ironischerweise?) durch die nicht intendierte Hilfe der Westmächte: Da Frankreich, Großbritannien und die USA in ihrem Kampf gegen das sogenannte Dritte Reich auf die Unterstützung Stalins angewiesen waren, damit jedoch - durch die Koalition mit dem sowjetischen Totalitarismus - dem "Kreuzzug" gegen den faschistischen Totalitarismus die geistige Grundlage von Freiheit und Demokratie entzogen wurde (sozusagen wurde die Reinheit der Ziele beschmutzt von Realpolitik) und da die Westmächte versäumten, eine scharfe Grenze zu ziehen zwischen den realpolitisch notwendigen "Leih- und Pachtlieferungen" an Stalin und einer darüber hinausgehenden,

allerdings unfreiwilligen Unterstützung des Expansionismus Rußlands, aus all diesen Gründen ermöglichten die drei westlichen Alliierten die Besetzung Osteuropas durch die Sowjet-Armee. "Auch sie sind ein Teil des Preises, den der Westen für seine militärische Schwäche zahlen mußte" (Kennan, 1952, S. 90). Dadurch wurde zudem-so Kennan in diesem kurzen Exkursweiter-die wirtschaftliche Autarkie des russischen Imperiums vervollkommen, was für die Zukunft die Möglichkeit, den Hebel der ökonomischen Erpressung anzusetzen, ausschließt. Mit Deutlichkeit stellt Kennan aber auch die ökonomische Rückständigkeit der Sowjetunion fest - ein Ansatzpunkt zur intersystemaren Kooperation, an die auch schon Kennan dachte und denkt.

4.2.5 Die sowjetischen Entscheidungsträger

Wie die Lehre des Leninismus, so sind auch die entscheidenden sowjetischen Politiker der Geschichte und der Art der russischen Außenpolitik "angepaßt" - "durch die Logik, die der eigenen Position innewohnt" (Kennan, 1961, S. 523). Ein Mann wie Roosevelt wäre im sowjetischen Außenministerium nicht einmal denkbar. Die bolschewistischen Führer sind überzeugte Anhänger des Leninismus, von Natur aus "mißtrauische", "leicht erzürnte", "wachsame", "geduldige" (Kennan, 1971, S. 524) Egozentriker, "von mitleidlosem Realismus" (ebd.), denen der Zweck die Mittel heiligt. Symptomatischerweise war Stalin in seiner Jugend Klosterzögling, seine Heimat war das weltabgeschlossene, schwer zugängliche Georgien.

Kurzum: Ein neues Zarentum der Intoleranz und Feindschaft. Jedoch: Trotz aller persönlichen Abscheu, die Kennan vor den Charaktereigenschaften der sowjetischen Führer empfindet, beurteilt er sie als Diplomat und Historiker nicht moralisch, ihre psychischen Deformationen nicht als Ausfluß subjektiver Tugendlosigkeit, sondern als Ausdruck objektiver Verhältnisse. "Einzelpersonen sind hier nicht so wichtig: Sie kommen und gehen." (Kennan, 1961, S. 526)

4.2.6 Die sowjetische "Doppelstrategie"

Eingebunden in diese allgemeinen, durch ihre geschichtliche Gewordenheit nur schwer veränderbaren interessenbestimmenden Bedingungen ist die außenpolitische Strategie Sowjetrußlands zu sehen: Einer langfristig angelegten "Doppelstrategie" gegenüber dem Westen. Sie findet auf zwei instrumentellen Ebenen statt, die von der UdSSR in ihrer Kombination meisterhaft gehandhabt werden:

1. Im Bereich des "offiziellen, amtlichen" (Kennan, 1971, S. 558) intergouvernementalen Verkehrs versuchen die Russen, jede Schwäche, Erosion und Streitigkeit, "alle Keime der Uneinigkeit, der Verwirrung, der Kurzsichtigkeit" (Kennan, 1958, S. 29) im westlichen Einflußbereich machtpolitisch auszunutzen. Sie sind bestrebt, jedes Machtvakuum zugunsten ihres Machtinteresses auszufüllen. Sie spannen westliche prosoowjetische Stimmungen vor ihren außenpolitischen Wagen, "bürgerlich-liberale Enthusiasten" (Kennan, 1971, S. 518) dienen ihnen dabei als nützliche Idioten. In diesem Zusammenhang gehört Kennans scharfe Kritik an der amerikanischen Öffentlichkeit, die, wankelmütig - "ein Volk in Wallung" (Kennan, 1971, S. 491) - entweder euphorisch jegliche Entspannungspolitik begrüßt oder - wenn diese, gemessen an ihren übersteigerten Erwartungen, scheitert - in ebenso falsche und übertriebene Kommunistenhatz verfällt.

Als Beispiel für das Bestreben der russischen Außenpolitik auf der offiziellen Ebene die "Rivalitäten und Differenzen anderer Mächte nach Kräften auszubeuten" (Kennan, 1971, S. 518), führt Kennan die russische Taktik im Jahre 1939 an, als Stalin längere Zeit zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und Hitlerdeutschland andererseits hin- und herpendelte, um möglichst große territoriale Konzessionen zu erhalten, aber auch und besonders im Interesse "der eigenen Sicherheit ..., jemand anders ... gegen Hitler kämpfen (zu lassen), bevor er seine Aggressionsabsichten im Osten verwirklichen konnte" (Kennan, 1971, S. 518). Bei all diesen außenpolitischen Aktionen und Taktiken, die ja gerade auch in der Begrenztheit der eigenen Macht im Verhältnis zum kapitalistischen Westen begründet sind,

erweisen sich die Russen als genaue,rationale Kalkulatoren ihrer eigenen Macht und der des Gegners.- Geht man davon aus, kann ihr Interesse daher,entsprechend der internationalen Machtverhältnisse,wenn überhaupt nur sein, begrenzt expansionistische Ziele zu verfolgen, durch punktuell konzentrierte, lokale,militärische Vorstöße, wie zum Beispiel in Korea geschehen. Es ist eine Politik des Schaffens vollendeter Tatsachen. Rußland hat es dabei vor allem auf die eurasischen Randstaaten abgesehen. Taktisch werden solche Verstöße - so Kennan weiter - von Bluffs flankiert, so daß man schwer die hinter ihnen stehende Stärke des Willens zur Durchsetzung erkennen kann. Denn die russische Taktik ist sehr flexibel; derart, daß sich die Russen schon angesichts einer nur begrenzten Gegenmacht und angesichts des möglichen Scheiterns ihrer Aktion sofort zurückziehen oder sogar territoriale Positionen wieder räumen. Man denke an Finnland und Jugoslawien. Ein gewagter Angriff mit unkalkulierbarem Risiko würde nur die eigene Macht und die innenpolitische Stabilität des sowjetischen Systems gefährden und wird daher unterlassen.

Diese außenpolitische Anpassungsfähigkeit der Sowjets ist deshalb möglich, weil sie an den langfristigen weltgeschichtlichen Untergang des Kapitalismus glauben, der angeblich an seinen inneren Widersprüchen zugrundegehe und so zu seiner Überwindung kaum Impulse von außen bedürfe. In dieser chiliastischen Langzeitperspektive sind kurzfristige Rückzieher unbedeutend. "Die Stärke des Kremls besteht größtenteils darin, daß er warten kann" (Kennan, 1971, S. 511). Innenpolitisch sind mögliche Mißerfolge und Rückzieher deshalb nicht so gravierend, weil die Sowjetführer wegen des Fehlens einer kritischen Öffentlichkeit und infolge der starken Zentralisierung der Macht einen nicht so großen Prestigeverlust wie westliche Politiker zu befürchten haben. Es kommt höchstens zu Revirements innerhalb der Elite.(Kennan mißbilligt das nicht: Es sei hier nochmals aus anderer Perspektive nebenbei vermerkt: Im

Bereich der Außenpolitik kann - für ihn - eine "launenhafte und buntgewürfelte Demokratie" (Kennan, 1971, S. 514) nur schädliche Wirkungen haben.)

Kurz resümiert: Die UdSSR verfolgt wie auch andere Großmächte auf der offiziellen Ebene eine kaltblütige, vorsichtige, nationale, sicherheitsbezogene, realistische und daher berechenbare Machtpolitik des "wohlverstandenen Eigeninteresses ... mit wachem Verstand" (ebd., S. 509), aber auch mit "Grobschlächtigkeit" (ebd., S. 523), allerdings ohne Welteroberungspläne, die den Russen zu riskant sind.

Von daher ist ein strategisches Denken, das gegenüber der Sowjetunion - sie dämonisierend - von allen Möglichkeiten und insbesondere den schlimmsten ausgeht (worst case analysis), unhistorisch und nicht gerechtfertigt. Es widerspricht dem Prinzip der Problemgebundenheit des Denkens (vgl. Kennan, 1978, S. 176). Anlaß zu worst-case-Denken bestünde aus sowjetischer Sicht vielleicht gegenüber der US-amerikanischen Außenpolitik mit ihren abrupten Wechseln vom Nixon/Kissingerschen Konzept der pentagonalen Kooperation über das idealistische Menschenrechtskonzept Carters bis zur antikommunistischen Konfrontationsstrategie unter Reagan - und das alles innerhalb von zehn Jahren. (Hierbei wird die gesondert zu betrachtende, zum Teil gegenläufige Außenpolitik des amerikanischen Kongresses noch ausgeklammert.) Die Konstanz und Rationalität der russisch-sowjetischen Außenpolitik verbietet ebenfalls Vergleiche mit der national-sozialistischen Außenpolitik, die - so Kennan weitergehend durch einen irrationalen Hasardeurcharakter gekennzeichnet war.

2. Auf der inoffiziellen Ebene russischer Außenpolitik zeigt sich dagegen ein ganz anderes Bild: Hier versuchen die Sowjets, mittels der kommunistischen Parteien der westlichen Länder, sozioökonomische Krisen sowie die Demoralisierung und Verunsicherung der Bevölkerungen zur Machtübernahme einer kommunistischen Minderheit zu funktionali-

sieren. Durch Subversion, Intrigen und Aufruhr sollen demokratische Staaten innerlich ausgehöhlt und der sowieso erwartete Zusammenbruch des Kapitalismus beschleunigt werden. Das Ziel dieses zweiten Armes der Doppelstrategie ist das Streben zur Gestaltung der ganzen Welt nach dem kommunistischen Gesellschaftsmodell. Diese Hoffnungen der Sowjets sind Resultat ihres verzerrten Weltbildes und der Selbsttäuschungen, die sie sich vormachen, sowie einer "Unkenntnis des Westens" (Kennan, 1971, S. 524), hervorgerufen von "Hirnen, die von Kind auf geschult waren, in ... krassesten Widersprüchen zu denken und zu handeln" (ebd., S. 522), Folgen einer dialektischen Theorie, die die Möglichkeit der Erkenntnis objektiver Wahrheit leugnet. "Ein amerikanischer Verstand wird Rußland nie begreifen, wenn er nicht bereit ist, das Widersprüchliche gelten zu lassen" (ebd., S. 532). Es gibt "keine objektiven Maßstäbe für Gutes und Böses ..., für Wirkliches und Unwirkliches" im russischen Denken (ebd., S. 532), erläutert Kennan weiter.

Die Isolation der sowjetischen Elite von Um- und Außenwelt und die fortwährende Brutus-Stimmung von hinterhältiger Verschwörung im Kreml tun ein Weiteres zur Entwicklung dieser Außenweltperzeption. Kaum ein sowjetischer Führer war je im Ausland - und wenn, mit geschlossenen Augen. "Das Amerika aus Fleisch und Blut ... blieb ihm (Trotzki) ein Buch mit sieben Siegeln. Für den Frieden seines brillanten, aber dogmatischen Geistes war es ein Glück", bemerkt Kennan spöttisch (ebd., S. 525).

4.2.7 Kennans Gegenstrategie der "Eindämmung" des Kommunismus

Das Fazit Kennans ist einfach und einleuchtend, aber für die damalige Zeit nahezu revolutionär:

1. Der Ursprung der kommunistischen Gefahr liegt nicht primär in der UdSSR, sondern im internationalen Kommunismus und der Instabilität westlich-kapitalistischer Länder. Daher muß man den Sowjetkommunismus nicht primär militärisch bekämpfen, sondern wirtschafts- und gesellschaftspolitisch. Daher setzte sich Kennan für eine alsbaldige

Realisierung des Marshall-Planes ein. Daher betont er auch gegenwärtig, daß es vom "Erfolg oder Mißerfolg unserer Anstrengungen bei der Auseinandersetzung mit diesen verschiedenen Problemen (der Innen- und Gesellschaftspolitik wie Inflation, Zerfall großer Städte, Gewaltkriminalität, Arbeitslosigkeit, mangelndem öffentlichen Transportsystem, Umweltverschmutzung usw.) ... abhängen (wird), wie stark und überzeugend wir in der Weltpolitik sind" (Kennan, 1978, S. 24).

2. Große Militäraktionen des Westens würden nur militärische Gegenreaktionen der Sowjets hervorrufen, eine Eskalation begänne, die Russen würden in ihrem Unsicherheitsgefühl bestärkt und damit das russische Volk mit seinen Führern geeinigt werden - also: Kein militärisches Drohsystem gegen die UdSSR aufbauen, keine absolute Konfrontation, wie sie Dulles mit "emotionalem Antikommunismus" (Kennan, 1971, S. 491) provozierte, sondern nur flexibel, wie die russische Strategie selbst, kleinere, lokale militärische Gegenaktionen treffen, die die Angst der Russen nicht schüren, aber genau zeigen, wo die Toleranzgrenze der USA ist. Das ist der Kern der sogenannten Eindämmungsstrategie, die - ausgehend von der dargestellten Analyse der Interessen russischer Außenpolitik - ebenso begrenzt wie der mögliche sowjetische Angriff, diesem dadurch begegnen will, daß sie den rationalen Machtsinn und das begrenzte Machtkalkül der Sowjets anspricht, indem diese durch den Aufbau begrenzter, militärischer Gegenpositionen des Westens von dem wahrscheinlichen Scheitern einer expansionistischen Aktion überzeugt werden. Das wird mit großer Sicherheit gelingen, da - so Kennan - die Russen keine Hasardeure sind. Aus diesem Grund lehnte Kennan auch die Gründung der NATO ab, da sie eine bombastische Überreaktion darstelle. Aus eben diesem Grunde hielt er zur Verteidigung Deutschlands ein Milizsystem für ausreichend sowie er gegenwärtig das atomare Abschreckungssystem mit der mehrfachen overkill-Kapazität als wahnsinnig, nutzlos und gefährlich verurteilt. Er schlug daher 1980 vor, die diesbezüglichen russischen und

amerikanischen Arsenale in einem ersten Schritt um 50% zu reduzieren (vgl. Interview mit Kennan, in: Rias I, 3.6.1981, 22.15 Uhr). Eine konventionelle Verteidigung reiche vollkommen aus. Die Rechtfertigung der zunehmenden Atombewaffnung mit dem worst-case-Denken sei lebensfremd und rein hypothetisch; was allein zählt, seien klare Analysen der eigenen Interessen und der Interessen des Gegners, in denen wechselseitig ein Mindestmaß an rationalem Verhalten unterstellt wird, was allerdings durch die Geschichte bestätigt wird - auch, was die Russen betrifft. Von diesem Standpunkt aus erscheint Kennan der status quo atomarer Über-Abschreckung absurd und überflüssig (vgl. Kennan, in: Die Zeit, 28.8.1981, S. 3). Solche militärischen Gegenaktionen würden jedoch sehr wahrscheinlich überhaupt überflüssig, wenn die Hauptansatzpunkte der sowjetischen Strategie, die Instabilität westlich-kapitalistischer Gesellschaften, durch sozialpolitische und ökonomische Maßnahmen beseitigt werden - eine zu Beginn der 80er Jahre angesichts der zunehmenden Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit aktuelle Analyse; die Krise wird zudem - so Kennan - verschärft durch die exorbitanten Rüstungsausgaben, die zunehmend weniger Sicherheit bewirken, da sie das westliche Gesellschaftssystem wirtschaftlich auszehren und dadurch destabilisieren (Kennan, 1978, S.9ff.).

4.2.8 Wandlungstendenzen im Sowjetsystem, im internationalen Kommunismus und im außenpolitischen Verhalten der Sowjetunion

Die Eindämmungsstrategie besteht - summa summarum - zugleich aus potentieller Abwehr bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Kooperation auf der Basis gemeinsamer Interessen. Sie ist assoziativ-dissoziativ. Die Möglichkeit und Realisierbarkeit einer solchen Strategie wird vor allem aber dadurch gefördert, daß im Sowjetsystem Impulse des Wandels programmiert sind, die sich auf die Möglichkeit weltmissionarischer Ambitionen negativ auswirken, die intersystemare Kooperationschancen eröffnen. Kennan war - neben den oben genannten Gründen - deshalb

immer davon überzeugt, daß die Sowjetunion einen akzeptablen Platz in der Völkerfamilie einnehmen wird und einnimmt (vgl. Kennan, 1965, S. 28), daß sie sich weltpolitisch integriert und diszipliniert verhält, und zwar aus folgenden Gründen: Zunächst ist die auch noch der unterdrückerischsten Diktatur innewohnende Tendenz festzustellen, sich der "Seele" des Volkes anpassen zu müssen, im staatsatheistischen Rußland zum Beispiel in Religionsfragen geschehen. Sie muß sich, auch in ökonomischen und sozialen Bereichen langfristig nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richten. Die starke Ostblocknachfrage nach westlichen Krediten bestärkt dies. Um sich die Massenloyalität sicher zu können, besonders angesichts der Systemkonkurrenz, mußten und müssen die Sowjets auch mit Hilfe des Westens den Lebensstandard heben und in gewissem Maße das politische und gesellschaftliche Leben liberalisieren. Chruschtschows "Gulaschkommunismus", seine Verdammung Stalins und seine rein nationale Außenpolitik unterstreichen diese Tendenz. Dadurch werden aber auch die Ressourcen für eine aggressive Außenpolitik begrenzter. Auch die heutigen Sowjetführer können nicht mehr das Rad der Geschichte zur Stalin-Zeit zurückdrehen. Kennan: "Je länger sich die Dinge ohne Revision in dieser Richtung entwickeln, um so schwieriger wird es meiner Meinung nach sein, sie jemals wieder rückgängig zu machen" (Kennan, 1961, S. 527).

Würden die Sowjets nicht ihr System humanisieren, würde sich die schon vorhandene, latente Entfremdung zwischen Volk und Elite weiter verschärfen, und das, obwohl der Russe die Diktatur aufgrund jahrhundertelanger Erfahrungen verinnerlicht hat - "mit bereitwilliger Ergebenheit" (Kennan, 1961, S. 509) und das, obwohl der Kampf gegen äußere Feinde immer wieder "Regime und Volk zusammengeführt" (ebd., S. 503) hat und das, obwohl die Russen ein "ungeheures Nationalbewußtsein" (ebd., S. 502) haben. Diese Entfremdung zeigt sich nicht in offenem Aufruhr, sondern wirkt eher unterbewußt und unterirdisch. Der irrationale Faktor Volk, diese "geheimnisvolle Tiefe ..., die wir auf die Gefahr hin, banal zu erscheinen, die russische Seele nennen wollen" (ebd., S. 510)

ist selbst für die KPdSU nicht berechenbar. Diese innersowjetischen Vorgänge hatten und haben eine im Vergleich zu Stalin zunehmende Pluralisierung der kommunistischen Partei zur Folge, es gibt Fraktionskämpfe zum Beispiel zwischen Vertretern des Konsum- und Produktionssektors, nicht zu vergessen die starke Fraktion des Militärapparates. "Die Situation auf den höheren Stufen des Regimes wird dadurch charakterisiert, daß in den letzten Jahren die kommunistische Partei keineswegs mehr der einzige Weg war zu persönlicher Macht und zu Einfluß im Sowjetsystem" (Kennan, 1958, S. 13). "Allenthalben läßt sich erkennen, wie das Volk der Russen still und siegreich zu dem Ausgangspunkt zurückkehrt, an dem seine geistige und kulturelle Entwicklung durch Gewalt und Anmaßung der Revolution unterbrochen wurde" (Kennan, 1971, S. 510). Diese Entwicklungen schränken aber auch den außenpolitischen Manövrierraum der UdSSR ein.

Der innenpolitischen Pluralisierung entspricht ein ähnlicher Prozeß in der Bewegung des Weltkommunismus, was mit Tito begann, zu Aufständen im russischen Satellitenbereich führte und seinen Höhepunkt bisher im sowjetisch-chinesischen Schisma fand. Die Dezentralisierung der kommunistischen Internationale setzt sich bis heute fort und wird sehr wahrscheinlich noch lange nicht, wie gegenwärtig Polen zeigt, sein Ende gefunden haben.

Damit ist nach Kennan der zweite Teil der sowjetischen Doppelstrategie, einen einheitlichen weltkommunistischen Umsturz des Kapitalismus zu initiieren, nahezu verunmöglicht worden und nur noch in Propagandareden und in der Ideologie präsent. Geschichtlich war das schon angelegt im Kampf zwischen einerseits Stalin und seiner These von der "Revolution in einem Lande" und andererseits Trotzki und seiner These von der Weltrevolution. Der Ausgang ist bekannt. "Stalins Realismus gab den Anstoß zu der Erkenntnis, daß ... das weltrevolutionäre Unternehmen keine Aussicht auf Erfolg hatte" (Kennan, 1971, S. 517). Diese Pluralisierungs-, Differenzierungs- und Liberalisierungsprozesse im Weltkommunismus würden jedoch gefährdet, wenn

der Westen mit einer Konfrontationspolitik ihn wieder zusammenschweißt, zur Einheit bringt und zwingt.

4.3

Die Lage Osteuropas in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion

Das sowjet-russische Reich wird im Urteil Kennans noch weiter geschwächt durch einen anderen Faktor: Paradoxerweise durch seine Eroberungen in Ost- und Mitteleuropa. Zwar sind die besetzten Gebiete bis hin zur Elbe die realpolitische Bilanz des Zweiten Weltkrieges, die Teilung Europas zugunsten Rußlands ist kurzfristig nicht zu ändern, sie ist ein fait accompli, dennoch kann - und hier denkt Kennan in geschichtsphilosophischen Kategorien - Rußland langfristig Ost- und Mitteleuropa militärisch, wirtschaftlich, moralisch und politisch nicht halten (Kennan, 1958, S. 47). Schon die Zaren hatten ihre Schwierigkeit mit den nach Freiheit strebenden Polen. Sie mußten zur Unterdrückung der Aufstände Kapital in Form von Militär investieren, das dadurch der eigenen Volkswirtschaft entzogen wurde. Zudem griff der revolutionäre Impuls oft aus Polen aufs Mutterland über. Viel hat sich seitdem nicht geändert: 1968 mußte zum Beispiel der Parteichef der Ukraine, Schelest, befürchten, daß sich die Bestrebungen zu einem "Kommunismus mit menschlichem Antlitz" aus der Tschechoslowakei nach Rußland fortpflanzen. Und seit Mitte 1980 muß die Sowjetunion den zunehmenden Liberalisierungsprozeß in Polen, der einen sozialen Bereich nach dem anderen der Kontrolle der KP entzieht, dulden. Die Unterschiede der geistesgeschichtlichen Tradition und der historischen Erfahrungen zwischen Osteuropa und Rußland sind zu groß, als daß sie je überbrückt werden könnten.

In dieser Beurteilung der Lage Ost- und Mitteleuropas ging Kennan mit Dulles überein - nur in zwei wesentlichen Punkten bestand eine entscheidende Differenz: Zum ersten nahm Kennan nur langfristig eine Änderung der machtpolitischen Verhältnisse in Osteuropa an und zwar nicht durch äußeren Druck, wie Dulles sie kurzfristig einsetzen

wollte, sondern durch die den Völkern eigene, innere Kraft, die nur geschwächt werden würde zum Beispiel durch externe amerikanische Aufstachelung zum Aufstand (Rußland würde dementsprechend reagieren!). Zum zweiten ging Kennan mit Dulles darin nicht konform, daß er meinte, der 1948-Putsch in der Tschechoslowakei sei keine imperialistische Aktion der UdSSR gewesen, sondern eine vorhersehbare, machtpolitische Defensivreaktion der Sowjetunion auf die versteckt machtpolitische Maßnahme der USA durch den Marshall-Plan, den die Sowjets als ökonomischen Angriff ansahen. Ähnlich verhält es sich nach Kennan mit der Berlin-Blockade und dem Koreakrieg in seinem Zusammenhang mit dem japanischen Friedensvertrag, von dem die Sowjets ausgeschlossen wurden (Kennan, 1971, S. 396 ff.). "Das alles trug dazu bei, die Militarisierung des Denkens ... im allgemeinen noch zu verstärken und uns in Denkschablonen zu pressen, denen gegenüber jede differenzierte Beurteilung der sowjetischen Absichten unwillkommen und unannehmbar war" (Kennan, 1971, S. 493). Die Dullessche Analyse und heutzutage die von Präsident Reagan geht fehl in der Annahme, "die sowjetischen Absichten als eine feste Größe zu betrachten, die völlig unabhängig sei von unserem eigenen Verhalten" (Kennan, 1971, S. 493).

4.4 Das Deutschland-Problem

4.4.1 Die geopolitische, historische und weltpolitische Beurteilung Deutschlands

Die weltpolitische Analyse des Verhältnisse der Vereinigten Staaten sowie Ost- und Mitteleuropas zu Rußland wäre unvollständig, wenn man nicht die zentrale Stellung Deutschlands mitbeachten würde. Deutschland ist in der Sicht Kennans der Dreh- und Angelpunkt jeglicher europäischer Friedensordnung, mit der zugleich auch ein wesentlicher Beitrag zur Lösung des Ost-West-Konfliktes geleistet werden könnte. Das erste Gebot einer Neuordnung Europas muß sein, eine Vereinigung der Machtpotentiale Deutschlands und Rußlands zu verhindern, sie würde das notwendige Gleich-

gewicht zwischen den Staaten durcheinanderbringen- und das trotz (oder gerade wegen) der Tatsache, daß die beiden kontinentbeherrschenden Nationen in ihrer Struktur fast identisch sind, was im folgenden Exkurs aufgezeigt wird:

Deutschland ist ebenfalls eine Landmacht, mit offenen, unnatürlichen Grenzen, mit der Erfahrung häufiger Fremdherrschaft und Zerstückelung seines Territoriums durch Nachbarstaaten. Die geopsychologischen Folgen wurden schon anhand Rußlands dargestellt, die im Falle Deutschlands dadurch verkompliziert wurden, daß es lange an seiner Nationwerdung gehindert wurde. So gab es in Deutschland eine nationalistische, mystische Volks-Ideologie, bevor die Deutschen sich als Staat konstituieren konnten - ganz im Gegensatz zur Entwicklung der Anrainerstaaten. Deutschland trat als "verspätete Nation" (Plessner) in die Weltgeschichte ein, was zur Konsequenz hatte, daß die nationalen "Triebkräfte, Instinkte" (Kennan, 1971, S. 416) in Nationalismus, Chauvinismus und Imperialismus entartet und hypostasiert wurden. In dieser Linie ist das Phänomen Hitler und der Faschismus zu sehen, die - so Kennan - nicht als einmaliger, zufälliger Akt, ohne Verbindung zur Vergangenheit auftraten, sondern den Schlußpunkt einer lang und tief verwurzelten, geschichtlichen Bewegung bildeten. Folgen waren einer tiefliegenden "Schwäche der deutschen Gesellschaftsstruktur" (Kennan, 1952, S. 93).

(In der Beurteilung des sogenannten Dritten Reiches sind damit, wenigstens formal, marxistische und "realistische" Autoren einer Meinung, wie sowieso diese beiden Denkschulen einige Ähnlichkeiten aufweisen: In ihrem Ideologiebegriff, ihrem Historismus, ihrer strukturbezogenen und nicht personalistischen Betrachtungsweise.)

Hitler ist der endgültige Einiger der deutschen Nation gewesen, ein Hasardeur aus Kalkül, mit "brutalem Wirklichkeitssinn" (Kennan, 1961, S. 466), der wagte - und scheiterte. Der lange Weg der Deutschen in den Nationalsozialismus ist für Kennan Folge wirtschaftlicher und

politischer Krisen, deren Ursprünge und Schuldner wegen eines Gewirrs sich überlagernder Tendenzen und Ursache-Wirkungsketten nicht feststellbar sind (Kennan, 1952, S. 94), die auch Folge waren der ungeschickten Politik der Westmächte gegenüber der Weimarer Republik, zu deren Untergang diese schon zu Beginn durch den Versailler Vertrag und durch übermäßige Reparationsabkommen mit beigetragen haben. So zeigten die USA gegenüber Deutschland "eine allgemeine Einstellung voll Abscheu und Verdacht, Hand in Hand mit einem gewissen sozialen Snobismus" (ebd., S. 94).

Das deutsche Volk, gewollt-ungewollt in die Katastrophe hineingeschliddert, sollte daher nicht - so Kennan in der Nachkriegszeit - im Sinne einer Kollektivschuld moralisch "bestraft" werden. Es gilt vielmehr, solche strukturellen Voraussetzungen und Verhältnisse in Europa zu schaffen, die ein nochmaliges Aufkommen des deutschen Imperialismus nicht zulassen. Deshalb schlug Kennan vor, Deutschland durch die Integration in eine föderalistische Europa-Union zu zähmen. Diese Föderation soll offen sein für Ost- und Mitteleuropa, um nicht die Spaltung Europas zu zementieren. Diese Föderation sei jedoch ungenügend, solange Deutschland nicht als Einheit, ungeteilt, in ein es domestizierendes europäisches Sicherheitssystem eingefügt wird. Denn die unnatürliche Teilung Deutschlands ist auf die Dauer nicht möglich - anderenfalls bleibt Mitteleuropa immer ein Herd der Unruhe, auch wenn es zeitweilig wie gegenwärtig anders aussehen mag.

4.4.2 Ein Vorschlag zur Lösung des "Deutschland-Problems"

Zum Zwecke der deutschen Wiedervereinigung hat Kennan in den fünfziger Jahren einen Plan entworfen, der eine Demilitarisierung und Neutralisierung der beiden Deutschlands und ein Disengagement beider Supermächte vorsieht. Dadurch würden trotz des Entstehens eines starken wiedervereinigten Deutschlands die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigt, ihre Furcht und ihr psychologisch bedingtes Mißtrauen gegenüber dem Westen könnten

derart gedämpft werden. Sie könnte sich veranlaßt sehen, dem Beispiel des ebenfalls geplanten amerikanischen Rückzugs aus der Bundesrepublik und eventuell auch anderen westeuropäischen Staaten folgend, sich aus der DDR und eventuell sogar den anderen Satellitenstaaten zurückzuziehen. Damit wäre der Weg offen für eine freie, unabhängige, demokratische gesamteuropäische Gemeinschaft. Zur notwendigen Verteidigung Gesamt-Deutschlands denkt Kennan dabei an eine Art Partisanen- und Milizarmee mit rein deutschen Kontingenten. Das Ganze könnte überwölbt werden von einem Garantiesystem der Supermächte. Ähnliche Pläne wurden vom polnischen Außenminister Rapacki und von der SPD vorgetragen (siehe Textanhang; letztere rekurrierte sogar explizit auf das Kennansche Konzept). Gegenwärtig stecken solche Ideen wohl auch hinter der langfristigen Tendenz der MBFR-Verhandlungen in Wien, so wie sie zum Beispiel von einigen Kreisen in der SPD verstanden werden (vgl. Freudenhammer/K. Vater, 1978, S. 269 f.).

4.5 Historische Fehlentwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Westeuropa

Kennans Denken kreist immer wieder um Europa, das er als einen Mittelpunkt der Welt ansieht, als geistige Mutter und Heimat der USA, von dem diese sich - bei Gefahr des moralischen Unterganges - nicht abnabeln dürfe, besonders nicht von Großbritannien, von dem sich die Vereinigten Staaten als angelsächsisch-transatlantischem Sprößling auf keinen Fall trennen dürften. "Was immer den Frieden Europas beeinträchtigte, mußten auch wir (die USA) zu spüren bekommen" (Kennan, 1952, S. 82). Wegen dieser engen, auch gefühlsmäßigen Verbundenheit mit Europa trifft es Kennan um so tiefer, wenn er die Wirren in Westeuropa beobachten muß. Er führt sie - wie schon im Falle Deutschlands - unter anderem auf einen fundamentalen Konstruktionsfehler infolge des Versailler Vertrages zurück, an dessen Zustandekommen die USA nicht ganz unbeteiligt waren: Es war die scheinbare Neuordnung Europas 1919 nach den Prinzipien des Nationalis-

mus und der Selbstbestimmung, die den Kontinent aus dem Gleichgewicht brachten, und die Ignorierung von Machtfaktoren, wozu der Idealismus Wilsons einiges beigetragen hat. "Es war in der Tat ein Friede (der des Versailler Vertrages, J.B.), der schon die Züge der zukünftigen Tragödie trug, als hätte der Teufel selbst sie ihm aufgeprägt" (ebd., S. 81).

Manchmal hat man den Eindruck, als sehnte sich Kennan nach übernational organisierten Gebilden wie Österreich-Ungarn oder auch das Deutschland der Vorkriegsordnung zurück, die - trotz ihrer undemokratischen Struktur - dem europäischen Spiel der Kräfte Stabilität verliehen. An diesem, den Zeitläufen entsprechend modifiziertem Modell orientiert sich auch Kennans Plan einer europäischen Föderation. Er wollte auf alle Fälle eine Wiederholung der Fehlentscheidungen der Jahre 1919 bis 1933 vermeiden.

Daher auch die Projekte des "moral rearming" und der Wirtschaftshilfe für das Westeuropa der Nachkriegszeit. Sie hatten nicht nur die Funktion der Immunisierung gegen den Kommunismus. Sie waren auch als originärer Beitrag zur optimalen Gestaltung des Kontinents gedacht. Voraussetzung war - soweit möglich - eine Demilitarisierung Europas, zumindest sollten die Rüstungsausgaben gestoppt werden, damit es sich um so besser wirtschaftlich engagieren könne, d.h. auf dem Gebiet, wo es den Russen überlegen sei. Man müsse die Russen dort schlagen, wo man stärker sei -

Gedanken, die Kennan modifiziert und aktualisiert auch noch heute vertritt.

4.6 Versuch eines Konzepts für eine Weltordnung

Folgen wir nun zum Schluß dem Gedankenflug Kennans auf die Ebene der Gesamtheit internationaler Beziehungen und der möglichen Art ihrer optimalen Organisation. Dabei ist prinzipiell festzuhalten: Kennan lehnt aus seinem Politikverständnis heraus die Idee der "Einen, harmonischen Welt" als illusionär ab (auch in der Rooseveltischen Form der UNO) (Kennan, 1971, S. 225 ff.), da sie reale und nicht liquidierbare Interessengegensätze nur verschleierte, ohne sie überwinden zu können. Sie könnte sogar das Gegenteil des

Intendierten bewirken, nämlich eine Verschärfung der internationalen Konflikte wegen der Verkennung ihres Charakters. Kennan ist hier ganz^hRealist^h! Statt einer irrealen, weltweiten Friedensordnung schwebt Kennan eine regional-pluralistische Organisation der internationalen Beziehungen vor, da die Interessenstrukturen der Weltteile je besonders sind und nicht auf einen Nenner, der global sein müßte, gebracht werden können - auch nicht innerhalb der westlichen Gemeinschaft, "in der (es) Gegensätze gibt, die mit der russischen Politik nichts zu tun haben, tiefe, unvermeidliche Meinungsverschiedenheiten" (Kennan, 1958, S. 37).

Die Nationen jeder Region müßten sich verbinden zu einer, allerdings weiterhin von den Nationalstaaten dominierten Gemeinschaft nach der Art der von Kennan konzipierten Europäischen Föderation. Ziel ist der geistige, wirtschaftlich, nicht militärische Wettbewerb der Nationen und Regionen, die im Gleichgewicht zueinander stehen sollen (Kennan, 1952, S. 82). Voraussetzung dafür ist jedoch der Verzicht jedes Staates, besonders der Großmächte, auf Überlegenheit über andere, der Verzicht auf universelles Engagement und einen ubiquitären Sicherheitsbegriff sowie auf die "Übernahme einer staatlichen Verantwortung gegenüber anderen Nationen" (ebd., S. 30), also weder eine pax americana noch pax sowjetica. (Daher protestierte Kennan auch gegen den Dominationsanspruch der Trumandoktrin, der letztendlich bis zu Exzessen wie dem Vietnamkrieg führte.) Voraussetzung einer Weltordnung ist weiterhin die Bereitschaft der Nationen, nur begrenzte, legitime Interessen zu vertreten, ohne Absicht auf eine Weltmission, mit den Mitteln der rationalen, diplomatischen Konfliktbewältigung, unter Ausschluß des Krieges, - ein "Fair Deal" für die Welt (vgl. Cornides, S. 10512).

Exemplarisch konkretisiert Kennan diesen Gedanken anhand einer möglichen transatlantischen Partnerschaft. Sie soll nicht gegen einen Dritten gegründet werden, nicht (primär) ihren Existenzgrund in einer gemeinsamen militärischen

Verteidigung haben, sondern ein lockeres, auf der gemeinsamen Kultur beruhendes, geistiges und wirtschaftliches Commonwealth bilden mit den durch eine special relationship verbundenen USA und England auf der einen Seite und Europa auf der anderen. Mit diesem von Kennan sogenannten Mantel-Konzept, nach dem die beiden Kontinente (USA und Westeuropa) bei aller Gemeinsamkeit nicht in ein einheitliches Militärsystem gepreßt werden würden, sondern relativ autonom bleiben, was den differenzierten Interessenlagen entspräche, wandte er sich deutlich gegen das Militärbündnis der Nato, so wie er überhaupt gegen die Bildung von Blöcken ist, die eine falsche Einheit vorspiegeln bzw. durch Übermacht erzwingen. Nach seiner Meinung brauchen die USA daher in West-Europa nicht dauernd Stationierungstreitkräfte halten, sondern nur für den unwahrscheinlichen Fall eines russischen Angriffs punktuell und begrenzt, über einen "big lift" die Europäer militärisch unterstützen.

Für eine weitere Ausdifferenzierung des Topikkataloges außenpolitischer Moral lassen sich zusätzlich aus dem Erfahrungsschatz von Kennan zwei weitere, ergänzende Problemlösungsmuster entwickeln:

1. Das Problemlösungsmuster der Empathie, des psychologischen Sichhineinversetzenkönnens in die Lage des anderen als Voraussetzung einer klaren Interessenanalyse;
2. das Lösungsmuster des Verständnisses und der Relativierung von Problemen durch deren Einordnung in die geschichtliche Entwicklung.

Mit diesen Problemlösungsmustern inklusive der oben bereits dargelegten hat Kennan das Problem der Ost-West-Beziehungen analysiert und Vorschläge zu seiner Bewältigung vorgelegt, die auch heute noch Beachtung finden.

Versuchen wir nun abschließend, die Problemlösungsmuster zur Kontrolle ihrer allgemeinen Praktikabilität nach

Problemen aus dem Ost-West-Verhältnis nun auch auf Probleme aus dem Nord-Süd-Verhältnis anzuwenden - und zwar wiederum unter Einschluß von Ergebnissen der quantitativ-empirischen Forschung, soweit sie vorhanden sind. Als Beispiel soll hier die brisante Südafrika-Frage herausgegriffen werden, da sich in ihr das traditionelle Kolonialproblem mit dem neueren der Beziehungen zwischen den sogenannten entwickelten und den sogenannten unterentwickelten Ländern vielfältig überlagert. (Es hätten auch andere Beispiele wie der Nahost- oder der Mittelamerika-Konflikt genommen werden können. Auch hier hätten die aufgefundenen Problemlösungsmuster wahrscheinlich ihre Fruchtbarkeit erwiesen.)

5. Kasuistik Fall 2: Das Südafrika-Problem

Es ist selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Begründung, daß das rassistische Regime in der Republik Südafrika moralisch absolut zu verwerfen ist. Es bedarf auch keiner tiefer gehenden ideologiekritischen Analyse, um das Konzept der "getrennten Entwicklung" ("Apartheid") bzw. das Konzept einer "südafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft" zwischen angeblich souverän-demokratischen Staaten der Schwarzen (zum Beispiel die Transkei) und dem Staat der Weißen als rassistische Ideologie aufzuzeigen - trotz der Raffinesse dieser gewissermaßen modernisierten, den demokratischen Idealen der Gegenwart scheinbar angepaßten Form des Rassismus: Die Schwarzen haben ja in "ihren" Staaten allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht, allerdings nicht in der Republik Südafrika, wo sie arbeiten, die meiste Zeit ihres Lebens leben, aber nichtsdestotrotz keine Rechte haben, die den Weißen vorbehalten bleiben sollen. Die rassistischen Sozialbeziehungen werden also scheinbar in ein zwischenstaatliches Verhältnis transformiert, womit dann auf völkerrechtlicher Ebene scheinbar legitimiert wird,

daß die Schwarzen in der weißen Republik Südafrika kein Wahlrecht haben. Aber zu ungleich zugunsten der Weißen sind in jeder Hinsicht die Ressourcen, die Vermögen und die Kompetenzen zwischen den "Staaten" bzw. den getrennten "Entwicklungswegen" verteilt, zu abhängig sind die "schwarzen Staaten" von den Weißen, als daß der Schein überzeugen könnte (Runge, 1974).

Die Eindeutigkeit des moralischen Urteils beantwortet jedoch nicht die strategische Frage, wie der Zustand zu ändern sei. Zwar muß nach dem Gesagten eine Strategie, die das Gegebene akzeptiert, auf jeden Fall abgelehnt werden.

Aber es muß auch gesagt werden, daß die bisherigen Konfrontationsstrategien der UN (Boykott, Gewaltanwendung, die völkerrechtlichen Instrumente des Kapitels 7 der UN-Charta) gescheitert sind (Czempiel, 1976, S. 25 ff.):

1. Alle Boykotts, seit dem von Napoleon gegen England bis zu dem von Carter gegen die UdSSR, sind bisher durchbrochen worden (vgl. Adler-Karlsson, 1967).

2. Eine Befreiungsbewegung innerhalb Südafrikas gibt es zudem bisher nur in Ansätzen, so daß für einen Kampf wie in Algerien oder Vietnam nicht die Voraussetzungen gegeben sind (Adam, 1970, II, S. 104). Es muß auch gefragt werden dürfen, ob ein solcher Kampf - das zeigt der geschichtliche Vergleich - nicht zu "kosten"reich ist und zu viele Menschenleben verlangt. Gibt es nicht eine humanere Strategie? Der Kampf in Vietnam dauerte immerhin dreißig Jahre.

Zudem muß bedacht werden, daß die Zahl der weißen Südafrikaner viel größer ist als die im vormaligen Rhodesien (nämlich mehr als vier Millionen), wenn sie auch natürlich im Verhältnis zu den Schwarzen (19 Millionen) die absolute Minderheit darstellen (Ritgen, 1978, S. 144). Das bringt aber ein starkes Widerpotential und eine lange Dauer des Kampfes seitens der weißen Südafrikaner mit sich. Das Problem wäre daher auch nicht durch eine Expatriierung der weißen Herrenschaft zu lösen, wie es zeitweise von Kissinger für die weißen Rhodesier erwogen wurde. Denn

schließlich sind die Buren infolge einer kolonialen Eindringung seit dreihundert Jahren im südlichen Afrika ansässig und im letzten Jahrhundert selbst Opfer und Unterdrückte einer weiteren, die erste überlagernden kolonialen Eroberung, nämlich der durch die Briten, gewesen, so daß es fraglich ist, ob hier überhaupt noch von einem kolonialen Problem im klassischen Sinne gesprochen werden kann, das durch eine Heimkehr der Kolonialisten in ihr Heimatland gelöst werden könnte. Denn wo ist der Buren Heimatland? Auf jeden Fall haben die Weißen ein historisches Recht, auch dort im südlichen Afrika wohnen und leben zu dürfen. Das zu bestreiten hat sich mit Bezug auf die in dem ehemaligen deutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße lebenden, wie auch immer dorthin gekommenen Polen als äußerst unfruchtbar erwiesen. Es gehört ja zu den großen Verdiensten der Brandtschen Ostpolitik, unter solches wechselseitiges historisches Gegeneinanderaufrechnen (die Polen oder die Deutschen, bzw. die Afrikaner oder die Buren waren aber zuerst da) einen pragmatischen Schlußstrich gezogen zu haben, um einen neuen Anfang zu ermöglichen. Das gilt auch für Südafrika.

Gerade die verstehende Kenntnis der geschichtlichen Erfahrungen der Buren Bevölkerung sollte vor einer Konfrontationsstrategie warnen: Denn die Buren werden - das haben sie in ihrem Kampf gegen die Engländer bewiesen - auf massive Angriffe und konfrontative Pressionen von außen eher mit einem Versteifen in ihrer Position reagieren, sich tracker-psychologisch und auch real in ihre "Wagenburgen" zurückziehen und eher grandios, selbst und unter Einbezug ihrer Gegner, untergehen wollen (sie haben die Atombombe!), als nachzugeben (und zwar nachzugeben in den substanziellen Bestandteilen der Apartheid, nicht nur in der sogenannten "Petty-Apartheid").

So sehr es einem auch moralisch zuwider sein mag: Eine Lösung des Südafrika-Problems unter vertretbaren Kosten und in absehbarer Zeit (ein oft vergessener Faktor) ist

nur dann möglich, wenn allen vom Problem Betroffenen wenigstens ansatzweise eine Berücksichtigung ihrer Interessen garantiert wird, so wie es bei der Bewältigung des Rhodesien/Zimbabwe-Problems erfolgreich geschah. Ansonsten kann nicht zum Kompromiß motiviert werden. Es bedarf also eines großen Interessenkompromisses, eines great package deal, das derart gestaltet sein muß, daß jeder Teilnehmer an ihm Positives zu erwarten, aber auch Negatives einzustecken hat, dieses aber in Kauf zu nehmen bereit ist, um des Positiven willen und aufgrund der Aussicht, in einem längerfristigen Prozeß auch das Negative beseitigen zu können. Die Interessendivergenz wird also zum Teil der Zukunft, dem Vertrauen in einen günstigen Verlauf des Geschichtsprozesses überlassen. Zumindest wird die Lösung des Problems zeitlich gestreckt, dadurch in besser lösbare und handhabbare Teile untergliedert und so entschärft. Denn es kann vermutet und gehofft werden, daß sich mancher Konflikt durch den Geschichts- und sozialen Evolutionsprozeß von selbst löst: So ist zum Beispiel oft darauf verwiesen worden, daß sich angesichts der Erfordernisse zunehmender Industrialisierung (verstärkte Mobilität und Qualifizierung der Arbeitskräfte, auch der Schwarzen, Schaffung eines inneren Absatzmarktes) die Separierung infolge der Apartheid (die sogenannte job reservation) nicht langfristig aufrecht erhalten läßt (vgl. Lindberg/Scheingold, 1972, S. 202; vgl. auch Frei, 1977, II, S.209ff.)

Zu den primären Interessen der schwarzen Afrikaner gehört:

1. Die politische Gleichberechtigung, d.h. die Anerkennung des Prinzips "one man, one vote" für den gesamten Bereich der Republik Südafrika (und nicht nur für die sogenannten homelands) (vgl. Wellmer, in: Baßmann, 1978, S. 30 ff.) und die Anerkennung einer daraus wahrscheinlich folgenden schwarzafrikanischen Herrschaft, sowie
2. eine wesentliche Besserung ihrer sozioökonomischen Situation.

Die wesentlichen Interessen der kapitalistischen Industriestaaten sind:

1. Die Sicherung des Zugangs zu den Rohstoffen in Südafrika (59% der Gold-Weltproduktion werden in Südafrika gefördert; 55% bei Platin; 46% bei Vanadium; 30% bei Chrom-Erzen; 24% bei Mangan; 13% bei Uran und 10% bei Asbest usw.) und

2. die Beibehaltung des weltpolitischen status quo, d.h. Südafrika darf nicht unter kommunistischen Einfluß geraten. (Dieser status quo wird ja indirekt auch von der Sowjetunion respektiert: So hat sie sich nicht in die Verhandlungen zur Lösung des Rhodesischen Kolonialproblems einge-mischt. Und die Fälle und potentiellen Gegenbeispiele Angola und Mozambique sind differenzierter zu beurteilen: Hier handelt es sich eher um an die Macht gekommene, au-tonome Befreiungsbewegungen, die, da sie im Westen gegen die portugiesische Kolonialherrschaft keine Unterstützung fanden, (der Westen, sprich die Nato, diese vielmehr noch am Leben hielt), sich an den Osten wandten, der ihnen dann natürlich - wer wollte ihm das verübeln - das Erforderliche zukommen ließ. Auch sollte nicht vergessen werden, daß die militärische Intervention der Kubaner in Angola eine Reaktion auf die vom Westen geduldete, wenn nicht sogar von den USA geförderte Intervention in Südafrika war. Auf jeden Fall sollte man es sich nicht zu einfach machen, die Befreiungsbewegungen als bloße Verlängerungen der je-weiligen Supermächte zu betrachten. Dagegen spricht allein schon die Tatsache, daß noch unter Präsident Neto in Angola die prosowjetische Fraktion ausgeschaltet wurde.)

Von Seiten der Weißen in Südafrika muß unterschieden werden zwischen den Interessen der südafrikanischen Wirt-schaftselite, die vor allem britischer Abstammung ist und die Großindustrie unter Kontrolle hat, und der politischen Elite der holländisch-stämmigen Buren mit mittelständisch-kleinindustriellem Hintergrund, die aber über den Staats-apparat verfügen. Die Wirtschaftselite ist zu weiter-gehenden politischen Konzessionen gegenüber den Schwarzen bereit und wirtschaftlich dazu auch in der Lage, da Groß-industrien meist einen größeren wirtschaftlichen Spiel-

raum haben. Die Buren sind hier viel weniger flexibel, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage, aber auch aufgrund ihrer kulturellen Tradition eines rigoristisch verengten Protestantismus. Diese differenzierte Interessenlage wäre in einer Strategie auszunutzen. Es wäre zumindest nicht ratsam, diese beiden Fraktionen der weißen Herrschaft durch Konfrontation von außen weiter zusammen zu zwingen. Jedenfalls gehört es aber zu den Minimalinteressen aller weißen Südafrikaner,

1. ihre Heimatrechte in Südafrika zu wahren;
2. revolutionäre Unruhe und kommunistischen Einfluß zu verhindern sowie
3. ihre ökonomische Stellung und zumindest minimale, politische (Menschen- und Minderheiten-)Rechte erhalten zu sehen. Diese Interessen sind legitim und in einem Interessenkompromiß zu berücksichtigen.

Versucht man nun, für diese Interessenkonstellationen einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, der nichtsdestotrotz gemeinsames Handeln ermöglicht, so müssen als Minimalergebnis eines Interessenkompromisses die politischen Forderungen der schwarzen Mehrheit erfüllt werden (wie gegenwärtig in Zimbabwe). Auf dieser Basis können dann in einem langfristigen Reformprozeß auch deren ökonomische Forderungen durchgesetzt werden. Eine abrupte Änderung der Besitzstruktur in der Wirtschaft würde jedoch keiner Seite zum Vorteil gereichen. Aber dieser vorweilige Verzicht der schwarzen Mehrheit ist das Opfer, das sie zum Schnüren des Pakets erbringen müssen. Das schließt natürlich eine Hebung des Lohnniveaus und eine Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Schwarzafrikaner nicht aus.

Weiterhin zeigen die bisherigen, mißglückten Lösungsversuche für Südafrika, daß eine Berücksichtigung der Interessen des kapitalistischen Westens unabdingbar ist, da an dessen Verzögerungstaktik und an dessen Vetos im UN-Sicherheitsrat (insbesondere seitens der USA) schon so manche Anläufe gescheitert sind. Die rohstoffpolitischen und weltpolitischen Interessen des Westens können jedoch

ohne größere Schwierigkeit durch internationale Kontrollen und völkerrechtliche Verpflichtungen seitens der neuen schwarzen Regierung gesichert werden, soweit das überhaupt notwendig ist, da auch eine schwarze Mehrheitsregierung am Rohstoffexport interessiert sein muß, allein, um die notwendigen Devisen zu erhalten (Zimbabwe ist auch hier wiederum Vorbild). Das "Opfer", das der Westen zum Schnüren des Interessenpakets bringen muß, ist der langfristige Verzicht auf überdurchschnittlich profitable Anlagemöglichkeiten. Diese würden aber bei Beibehaltung des gegenwärtigen westlichen Nichtstuns, was faktisch auf eine Stützung der Weißen in Südafrika hinausläuft, besonders seitens der neuen Reagan-Administration, auch nicht viel nützen, da die für einen solchen Fall erwartbar zunehmenden Unruhen und zunehmenden Gefahren sowjetischer Interventionen das Gebiet nicht gerade attraktiv für Kapitalinvestitionen macht (wie Angola und Mozambique deutlich gemacht haben).

Das größte Problem stellt die Interessenberücksichtigung der Weißen in Südafrika dar (dabei weniger die der konzessionsbereiteren Britischstämmigen, die es vom Westen und von den Schwarzen bevorzugt anzusprechen gilt). Voraussetzung dafür, daß die Weißen überhaupt gewonnen werden können, ist aber, daß sowohl den Britischstämmigen als auch den Buren - wie in Zimbabwe - auf jeden Fall ein eventuell international zu kontrollierender Katalog von unabdingbaren Minderheitenrechten garantiert werden muß, der auch - wie oben schon erwähnt - bestimmte ökonomische Sicherungen enthalten muß. Vor allem mit den hartnäckigen Buren muß in einen ebenso hartnäckigen Interessenclinch eingetreten werden: Ihnen ist aufzuzeigen, welche substantiellen Konzessionen von ihnen verlangt werden (vollkommene Beendigung der Apartheid, nicht nur der Petty-Apartheid; majority rule), welche Vorteile für sie in dem angebotenen package deal enthalten sind (Minderheitenrechte, Heimatrecht, Verhinderung von erwartbaren Unruhen

und ihrer zunehmenden internationalen Isolierung sowie der Abwendung des Westens, und wessen sie gewärtig sein müssen, wenn sie dem nicht nachkommen: Im Falle einer Verweigerung der weißen Buren sollte nämlich - hier ist Czenpiel zu folgen - das bestehende und dichte Interaktionsgeflecht der westlichen Industriestaaten mit der Republik Südafrika als Mittel der Intervention genutzt werden, und zwar sukzessive sich verstärkend, je kooperationsunwilliger sich die Weißen zeigen: Keine Unterstützung in der UN mehr; zunehmende Isolierung zunächst seitens der Kirchen, dann von Verbänden, dann von Regierungen; Beendigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zunächst seitens der Regierungen, dann auch seitens der privaten Wirtschaft; Beendigung der militärischen Zusammenarbeit; und letztendlich, wenn nichts anderes mehr übrig bleibt, Entsendung einer regulären Interventions- und Befreiungsarmee von westlichen und schwarzafrikanischen Staaten zur Etablierung einer schwarzen Mehrheitsregierung, so wie ja auch gegen das rassistische Regime des deutschen Faschismus gekämpft wurde. (Vielleicht würde auch schon die Drohung mit solchen Maßnahmen die Weißen in Südafrika zum Nachgeben zwingen.)

Voraussetzung eines Eingehens der Buren auf das Interessenpaket ist aber ebenfalls, daß die schwarzen Organisationen auch nicht nur den Anschein erwecken, als würden sie das Existenzrecht der Weißen in Afrika bestreiten. Derartige Tendenzen zu einem schwarzen Gegen-Rassismus, wie sie beim PAC und bei der black-conciousness-Bewegung zutage treten (vgl. Issa, 1977), sind der Sache der Befreiung nur schädlich. Die im Rahmen des ANC erfolgende Zusammenarbeit von Schwarz und Weiß ist als Vorbild und zur Einübung einer gesamtgesellschaftlichen Kooperation beider Bevölkerungsgruppen viel eher geeignet (vgl. Ostrowsky, 1978).

Die hier vorgeschlagene Strategie ist eine Assoziation und Dissoziation mischende Doppelstrategie, in der das Assoziationselement zunimmt, wenn alle Beteiligten Assoziationswilligkeit zeigen, und das Dissoziationselement

dominant wird, wenn Assoziationsunwilligkeit eines Beteiligten besteht.

Diese Strategie erhält eine gewisse Unterstützung durch die Ergebnisse empirisch-quantitativer Forschung: Die von Hübner-Dick und Seidelmann vorgenommene Computersimulation von verschiedenen möglichen Strategien der Vereinigten Staaten gegenüber der Republik Südafrika zeigt, daß es weniger auf isolierte Maßnahmen (wie zum Beispiel einen Wirtschaftsboykott) ankommt, sondern auf das Auflösen einer Kette von Ereignissen, die sich in einem spill-over-effect auf zunehmend mehr nationale und internationale Bereiche erstrecken und durch diese erwartbaren Folgen die Buren eventuell zu einem Nachgeben veranlassen (Hübner-Dick/Seidelmann, 1978, S. 170/171).

Zentral ist

die Verflechtung von Maßnahmen und der hinter ihnen stehenden Interessen zu komplexen, konfliktbeladenen Paketen, Kompromissen und Vermittlungen, sowie weder das Mittel der Assoziation noch das der Dissoziation, weder das Ziel vollkommener Harmonie noch das Ziel absoluter Anarchie der Realität internationaler Beziehungen adäquat ist. Politik ist nämlich wesentlich gekennzeichnet durch Verbundhandlungen als einem "Handlungszusammenhang, dessen Teilhandlungen von verschiedenen Personen oder Organisationen ausgeführt werden, die aber nur in ihrer Verkettung einen Sinn ergeben, der dann allerdings nur zum Teil von den Intentionen der Teilnehmer abhängig ist. Im Unterschied zu institutionell geregelten Handlungen zeichnen sich Verbundhandlungen vor allem dadurch aus, daß sie nicht in einer bestimmten Institution lokalisierbar sind; und im Unterschied zu den nationalen wie den internationalen Handlungen, die im wesentlichen auf ein und derselben Ebene bleiben, sind hier Teilnehmer aus verschiedenen Ebenen gleichzeitig beteiligt." (Bühl, 1978, S. 129)

BENUTZTE LITERATUR
=====

- Adam, H., Südafrika, Soziologie einer Rassengesellschaft, Frankfurt a.M. 1970(II)
- Adler-Karlsson, G., Problems of East-West-Trade, A General Survey, 1967
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945, Serie D, Baden-Baden 1950, Bd. 1
- Apel, K.O., Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft, in: ders., Transformation der Philosophie, Frankfurt a.M. 73, Bd. 2
- Aristoteles, Politik, Übersetzung von Eugen Rolfels, Hamburg 1958
- Aristoteles, Nikomachische Ethik, Übersetzung von F. Dirlmeier, Stuttgart 1969
- Aron, R., Frieden und Krieg, Frankfurt a.M., 1962
- Bärsch, C.-E., Vom Sinn der Politischen Ideengeschichte für das Studium, in: PVS, H. 3, 1981, S. 327-333
- Bärtschi, W.; Jacobsen, H.-D., Kritische Einführung in die Außenhandelstheorie, Reinbek bei Hamburg 1976
- Barth, K., Christengemeinde und Bürgergemeinde, München 1946
- Baßmann, W. (Hrsg.), Menschenrechte in Südafrika, München 1978
- Bendix, R., Tradition and modernity reconsidered, in: Comparative Studies in Society and History, 9, 1966, S. 292 ff.
- Benn, G., Essays - Reden - Vorträge, Ges. Werke in 4 Bänden. hrsg. von D. Wellershoff, Wiesbaden 1959
- Bergstraesser, A., Weltpolitik als Wissenschaft, Köln/Opladen 1965
- Bernstein, E., Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft, in: Die Neue Zeit, 16. Jg., 1. Bd.,
- Beveridge, A. J., The March of the Flag (1898), zit. nach: Thorp, W. u.a., American Issues, Bd. 1, 1941, S. 916 ff.
- Bloch, E., Freiheit und Ordnung, Frankfurt a.M. 1972
- Böckenförde, E.-W.; Spaemann, R., Christliche Moral und atomare Kampfmittel, in: Böckenförde, E.-W., Kirchlicher Auftrag und politische Entscheidung, Freiburg 1973
- Böhme, H., Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1969(III)
- v. Braummühl, C., Kalter Krieg und friedliche Koexistenz, Frankfurt a.M. 1973
- v. Bredow, W., Vom Antagonismus zur Konvergenz, Frankfurt a.M. 1972

- v.Bredow, W., Die Zukunft der Entspannung, Köln 1979
- Brzezinski, Z.; Huntington, S., Politische Macht USA/UdSSR,
Ein Vergleich, Köln/Berlin 1966
- Bühl, W.L., Evolution und Revolution, München 1970
- Bühl, W.L., Theorien sozialer Konflikte, Darmstadt 1976
- Bühl, W.L., Transnationale Politik, Stuttgart 1978
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.),
Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 1,
10.11.1958 bis 9.5.1959, 2. Halbband, Frankfurt a.M. und
Berlin 1971
- Calamaros, A.-D., Internationale Beziehungen, Stuttgart, Berlin,
Köln, Mainz 1974
- Cattepoel, J., Anarchismus, München 1973
- Chen, Y., C.; Malla, S.; Schellhorn, K.M., Politik zwischen Staa-
ten, München 1975
- Collmer, P., u.a. (Hrsg.), Kirche im Spannungsfeld der Politik,
Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst, D.D., Göttingen '77
- Cornides, George Kennan und die Probleme des Friedens in Euro-
pa, in: Europa-Archiv, 13. Jg., 20.2.1958
- Cycon, D., Es geht um die Bundesrepublik, Stuttgart 1971
- Czempiel, E.-O., Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949,
Berlin 1966
- Czempiel, E.-O., Friedenspolitik im südlichen Afrika,
München 1976
- Dahm, G., Völkerrecht, Bd. 1, Stuttgart 1958
- Dahrendorf, R., Zu einer Theorie des sozialen Konflikts,
in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschafts-
politik, Nr. 3, Jg. 1958, S. 76 ff.
- Dennert, J., Die ontologisch-aristotelische Politikwissen-
schaft, Berlin 1970
- Deutsch, K.W., Der Nationalismus und seine Alternativen,
München 1972
- Deutsch, K.W., From the National Welfare State to the Inter-
national Welfare State, in: Publication Series of the In-
ternational Institute for Comparative Social Research,
Wissenschaftszentrum Berlin, II VG/PR 1979-2
- Dougherty, J.E./Pfaltzgraff, R.L., jr., Contending Theories of
International Relations, Philadelphia, New York, Toronto 1977

- Ebert, Th., Gewaltfreier Aufstand, Alternativen zum Bürgerkrieg, Freiburg 1968
- Eppler, E., Wege aus der Gefahr, Reinbek bei Hamburg 1981
- Etzioni, A., Der harte Weg zum Frieden, Göttingen 1965
- Etzioni, A., The active society, New York 1968
- Fetscher, I., Modelle der Friedenssicherung, München 1972^{II}
- Fitzgerald, C.P., The Chinese View of Their Place in the World, London 1964
- Flora, P., Modernisierungsforschung, Opladen 1974
- Frank, A.G., Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt a.M./Köln 1975^{II}
- Frei, D.(Hrsg.), Theorien der internationalen Beziehungen, München 1977^{II}
- Freudenberg, G., Zur Theorie der Gewalt und des Gewaltwerdens der Theorie als Bedingung positiven Friedens im Werk von Karl Marx und Friedrich Engels, in: W. Huber/Schwerdtfeger (Hrsg.), Frieden, Gewalt, Sozialismus, Stuttgart 1976, S. 11-87
- Freudenhammer, A./Vater, K., Herbert Wehner, München 1978
- Gadamer, H.G., Wahrheit und Methode, Tübingen 1960
- Gallhofer, I.N./Saris, W.E., Strategy Choices of Foreign Policy Decision Makers, The Netherlands, 1914, in: Journal of Conflict Resolution, Vol. 23, No. 3, Sept. 1979, S. 425-445
- Galtung, J., Gewalt, Frieden, Friedensforschung, in: Senghaas, D., (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt a.M. 1972^{II}, S. 55 - 104
- Galtung, J., Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Senghaas, D. (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt a.M. 1973^{II}, S. 29 ff.
- Gantzel, K.J., Zu herrschaftssoziologischen Problembereichen von Abhängigkeitsbeziehungen in der gegenwärtigen Weltgesellschaft, in: Senghaas, D. (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt a.M. 1973^{II}, S. 105f
- Gogarten, Fr., Der Mensch zwischen Gott und Welt, Heidelberg 1952
- Greinacher, N., Die Kirche der Armen, Zur Theologie der Befreiung, München 1980
- Grewe, W.G., Spiel der Kräfte in der Weltpolitik, Düsseldorf/Wien 1970
- Guggisberg, H.R., Geschichte der USA, Stuttgart 1975

- Haas, E.B., Beyond the Nation State, Stanford, California 1964
- Habermas, J., Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a.M. 1973
- Haftendorn, H., (Hrsg.), Theorie der Internationalen Politik, Hamburg 1975
- Haushofer, K.H., Weltmeere und Weltmächte, Berlin 1937
- Hay, P., Federalism and supranational Organization, Urbana/London 1966
- Hegel, G.W.F., Grundlinien der Philosophie des Rechts, Theorie Werkausgabe, Suhrkamp Verlag 7, neu edierte Ausgabe auf der Grundlage der Werke von 1832-1845, Frankfurt a.M. 1970
- Hennis, W., Politik und praktische Philosophie, Neuwied 1963
- Herder, J.G., Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit, Textausgabe, Frankfurt a.M., nach der von B. Suphan bearbeiteten Ausgabe (Berlin 1877-1913)
- Herder, J.G., Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit, in: Herder, J.G., Schriften, hrsg. von Conrady, K.O., rowohlt-Klassiker, 1968
- Herz, J., Politischer Realismus und politischer Idealismus, Meisenheim am Glan 1959
- Herz, J., Weltpolitik im Atomzeitalter, Stuttgart 1961
- Hindle, R.E., George Kennan and the Beginnings of Containment, Diss, Claremont 1970
- Hoffmann, St., Gullivers Troubles oder die Zukunft des internationalen Systems, Bielefeld 1970
- Holsti, O.R./ North, R.C./ Brody, R.A., Perception and Action in the 1914 Crisis, in: Singer, J.D. (ed), Quantitative International Politics: Insights and Evidence, New York 1968
- Huber, W./Schwerdtfeger (Hrsg.), Frieden, Gewalt, Sozialismus, Stuttgart 1976
- Hübner-Dick, G./ Seidelmann, R., Simulating Economic Sanctions and Incentives: Hypothetical Alternatives of United States Policy on South Africa, in: Journal of Peace Research, No. 2, Vol XV, 1978, S. 153-174
- Inter-University Consortium for Political and Social Research, (ICPSR), Guide to Resources and Services 1980-1981, Michigan 1981
- Issa, Informationsstelle Südliches Afrika e.V., Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung - von 1943 bis 1976 - Wissenschaftliche Reihe 6, Bonn 1977
- Jaeger, W., Aristoteles, Berlin 1953
- Jaspers, K., Nietzsche, Berlin 1950^{III}

- Jöhr, W.A.; Singer, H.W., Die Nationalökonomie im Dienste der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1955^{II}
- Jünger, E., In Stahlgewittern, Hannover 1920
- Jünger, E., Der Kampf als inneres Erlebnis, Berlin 1922
- Jünger, E., Der Arbeiter, Hamburg 1932
- Kaefer, H., Religion und Kirche als soziale Systeme, Freiburg i. Br. 1977^{II}
- Kant, I., Schriften zur Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1974 (reclam)
- Kaplan, M., System and Process in International Politics, New York 1967
- Kennan, G.F., Amerikas Außenpolitik 1900 bis 1950 und ihre Stellung zur Sowjetmacht, Zürich 1952
- Kennan, G.F., Das amerikanisch-russische Verhältnis, Stuttgart 54
- Kennan, G.F., Amerika und die Sowjetmacht, Der Sieg der Revolution, Stuttgart 1956
- Kennan, G.F., Rußland, der Westen und die Atomwaffe, Frankfurt a.M. 1958
- Kennan, G.F., Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961
- Kennan, G.F., Vom Umgang mit der kommunistischen Welt, Stuttgart 1965
- Kennan, G.F., Memoiren eines Diplomaten, 2 Bd., München 1971
- Kennan, G.F., Wolken der Gefahr, München 1978
- Kallina, E.F., jr., A Conservative Criticism of American Foreign Policy: The Publications and Careers of Louis J. Halle, George F. Kennan, and Charles Burton Marshall, 1950-1968, Diss., Northwestern University, 1970
- Kindermann, G.K. (Hersg.), Grundelemente der Weltpolitik, München/Zürich 1977
- Kissinger, H.A., Kernwaffen und Auswärtige Politik, München 1959
- Kissinger, H.A., Großmacht Diplomatie, Düsseldorf 1962
- Kissinger, H.A., Amerikanische Außenpolitik, Düsseldorf/Wien 1969
- Klaus, G./Buhr, M., Philosophisches Wörterbuch, 2 Bd. VIII
Leipzig 1971
- v. Krockow, Chr., Die Entscheidung, Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Stuttgart 1958

- Lenk, K., "Volk" und "Staat", Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1971
- Linares, F., Der Philosoph und die Politik, Monographien zur philosophischen Forschung, Bd.91, Meisenheim/Glan 1972
- List, F., Das natürliche System der Politischen Ökonomie, Berlin 1959
- Luhmann, N., Die Weltgesellschaft, in: ders., Soziologische Aufklärung 2, Opladen 1975
- Lux, L., Lenins außenpolitische Konzeptionen in ihrer Anwendung, Diss., München 1976
- Maier, H., Revolution und Kirche, München 1973
- Mann, Th., An die Redaktion des "Svenska Dagbladet", Stockholm, 1915, in: ders., Friedrich und die große Koalition, Berlin 1915, S.126 ff.
- Marcuse, H., Kultur und Gesellschaft, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1971
- Marx, K./Engels, Fr., Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin(-Ost) 1969
- Mehnert, K., Der Sowjetmensch, Stuttgart 1964
- Menzel, U., Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells, Opladen 1978
- Meyer, Th., Bernsteins konstruktiver Sozialismus, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977
- Meyers, R., Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Düsseldorf 1977
- Meyers, R., Weltpolitik in Grundbegriffen, Bd.1, Düsseldorf 1979
- Mitrany, D., A Political Theory for a New Society, in: Groom, A., J., R./Taylor, P., Functionalism, London 1975, S.26 ff.
- Mittelmann, E., Dem Frieden verpflichtet - die Militärseelsorge zu Aufgabe und Auftrag der Bundeswehr, in: Collmer, P., (Hrsg.), Kirche im Spannungsfeld der Politik, Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst, D.D., Göttingen 1977
- Modelske, G., Agraria and Industria: Two Models of the International System, in: Knorr, K./ Verba, S., (Hrsg.), The International System: Theoretical, Princeton 1961
- Möller, W./ Vilmar, F., Sozialistische Friedenspolitik für Europa, Reinbek bei Hamburg 1972
- Morgenthau, H.J., Dilemmas of Politics, Chicago 1958
- Morgenthau, H.J., Macht und Frieden, Gütersloh 1963
- Müller-Schwefe, H.-R., Ernst Jünger, Wuppertal 1951

- Myrdal, G., Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Frankfurt a.M. 1974
- Naßmacher, K.-H., Politikwissenschaft II, Internationale Beziehungen und politische Ideen, Düsseldorf 1974
- Niebuhr, R., The Children of Light and the Children of Darkness, New York 1944
- Niebuhr, R., Moral Man and Immoral Society, New York 1947
- Niebuhr, R., Staaten und Großmächte, Gütersloh 1960
- Nietzsche, Fr., Werke in 3 Bänden, hrsg. von Schlechta, K., München 1954 ff.
- Nolte, E., Deutschland und der Kalte Krieg, München/Zürich 1974
- Ostrwsky, J./Geisler, W., Südafrika, Köln 1978
- Panikkar, R., Das europäische Erbe in der heutigen Welt, 1963
- Parsons, T., Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: Zarf, W., (Hrsg.)^{IV} Theorien des sozialen Wandels, Königstein/Ts. 1979
- Parsons, T., Ordnung und Gesellschaft im internationalen System, in: Nerlich, U., (Hrsg.), Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter, Gütersloh 1966, S.290-310
- Popper, K.R., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 1, Bern/München 1957^{II}
- v.Ranke, L., Politisches Gespräch, hrsg. von Fr. Meinecke, München/Leipzig 1924
- Reis, J., George Kennans Politik der Eindämmung, Berlin 1957
- Rendtorff, T./Tödt, H.E.,^{IV} Theologie der Revolution, Frankfurt a.M. 1970
- Riklin, A., Audiatatur et altera pars, Dreifache militärische Lagebeurteilung, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, B 3/81, 17. Januar 1981
- Ripken, P., Südliches Afrika, Berlin 1978
- Rose, Kl., Entwicklung und Stand der Außenwirtschaftstheorie, in: ders. (Hrsg.), Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Köln/Berlin 1971^{III}, S.13-27
- Rosenau, J.N., Toward the Study of National-International Linkages, in: ders. (Hrsg.), Likage Politics: Essays on the Convergence of National and International Systems, New York 1969, S.44-63
- Rostow, W., Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960

- Sandvoss, E., Aurelius Augustinus, Freiburg i.Br. 1978
- Runge, E., Südafrika - Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand, Reinbek bei Hamburg 1974
- Russell, B., Wege zur Freiheit - Sozialismus, Anarchismus, Syndikalismus, Frankfurt a.M. 1973^{II}
- Russett, B.M., International Regions and the International System, Chicago 1967
- Schapiro, J., Was ist Liberalismus? in: Gall, L., (Hrsg.), Liberalismus, Königsstein/Ts. 1980^{II}, S.20-36
- v.Schubert, Kl., Bedingungen des Überlebens, Sicherheitspolitik und politische Moral zwischen Militärstrategie und Waffentechnik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/80, 8. März 1980
- Senghaas, D.(Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt a.M. 1973^{II}
- Senghaas, D.(Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt a.M. 1972^{II}
- Senghaas, D., Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt a.M. 1977
- Shure, S.H./Mecker, R.J./Hansford, E.A., The Effectiveness of Pacifist Strategies in Bargaining Games, in: Mueller, J.E., Approaches to Measurement in International Relations. A Non Evangelical Survey, New York 1969, S.99 - 112
- Siegfried, W. Untersuchungen zur Staatslehre des Aristoteles, Zürich 1942
- Singer, J.D., (Hrsg.), Quantitative International Politics: Insights and Evidence, New York 1968
- Singer, J.D./Wallace, M.D., Intergovernmental Organization and the Preservation of Peace 1816 - 1964, in: International Organization 24, 1970, S. 520 ff.
- Singer, J.D.,/Small, M., Foreign Policy Indicators: Predictors of War in History and in the State of World Message, in: Policy Sciences 5, 1974, S.271 ff
- Singer, J.D., Die szientifische Methode, in: PVS 4/1973, S.471 f und PVS 1/1974, S.3 ff.
- Schmid, G., Politik des Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel, München 1975
- Schmitt, C., Der Begriff des Politischen, in: ders., Probleme der Demokratie, Berlin 1928
- Schmitt, C., Politische Theologie, München/Leipzig 1934^{II}

- Snyder, R.C./Bruck, H.W./Burton, S., (Hrsg.), Foreign Policy Decision-Making, New York 1963
- Spengler, O., Der Untergang des Abendlandes, Bd.2, München 1922
- Schrey, H.-H., Einführung in die evangelische Soziallehre, Darmstadt 1973
- Stirner, M., Der Einzige und sein Eigentum, Stuttgart 1972
- Thielecke, H., Theologische Ethik II, Bd. 1, Tübingen
- Toller, E., Gesammelte Werke. hrsg. v. J.M.Spalek und W. Frühwald, Bd. 2, München 1978
- Tomberg, Fr. Polis und Nationalstaat, Eine vergleichende Überbauanalyse im Anschluß an Aristoteles, Darmstadt/Neuwied 1973
- Trotzki, L., Die permanente Revolution, Frankfurt a.M. 1969
- Volbinger, H., Eindämmung und Entspannung, George F. Kennan und die amerikanische Strategie in den 70er Jahren, München 1977
- Voegelin, E., Order and History, Bd. 3, Plato and Aristotle, Louisiana 1957
- Walther, Ch.(Hrsg.), Atomwaffen und Ethik, München 1981
- Weede, E., Weltpolitik und Kriegsursachen im 20. Jahrhundert. Eine quantitativ-empirische Studie, München/Wien 1975
- Weil, E., Hegel et l'Etat, Paris 1950
- v.Weizsäcker, C.F., (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971^{III}
- v.Weizsäcker, C.F., Wege in der Gefahr, München 1981^{III}
- v.Weizsäcker, C.F., Der Garten des Menschlichen, München 1980^{VI}
- Wellmer, G., Die Homelands Südafrikas - "Heimat" der Rechtlosen in: Baßmann, W.(Hrsg.)Menschenrechte in Südafrika, München 1978
- Wette, W., Kriegstheorien deutscher Sozialisten, Stuttgart 1971
- Weyand, K., Kants Geschichtsphilosophie, ihre Entwicklung und ihr Verhältnis zur Aufklärung, Köln 1964
- Williams, W.A., Amerikas "idealistischer" Imperialismus 1900-1917, in: H.-U. Wehler(Hrsg.), Imperialismus, Köln/Berlin 1970, S.415-442
- Willms, B., Entwicklung und Revolution, Frankfurt a.M. 1972
- Willms, B., Entspannung und friedliche Koexistenz, München 1974

Witte, B.C., u.a., Grundsätze liberaler Gesellschaftsordnung, in: W.Eichler(u.a.), (Hrsg.), Menschenwürdige Gesellschaft, Bd.2, München/Wien 1969, S.114-204

Wittkämper, G.W., Außenpolitikberatung durch Berichte - oder was?, in: liberal, h.4,23. Jg., April 1981, S.257 ff.

Zapf, W. (Hrsg.)^{IV} Theorien des sozialen Wandels, Königstein/
Ts. 1979

Zimmer, H., Philosophie und Religion Indiens, Frankfurt a.M. 1973

Zöller, W., Das Verhältnis von Zielen und Mitteln beim außenpolitischen Handeln, in: Kindermann, G.-K. (Hrsg.), Grundelemente der Weltpolitik, München 1977

Die Schriftenreihe erscheint in unregelmäßiger Reihenfolge im Selbstverlag und Selbstvertrieb.

Redaktion: Prof.Dr. M. Knapp, Prof. Dr. N. Konegen, Dr. J. Bellers.

Anschrift: Institut für Politikwissenschaft, Redaktion der Schriftenreihe, Bispinghof 3, 44 Münster Tel.:0251/834370

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keinerlei Haftung übernommen. Für alle Beiträge behalten sich die Verfasser alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.

ISBN 3 - 923676 - 01 - 8